RheinlandPfalz
STATISTISCHES LANDESAMT

07 2024

STATISTISCHE MONATSHEFTE

Statistik nutzen

Aus dem Inhalt:

Zensus 2022
Baugewerbe 2023
Handel und Dienstleistungen 2023

Fotonachweis

Titelfoto: © www.zensus2022.de

Im Zensus 2022 wurden zum Stichtag 15. Mai 2022 Bevölkerungszahlen, Angaben zur demografischen Zusammensetzung der Bevölkerung, beispielsweise nach Alter, Geschlecht und Staatsangehörigkeit, sowie Informationen zur Wohnsituation, beispielsweise zur durchschnittlichen Wohnungsgröße, zur Miethöhe sowie zur Leerstands- und Eigentümerquote, ermittelt.

Beilage: Faltblatt „Landwirtschaft“

07 2024

STATISTISCHE MONATSHEFTE

77. Jahrgang

kurz + aktuell 391

Industrie ■ Baugewerbe ■ Außenhandel ■ Erwerbstätigkeit
Gewerbeanzeigen ■ Insolvenzen ■ Tourismus ■ Beölkerung
Soziales ■ Bildung ■ Verkehr ■ Finanzen

Aus der amtlichen Statistik 408

Verbraucherpreise 409

Rheinland-Pfalz in Karten:
Durchschnittsalter der Bevölkerung 2023 410

Zensus 2022 – Wesentliche Ergebnisse der Zählung liegen vor 411

Ahrflut 2021 – Methodische Sonderregeln zur Ermittlung hinreichend belastbarer Ergebnisse im Zensus 2022 418

Die Wirtschaft in Rheinland-Pfalz 2023 – Deutlicher Rückgang der Baugenehmigungen – nominale Umsätze und Auftrags-eingänge steigen 424

Die Wirtschaft in Rheinland-Pfalz 2023 – Handel und unternehmensnahe Dienstleistungsbereiche 431

Zahlenspiegel Rheinland-Pfalz 439

Neuerscheinungen 454

Zeichenerklärung

0	Zahl ungleich null, Betrag jedoch kleiner als die Hälfte von 1 in der letzten ausgewiesenen Stelle
-	nichts vorhanden
.	Zahl unbekannt oder geheim
x	Nachweis nicht sinnvoll
...	Zahl fällt später an
/	keine Angabe, da Zahl nicht sicher genug
( )	Aussagewert eingeschränkt, da Zahl statistisch unsicher
Ø	Durchschnitt
p	vorläufig
r	revidiert
s	geschätzt

Für die Abgrenzung von Größenklassen wird im Allgemeinen anstelle einer ausführlichen Beschreibung „50 bis unter 100" die Darstellungsform „50 – 100" verwendet.

Einzelwerte in Tabellen werden im Allgemeinen ohne Rücksicht auf die Endsumme gerundet.

Herausgeber:
Statistisches Landesamt Rheinland-Pfalz
Mainzer Straße 14-16
56130 Bad Ems

Telefon: 02603 71-0
E-Mail: monatsheft@statistik.rlp.de
Internet: www.statistik.rlp.de

Erscheinungsfolge: monatlich

Bestellnummer: Z2201
ISSN: 0174-2914

Kostenfreier Download im Internet unter www.statistik.rlp.de/publikationen/monatshefte

© Statistisches Landesamt Rheinland-Pfalz · Bad Ems · 2024

Vervielfältigung und Verbreitung, auch auszugsweise, mit Quellenangabe gestattet.

kurz + aktuell

Industrieproduktion steigt im April kräftig

Die rheinland-pfälzische Industrieproduktion zog im April deutlich an. Nach Berechnungen auf der Basis vorläufiger Werte lag der Produktionsindex preis-, kalender- und saisonbereinigt um 8,8 Prozent über dem Niveau des Vormonats.

Zur Produktionssteigerung trugen zwei der drei industriellen Hauptgruppen bei: Die Hersteller von Konsumgütern erhöhten ihre Ausbringung im April um 20 Prozent. In der Vorleistungsgüterindustrie fiel der Güterausstoß 16 Prozent höher aus als im Vormonat. Die Hersteller von Investitionsgütern drosselten ihre Produktion hingegen deutlich.

Die drei umsatzstärksten Industriebranchen entwickelten sich unterschiedlich. Die Chemieindustrie, die zur Vorleistungsgüterindustrie gehört und die umsatzstärkste Industriebranche ist, leistete einen erheblichen Beitrag zum Anstieg der rheinland-pfälzischen Industrieproduktion. Die Hersteller von chemischen Erzeugnissen steigerten ihren Output im April um 18 Prozent. Die beiden großen Branchen der Investitionsgüterindustrie drosselten dagegen ihre Produktion. Die Hersteller von Kraftwagen und Kraftwagenteilen, die unter den umsatzstärksten Branchen an zweiter Stelle stehen, senkten ihre Ausbringung um fast ein Drittel (–32 Prozent). Im Maschinenbau, der drittgrößten Industriebranche, schrumpfte der Güterausstoß im April um 1,9 Prozent.

Im Vergleich zum Vorjahresmonat fiel die bereinigte Industrieproduktion im April 2024 etwas höher aus (+1 Prozent). Deutlichen Zuwächsen in der Konsumgüter- und in der Vorleistungsgüterindustrie standen kräftige

Konjunktur in Rheinland-Pfalz

Gütergruppe / Branche	Apr 2024		Jan bis Apr 2024
	Veränderung des Indexwertes[1] zu		
	Mrz 2024	Apr 2023	Jan bis Apr 2023
Entwicklung der Produktion			
Industrie	8,8 %	1,0 %	-7,3 %
Vorleistungsgüterproduzenten[2]	16,4 %	9,9 %	-3,6 %
Investitionsgüterproduzenten	/	/	/
Konsumgüterproduzenten	19,8 %	13,9 %	-5,0 %
Herstellung von chemischen Erzeugnissen	17,9 %	18,5 %	1,7 %
Herstellung von Kraftwagen und Kraftwagenteilen	-32,0 %	-46,0 %	-25,9 %
Maschinenbau	-1,9 %	-6,1 %	-8,4 %
Entwicklung der Auftragseingänge			
Industrie	9,5 %	13,9 %	1,9 %
Inland	15,0 %	10,0 %	-2,7 %
Ausland	6,5 %	16,4 %	4,7 %
Vorleistungsgüterproduzenten[2]	2,8 %	5,5 %	3,8 %
Investitionsgüterproduzenten	18,9 %	24,8 %	1,7 %
Konsumgüterproduzenten	1,8 %	7,9 %	-3,7 %
Herstellung von chemischen Erzeugnissen	3,5 %	4,7 %	6,1 %
Herstellung von Kraftwagen und Kraftwagenteilen	22,9 %	24,9 %	0,6 %
Maschinenbau	-5,1 %	3,8 %	-0,6 %

1 Vorläufige preis-, kalender- und saisonbereinigte Werte. – 2 Einschließlich Energie.

Konjunktur aktuell

Weitere Informationen zur wirtschaftlichen Entwicklung in Rheinland-Pfalz und aktuelle Konjunkturdaten finden Sie hier:

Einbußen in der Investitionsgüterindustrie gegenüber. Die Entwicklung in den drei umsatzstärksten Industriebranchen war ebenfalls gegenläufig. Der Produktionsrückgang in der Investitionsgüterindustrie ist insbesondere auf die schwache Entwicklung der Kraftwagen- und Kraftwagenteileindustrie zurückzuführen. Aber auch im Maschinenbau war die Ausbringung geringer als im April 2023. Währenddessen konnte die Chemieindustrie ihre Produktion im Vergleich zum Vorjahresmonat deutlich steigern.

Mehr Auftragseingänge in der Industrie im April

Die Nachfrage nach rheinland-pfälzischen Industrieprodukten stieg im April 2024 deutlich. Nach Berechnungen auf der Basis vorläufiger Werte lag der preis-, kalender- und saisonbereinigte Auftragseingangsindex um 9,5 Prozent über dem Niveau des Vormonats. Besonders stark erhöhten sich die Bestellungen aus dem Inland (+15 Prozent), aber auch aus dem Ausland gingen mehr Aufträge ein als im März (+6,5 Prozent).

Ein wesentlicher Grund für den Zuwachs ist das kräftige Plus in der Investitionsgüterindustrie, deren Ordervolumen um 19 Prozent zulegte. Auch in den anderen beiden Güterhauptgruppen stiegen die bereinigten Auftragseingänge. Die Nachfrage nach Vorleistungsgütern erhöhte sich um 2,8 Prozent. In der Konsumgüterindustrie gingen 1,8 Prozent mehr Bestellungen ein als im Vormonat.

Die gestiegene Nachfrage nach Investitionsgütern ist auf eine kräftige Zunahme des Ordervolumens in der Kraftwagen- und Kraftwagenteileindustrie zurückzuführen. Die Hersteller von Kraftwagen und Kraftwagenteilen erhielten im April 23 Prozent mehr neue Aufträge als im Monat zuvor. Im Maschinenbau gingen dagegen weniger Bestellungen ein als im März (–5,1 Prozent). In der Chemieindustrie, die zur Vorleistungsgüterindustrie gehört und die umsatzstärkste Branche ist, stieg die Nachfrage im April um 3,5 Prozent.

Im Vergleich zum Vorjahresmonat verbuchte die rheinland-pfälzische Industrie im April 2024 deutlich mehr Bestellungen. Die bereinigten Auftragseingänge lagen um 14 Prozent über dem Niveau von April 2023. In- und Auslandsgeschäft konnten von einer gestiegenen Nachfrage profitieren. Alle drei Güterhauptgruppen verzeichneten Zuwächse. Das gleiche gilt für die drei größten Branchen. Besonders kräftig fiel das Plus in der Kraftwagen- und Kraftwagenteileindustrie aus, deren Ordervolumen 25 Prozent höher war als im Vorjahresmonat.

Industrieumsätze von Januar bis April unter Vorjahresniveau

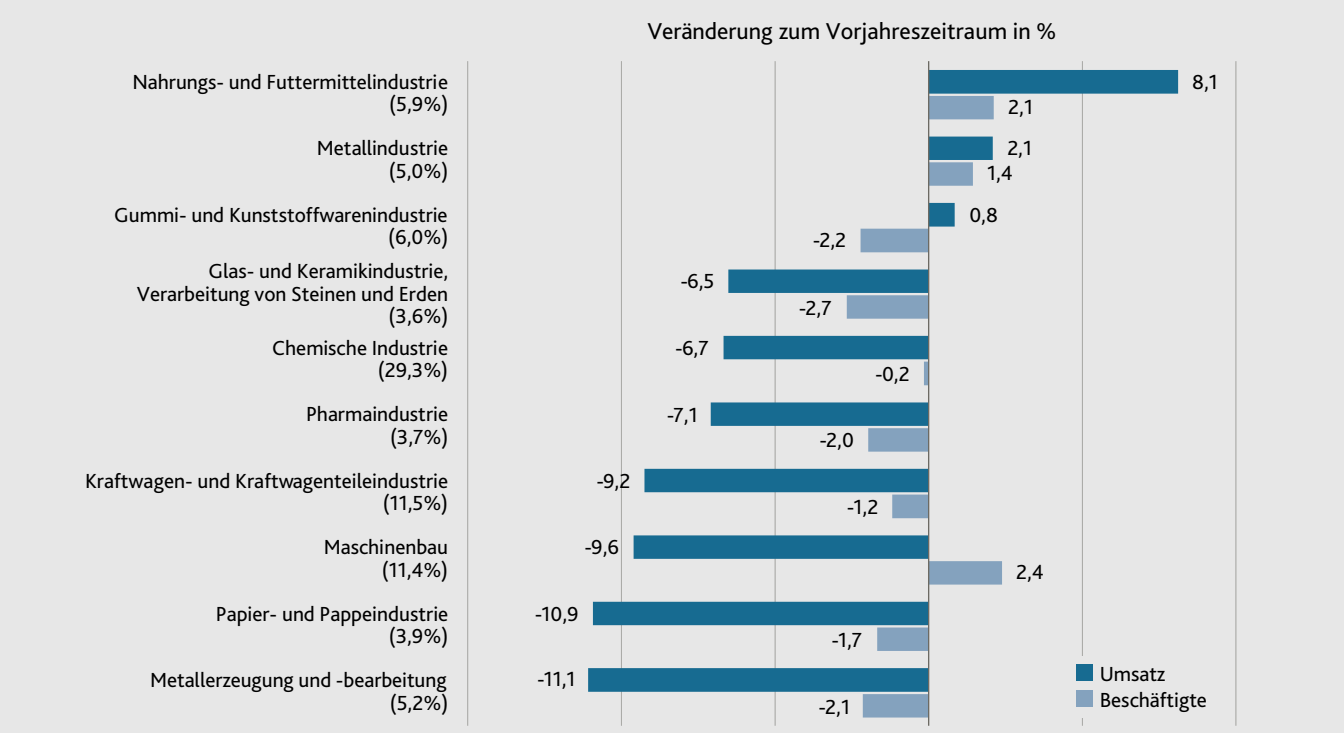
In den ersten vier Monaten 2024 lagen die nominalen Umsätze der rheinland-pfälzischen Industrie unter Vorjahresniveau. Von Januar bis April wies nur der April steigende Umsätze im Vergleich zum Vorjahresmonat auf. In den ersten vier Monaten gingen die nominalen Umsätze um rund 5,7 Prozent zurück. (Deutschland: –3,1 Prozent). Die Zahl der Beschäftigten stieg dagegen um 1,1 Prozent (Deutschland: +0,2 Prozent).

Der Gesamtumsatz der Industrie betrug in den ersten vier Monaten knapp 34 Milliarden Euro. Im Ausland wurden 19,2 Milliarden Euro (–5,8 Prozent) und im Inland 14,8 Milliarden Euro umgesetzt (–5,5 Prozent). Die Exportquote lag mit 56,5 Prozent um 0,1 Prozentpunkte niedriger als im Vorjahr. Zum Vergleich: In Deutschland nahmen die Umsätze aus dem Ausland um 2,1 Prozent und die aus dem Inland um 4,3 Prozent ab. Die Exportquote lag bei 52,2 Prozent (+0,6 Prozentpunkte).

Sieben der zehn umsatzstärksten Branchen erzielten weniger Erlöse als im Vergleichszeitraum des Vorjahres. Die Rückgänge in der Chemischen Industrie lagen bei 6,7 Prozent. Die ebenfalls umsatzstarken Branchen „Maschinenbau“ sowie „Herstellung von Kraftwagen und Kraftwagenteilen“ verzeichneten 9,6 bzw. 9,2 Prozent weniger Umsätze. Die höchsten Rückgänge gab es mit jeweils elf Prozent bei den Metallerzeugern und -bearbeitern sowie bei den Herstellern von Papier und Pappe. Dagegen erzielten die Hersteller von Nahrungs- und Futtermitteln mehr Umsätze als im Vorjahreszeitraum (+8,1 Prozent). Ebenfalls mehr Erlöse erwirtschafteten die Hersteller von Metallerzeugnissen sowie die von Gummi- und Kunststoffwaren (+2,1 bzw. +0,8 Prozent).

Im Durchschnitt waren in den ersten vier Monaten 2024 rund 263 700 Arbeit-

Umsätze und Beschäftigte in der Industrie von Januar bis April 2024 nach ausgewählten Wirtschaftszweigen



( ) Anteil an den Umsätzen insgesamt

nehmerinnen und Arbeitnehmer in der rheinland-pfälzischen Industrie beschäftigt. Im Vergleich zum Vorjahreszeitraum waren das 2 900 mehr (+1,1 Prozent). In drei der zehn umsatzstärksten Branchen nahm die Zahl der Beschäftigten zu. Die höchsten Anstiege gab es im Maschinenbau (+2,4 Prozent): Hier stieg die Zahl der Beschäftigten um knapp 900. Weitere Beschäftigungsgewinne gab es bei den Herstellern von Nahrungs- und Futtermitteln sowie bei den Herstellern von Metallerzeugnissen (+2,1 bzw. +1,4 Prozent). Die Chemische Industrie verzeichnete leichte Rückgänge (–0,2 Prozent). Die größten Einbußen meldeten die Erzeuger von Glas und Glaswaren (–2,7 Prozent), gefolgt von den Herstellern von Gummi- und Kunststoffwaren (–2,2 Prozent).

Erstmalig in diesem Jahr lagen im April die Umsätze in der Industrie über denen des Vorjahresmonats. Die Erlöse stiegen um fünf Prozent auf 8,6 Milliarden Euro. Die Nachfrage aus dem Inland betrug 3,7 Milliarden Euro (+5,6 Prozent), die aus dem Ausland 4,8 Milliarden Euro (+4,5 Prozent). Zum Vergleich: Deutschlandweit wurden 7,9 Prozent mehr Umsätze erzielt. Der Inlandsumsatz nahm um 5,9 Prozent und der Auslandsumsatz um 9,8 Prozent zu.

Die Zahl der Beschäftigten stieg gegenüber April 2023 um ein Prozent (Deutschland: unverändert).

Auftragseingänge und Umsätze im Bauhauptgewerbe steigen im April

Die Betriebe des rheinland-pfälzischen Bauhauptgewerbes erhielten im April 2024 mehr neue Aufträge als im Vormonat. Das Ordervolumen stieg kalender- und saisonbereinigt um 6,9 Prozent. Die baugewerblichen Umsätze lagen um 7,7 Prozent über dem Niveau von März.

Gegenüber dem Vorjahresmonat stiegen die Auftragseingänge in jeweiligen Preisen um fünf Prozent. Die baugewerblichen Umsätze waren elf Prozent höher als im April 2023. Preisbereinigte Angaben zu Auftragseingängen und Umsätzen liegen nicht vor. Da die Preise für Bauleistungen binnen Jahresfrist stiegen, dürften die realen

Konjunktur im Bauhauptgewerbe in Rheinland-Pfalz

Indikator	Apr 2024		Jan bis Apr 2024
	Veränderung des Wertes[1] zu		
	Mrz 2024	Apr 2023	Jan bis Apr 2023
Auftragseingang	6,9 %	5,0 %	-5,1 %
Hochbau insgesamt	28,0 %	11,0 %	-13,9 %
Wohnungsbau	3,4 %	-34,3 %	-25,9 %
Gewerblicher Hochbau	/	/	/
Öffentlicher Hochbau	42,0 %	206,2 %	134,3 %
Tiefbau insgesamt	-9,2 %	-0,9 %	3,9 %
Gewerblicher Tiefbau	34,5 %	33,1 %	-6,6 %
Straßenbau	-23,1 %	0,7 %	23,3 %
Sonstiger öffentlicher Tiefbau	-24,7 %	-31,7 %	-12,1 %
Baugewerblicher Umsatz	7,7 %	11,2 %	0,4 %
Hochbau insgesamt	10,2 %	5,4 %	-9,7 %
Wohnungsbau	3,8 %	-9,3 %	-24,3 %
Gewerblicher Hochbau	19,7 %	12,2 %	-4,5 %
Öffentlicher Hochbau	-0,3 %	20,1 %	17,3 %
Tiefbau insgesamt	5,8 %	16,2 %	9,9 %
Gewerblicher Tiefbau	11,5 %	27,0 %	15,1 %
Straßenbau	3,0 %	7,8 %	3,3 %
Sonstiger öffentlicher Tiefbau	4,4 %	19,7 %	16,2 %

1 Endgültige nominale kalender- und saisonbereinigte Werte.

Zuwächse – das heißt um Preisveränderungen bereinigt – bei den Auftragseingängen und Umsätzen etwas schwächer ausgefallen sein.

Der Anstieg der Auftragseingänge gegenüber dem Vormonat ist auf den Hochbau zurückzuführen, der im April 28 Prozent mehr Bestellungen erhielt als im März. Insbesondere im öffentlichen Hochbau, der Aufträge von Körperschaften des öffentlichen Rechts und Organisationen ohne Erwerbszweck erhält, stieg das Ordervolumen kräftig (+42 Prozent). Im Bereich Wohnungsbau erhöhte sich die Nachfrage um 3,4 Prozent. Auch der gewerbliche Hochbau erhielt mehr Aufträge als im Vormonat. Im Tiefbau sank das Ordervolumen um 9,2 Prozent. Das ist auf Nachfragerückgänge im sonstigen öffentlichen Tiefbau und im Straßenbau zurückzuführen (–25 bzw. –23 Prozent). Im gewerblichen Tiefbau stiegen die Bestellungen dagegen um 35 Prozent.

Im Hochbau lagen die Auftragseingänge um elf Prozent über dem Niveau des Vorjahresmonats. Im Tiefbau war die Nachfrage etwas niedriger als im April 2023 (–0,9 Prozent).

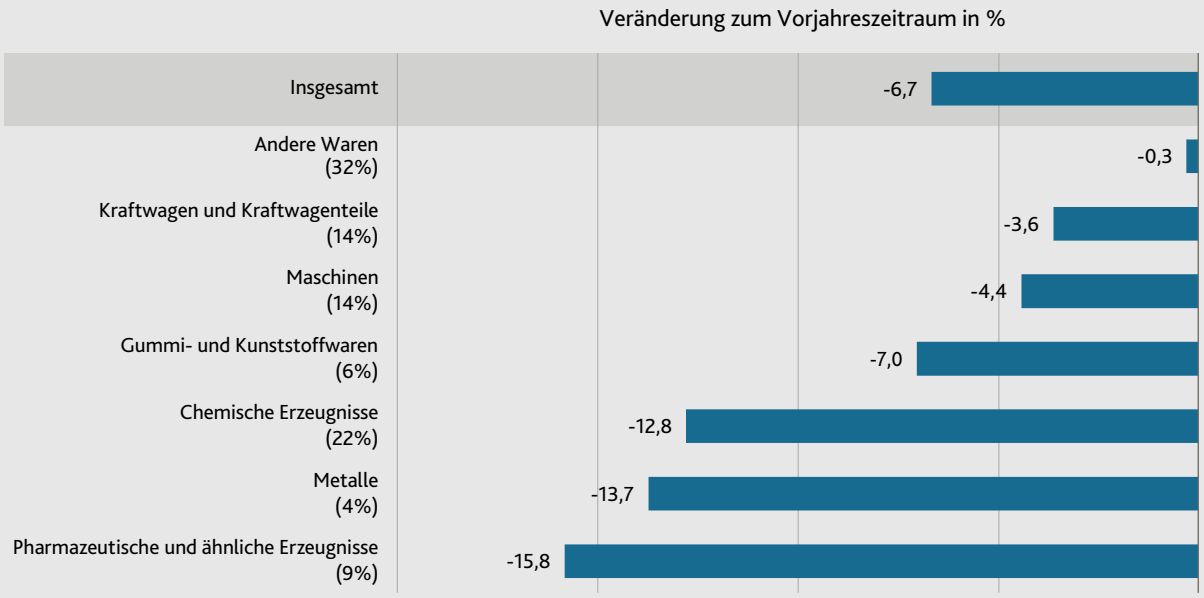
Das Wachstum der baugewerblichen Umsätze wurde sowohl durch den Hochbau als auch durch den Tiefbau gestützt. Die Erlöse im Hochbau nahmen im April 2024 kalender- und saisonbereinigt um zehn Prozent zu. In zwei der drei Teilbereiche des Hochbaus waren die Umsätze höher als im März. Am größten war das Plus im gewerblichen Hochbau (+20 Prozent). Im Wohnungsbau stiegen die Erlöse um 3,8 Prozent. Leichte Umsatzeinbußen verzeichnete der öffentliche Hochbau (–0,3 Prozent). Im Tiefbau legten die Umsätze im April um 5,8 Prozent zu. Den stärksten Zuwachs unter den Teilbereichen des Tiefbaus erzielte der gewerbliche Tiefbau (+12 Prozent). Im sonstigen öffentlichen Tiefbau und im Straßenbau nahmen die Umsätze um 4,4 bzw. drei Prozent zu.

Die baugewerblichen Umsätze des Tiefbaus lagen 16 Prozent über dem Niveau des Vorjahresmonats. Im Hochbau fielen die Erlöse 5,4 Prozent höher aus als im April 2023.

Warenwerte der Aus- und Einfuhren im ersten Quartal im Minus

Die Warenwerte der Ex- und Importe im rheinland-pfälzischen Außenhandel lagen in den ersten drei Monaten 2024 – trotz gestiegener Aus- und Einfuhrmengen – unter denen des ersten Quartals 2023. Nach vorläufigen Angaben reduzierte sich der Warenwert der Ausfuhren um 6,7 Prozent auf 15,2 Milliarden Euro (Deutschland: –2,9 Prozent). Der Warenwert der Importe ging um 3,6 Prozent auf 11,5 Milliarden Euro zurück (Deutschland: –7,8 Prozent). Die Menge der exportierten und importierten Güter stieg hingegen um 2,5 Prozent bzw. elf Prozent.

Ausfuhren von Januar bis März 2024[1] nach Güterabteilungen



( ) Anteile an den Ausfuhren insgesamt
1 Vorläufiges Ergebnis.

Knapp 59 Prozent des Warenwertes der Ausfuhren gingen in die EU-Länder (–4,2 Prozent). Die Exporte in die Euroländer nahmen um 2,9 Prozent ab. Die Ausfuhren nach Belgien sanken deutlich (–10 Prozent). Dagegen stiegen die Exporte in die Niederlande mit 0,3 Prozent geringfügig. Unter dem Einfluss der merklichen Ausfuhrrückgänge nach Tschechien (–18 Prozent) wurden weniger Waren in die Nicht-Euroländer exportiert (–7,8 Prozent). Die Ausfuhren in das übrige Europa reduzierten sich um 0,9 Prozent. Dieser Rückgang wurde aufgrund einer deutlichen Zunahme des Exportwarenwerts der Türkei (+17 Prozent) gedämpft.

Die Exporte nach Amerika gingen um 14 Prozent zurück (USA: –17 Prozent). Der Warenwert der ausgeführten Güter nach Asien reduzierte sich um 14 Prozent. Nach Japan wurde deutlich weniger exportiert (–53 Prozent), nach China hingegen mehr (+4,4 Prozent).

Alle sechs für den Export bedeutsamen Güterabteilungen verzeichneten weniger Ausfuhren. Die Nachfrage nach chemischen Erzeugnissen nahm um 13 Prozent ab. Bei den ausgeführten Kraftwagen und Kraftwagenteilen sowie den Maschinen lagen die Rückgänge bei 3,6 bzw. 4,4 Prozent. Die Warenwerte der Exporte pharmazeutischer Erzeugnisse reduzierten sich um 16 Prozent.

Der Warenwert der Einfuhren lag in den ersten drei Monaten bei 11,5 Milliarden Euro (–3,6 Prozent gegenüber dem ersten Quartal 2023). Rund 63 Prozent des Importwertes kamen aus EU-Ländern (+0,2 Prozent). Zuwächse der Importwerte aus Spanien und den Niederlanden (+29 bzw. +5,6 Prozent) führten zu höheren Einfuhrwerten aus den Euroländern (+0,6 Prozent). Aus den Nicht-Euroländern wurde 0,8 Prozent weniger importiert. Infolge der deutlichen Rückgänge türkischer Importe (–30 Prozent) sanken die Einfuhren aus dem übrigen Europa um 14 Prozent.

Die Importe aus Amerika stiegen geringfügig um 0,2 Prozent an (USA: –0,3 Prozent). Dagegen wurde aus Asien weniger eingeführt (–14 Prozent). Sowohl die Einfuhren aus China als auch die aus Japan gingen zurück (–13 bzw. –7 Prozent).

Aufgrund der Sanktionsmaßnahmen gegen Russland lagen die Werte der ukrainischen Ex- und Importe im

ersten Quartal 2024 über den russischen Ergebnissen. Der Wert der exportierten Güter in die Ukraine betrug 56 Millionen Euro (+16 Prozent); die Importe beliefen sich auf 13,8 Millionen Euro (+61 Prozent). Die Nachfrage Russlands sank auf 37,9 Millionen Euro (–46 Prozent). Der Rückgang bei den Importen lag bei 89 Prozent; deren Gesamtwert betrug 2,1 Millionen Euro.

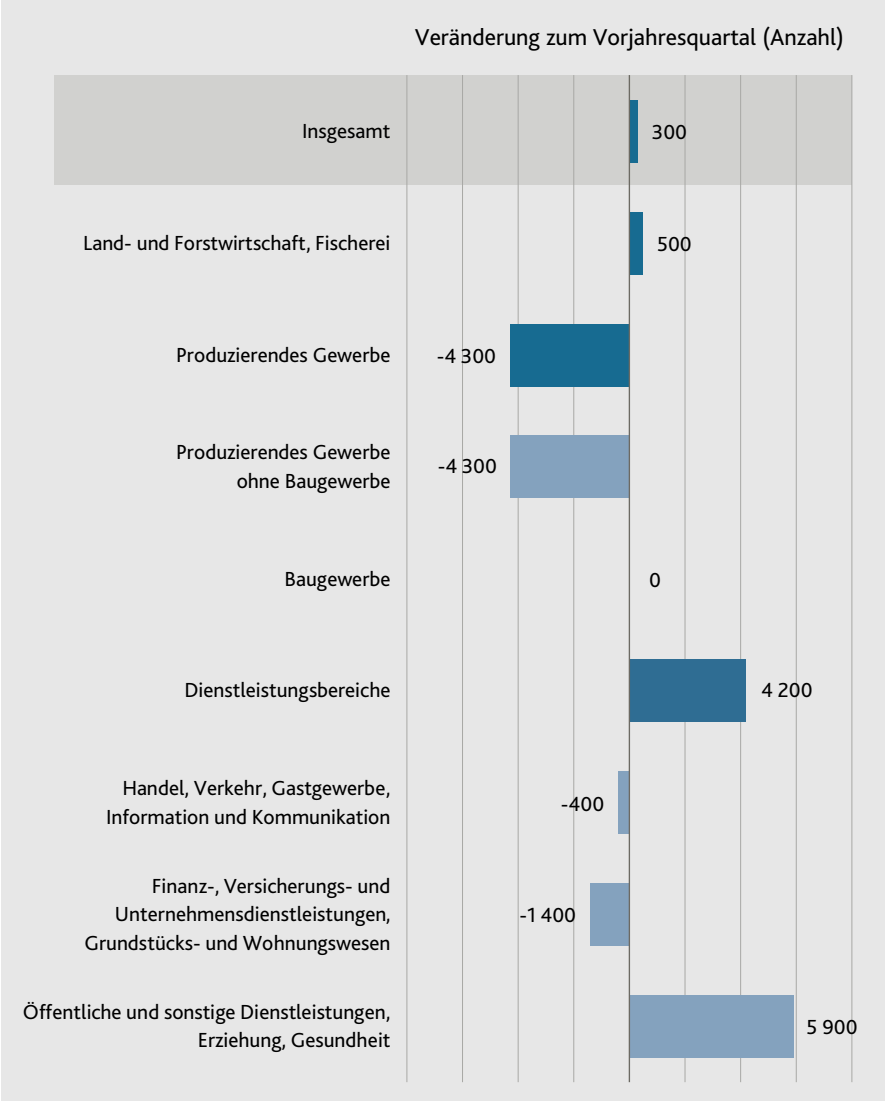
Erwerbstätigkeit stagniert im ersten Quartal

Der Aufwärtstrend am Arbeitsmarkt setzte sich im ersten Quartal 2024 nicht fort. Nach vorläufigen Berechnungen des Arbeitskreises Erwerbstätigenrechnung der Länder stagnierte die Zahl der Erwerbstätigen mit Arbeitsort in Rheinland-Pfalz gegenüber dem ersten Quartal 2023 (+300 Personen; Bundesdurchschnitt: +0,3 Prozent). Die Veränderungsrate nimmt bereits seit dem zweiten Quartal 2022, in dem sich noch ein Plus von 1,5 Prozent ergab, kontinuierlich ab. Insgesamt hatten im ersten Quartal 2024 durchschnittlich 2,05 Millionen Erwerbstätige ihren Arbeitsort in Rheinland-Pfalz.

Die Zahl der sozialversicherungspflichtig Beschäftigten stieg gegenüber dem Vorjahresquartal nur noch leicht. Dem stand ein Rückgang sowohl der Zahl der Selbstständigen einschließlich mithelfenden Familienangehörigen als auch der marginal Beschäftigten gegenüber.

Positive Impulse kamen aus den Dienstleistungsbereichen. Hier nahm die Zahl der Erwerbstätigen im ersten Quartal 2024 gegenüber dem Vorjahreszeitraum um 4 200 Personen bzw. 0,3 Prozent zu (Deutschland: +0,5 Prozent). Allerdings war dieser Anstieg ausschließlich auf den größten Teilbereich „Öffentliche und sonstige Dienstleistungen, Erziehung, Gesundheit“ zurückzuführen. Die Zahl der Erwerbstätigen erhöhte sich hier um 5 900 Personen (+0,8 Prozent; Deutschland: +1,2 Prozent). Im Teilbereich „Handel, Verkehr, Gastgewerbe, Information und Kommunikation“ waren 400 Personen weniger tätig als im ersten Quartal 2023 (–0,1 Prozent; Deutschland: +0,1 Prozent). Im kleinsten Teilbereich „Finanz-, Versicherungs- und Unternehmensdienstleistungen, Grundstücks- und Wohnungswesen“ sank die Zahl der Erwerbstätigen sogar um 1 400 (–0,5 Prozent; Deutschland: –0,3 Prozent).

Erwerbstätige am Arbeitsort im 1. Quartal 2024 nach Wirtschaftsbereichen



Auch im Produzierenden Gewerbe nahm die Erwerbstätigkeit ab. Von Januar bis März 2024 arbeiteten in diesem Bereich 4 300 Personen weniger als ein Jahr zuvor (–0,8 Prozent; Deutschland: –0,3 Prozent). Das ist vor allem auf den größten Teilbereich, das Verarbeitende Gewerbe, zurückzuführen. Hier sank die Zahl der Erwerbstätigen um 4 500 Personen bzw. 1,2 Prozent (Deutschland: –0,5 Prozent). Im Baugewerbe stoppte der seit 2016 andauernde Beschäftigungsaufbau. Die Zahl der Erwerbstätigen stagnierte zu Jahresbeginn (Deutschland: –0,8 Prozent).

In der Landwirtschaft nahm die Beschäftigung im ersten Quartal zu. Die Zahl der Erwerbstätigen erhöhte sich um 500 Personen bzw. 1,3 Prozent (Deutschland: ebenfalls +1,3 Prozent).

Weniger Gewerbeanmeldungen und -abmeldungen im ersten Quartal

Im ersten Quartal 2024 wurden in Rheinland-Pfalz 9 929 Gewerbe angemeldet. Das waren 6,8 Prozent weniger als im ersten Quartal des Vorjahres. Im gleichen Zeitraum ging die Zahl der Gewerbeabmeldungen um 7,7 Prozent auf 8 907 zurück; sodass 1 022 Gewerbeanmeldungen mehr eingegangen sind als -abmeldungen.

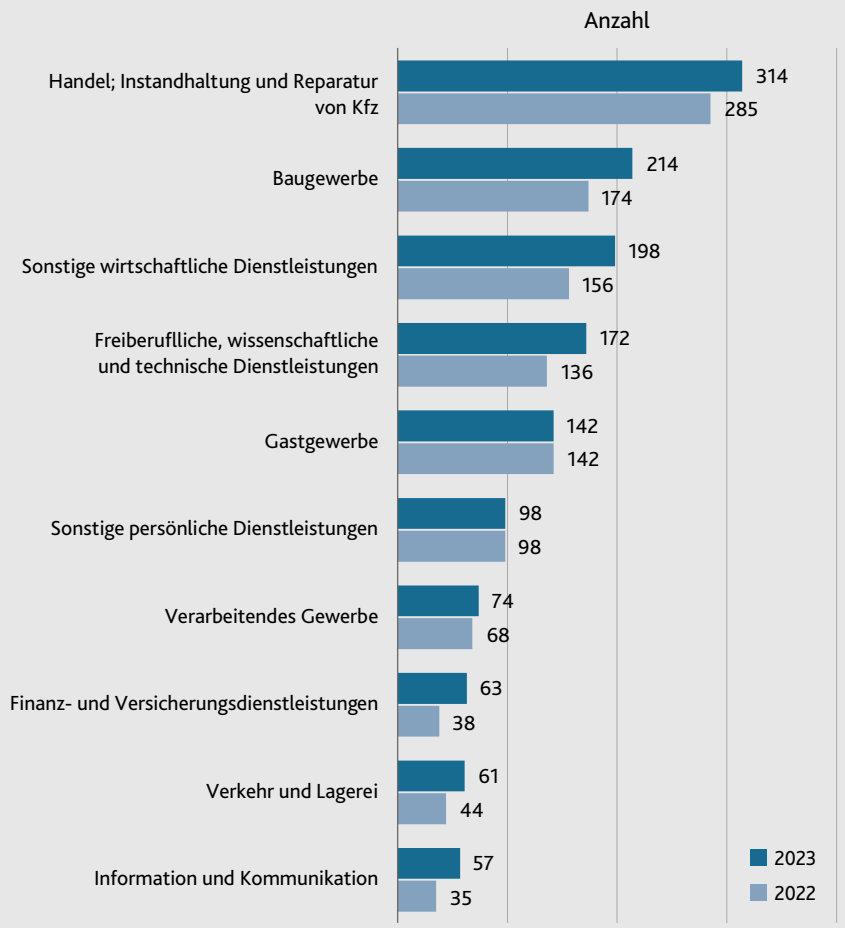
Die Zahl der Betriebsgründungen, zu denen alle Neugründungen von Betrieben mit größerer wirtschaftlicher Bedeutung gehören, ist mit 1 565 in den ersten drei Monaten des Jahres gegenüber dem Vorjahreszeitraum deutlich gestiegen (+17 Prozent).

Den höchsten Anteil an den Betriebsgründungen hatte der Wirtschaftsabschnitt „Handel; Instandhaltung und Reparatur von Kraftfahrzeugen“ mit 20 Prozent. Den zweithöchsten Anteil stellte mit 14 Prozent der Wirtschaftsabschnitt „Baugewerbe“, gefolgt von den „Sonstigen wirtschaftlichen Dienstleistungen“ mit 13 Prozent.

Den höchsten Wert bei den Betriebsgründungen je 10 000 Einwohnerinnen und Einwohner erreichte die kreisfreie Stadt Worms mit acht; es folgten die kreisfreien Städte Speyer mit 7,8 und Kaiserslautern mit 6,1. Den niedrigsten Wert unter den kreisfreien Städten verzeichnete Pirmasens mit 3,7. Unter den Landkreisen wies Germersheim mit 4,9 den höchsten Wert auf, die Südwestpfalz mit 1,5 den niedrigsten.

Im ersten Quartal 2024 gab es insgesamt 6 716 sonstige Neugründungen. Das waren rund 9,6 Prozent weniger als im Vorjahreszeitraum. Die Zahl

Betriebsgründungen[1] im 1. Quartal 2023 und 2024 nach ausgewählten Wirtschaftszweigen



1 Kapital- bzw. Personengesellschaft oder Einzelunternehmen mit Handelsregistereintrag, Handwerkskarte oder mindestens einem/einer sozialversicherungspflichtig Beschäftigten.

der gegründeten Kleinunternehmen im Haupterwerb fiel deutlich um 20 Prozent auf 2 347, die im Nebenerwerb nur leicht um 2,6 Prozent auf 4 369.

Daneben gab es noch 1 648 weitere Gewerbeanmeldungen aus Umwandlungen, Zuzügen und Übernahmen.

Die Zahl der Betriebsaufgaben stieg in den ersten drei Monaten 2024 um 13 Prozent auf 1 351. Im Vergleich zum Vorjahreszeitraum 2023 verringerte sich die Zahl der sonstigen Stilllegungen um elf Prozent auf 5 861. Davon waren 2 634 der Kleinunternehmen im Haupterwerb (–8,1 Prozent) und 3 218 im Nebenerwerb (–14 Prozent) tätig.

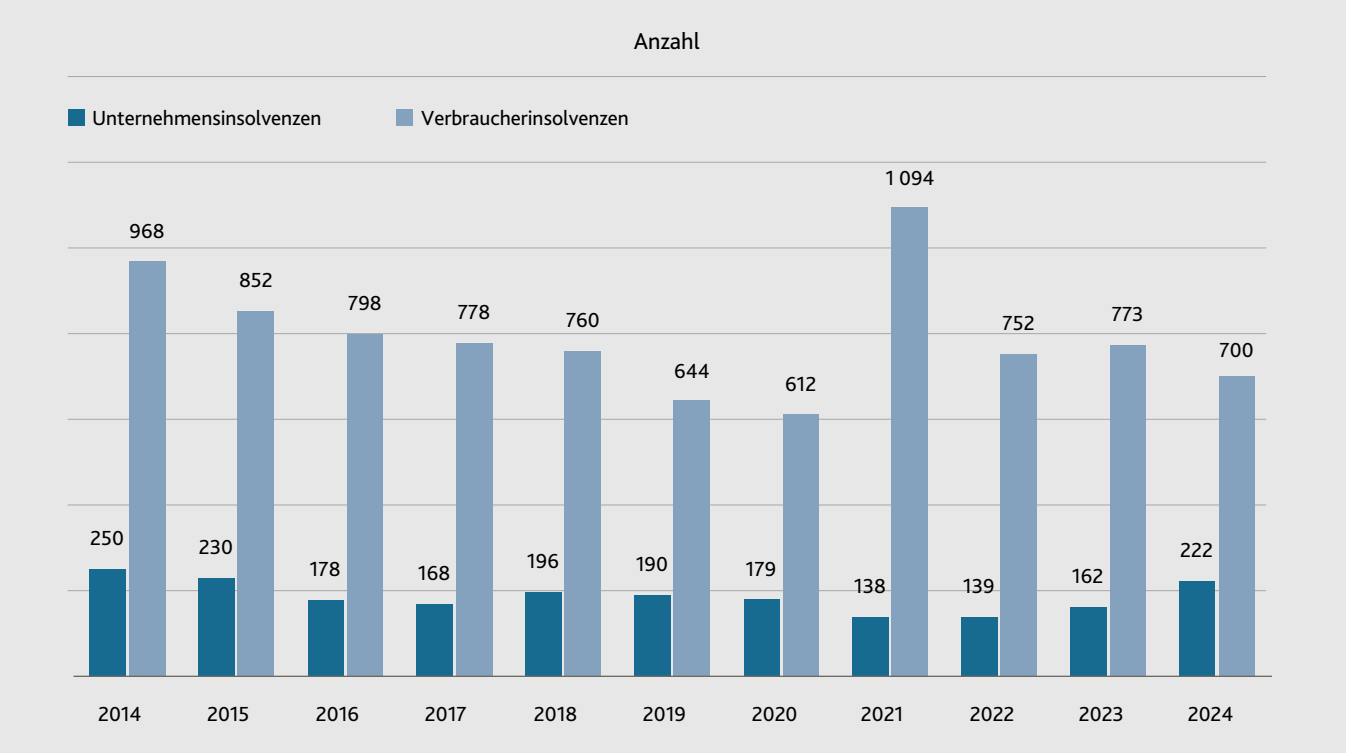
Deutlicher Anstieg der Unternehmensinsolvenzen im ersten Quartal

Die Zahl der Unternehmensinsolvenzen in Rheinland-Pfalz ist im ersten Quartal 2024 stark gestiegen. In den ersten drei Monaten dieses Jahres stellten 222 Unternehmen einen Insolvenzantrag; das waren 37 Prozent mehr als im Vorjahreszeitraum (162). Die Zahl der Verbraucherinsolvenzen lag mit 700 Anträgen und einem Minus von 9,4 Prozent unter der des ersten Quartals 2023.

Durch die beantragen Unternehmensinsolvenzen gerieten in den ersten drei Monaten dieses Jahres 3 376 Arbeitsplätze in Gefahr, so viele wie in den vergangenen zehn Jahren nicht mehr. Das Gesamtvolumen der voraussichtlichen Forderungen der Gläubiger lag bei 552 Millionen Euro und somit 65 Prozent höher als im Vorjahreszeitraum; das waren rund 2,5 Millionen Euro je insolventem Unternehmen.

Die meisten Insolvenzanträge stellten Unternehmen aus dem Baugewerbe mit 45 Anträgen; das waren im Vergleich zum Vorjahr 9,8 Prozent mehr. Es folgten die Wirtschaftsabschnitte „Handel; Instandhaltung und Reparatur von Kraftfahrzeugen“ mit 38 Anträgen (+65 Prozent) sowie das „Verarbeitende Gewerbe“ mit 31 Fällen – das waren mehr als doppelt so viele wie im Vorjahreszeitraum.

Unternehmens- und Verbraucherinsolvenzen im 1. Quartal 2014–2024



Die Insolvenzhäufigkeit, also die Zahl der Insolvenzen je 1000 wirtschaftlich aktive Unternehmen, lag in den kreisfreien Städten (1,6) höher als in den Landkreisen (1,4). Den höchsten Wert mit jeweils 3,0 verzeichneten die kreisfreien Städte Landau in der Pfalz und Zweibrücken, den niedrigsten der Landkreis Bernkastel-Wittlich mit 0,4.

Die Zahl der Verbraucherinsolvenzen sank im ersten Quartal 2024 um 9,7 Prozent auf 700 Fälle. Die Summe der voraussichtlichen Forderungen der Gläubiger stieg hingegen auf rund 37,6 Millionen Euro und somit um 3,2 Prozent im Vergleich zum Vorjahreszeitraum.

Die meisten Verbraucherinsolvenzen je 10 000 Einwohnerinnen und Einwohner verzeichnete in den ersten drei Monaten die kreisfreie Stadt Pirmasens mit 6,4; die wenigsten wies der Rhein-Hunsrück-Kreis mit 0,6 auf. Der Durchschnitt lag in den kreisfreien Städten bei 2,3 und in den Landkreisen bei 1,5.

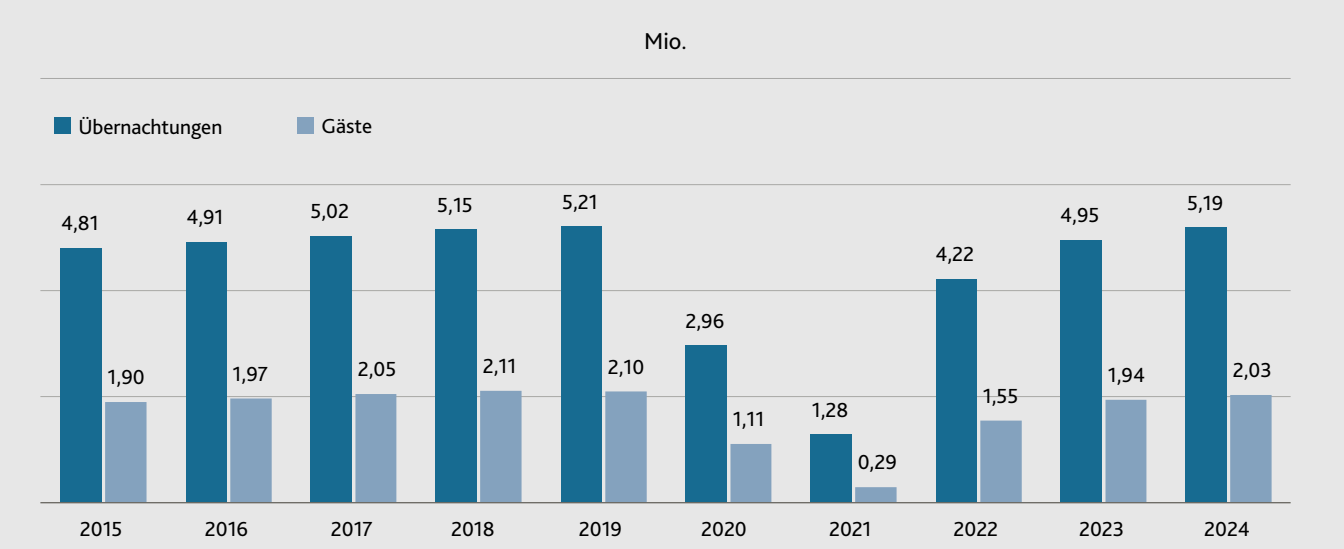
Mehr Gäste und Übernachtungen von Januar bis April

In den ersten vier Monaten 2024 verbuchten die rheinland-pfälzischen Tourismusbetriebe mehr Gäste und Übernachtungen als im Vergleichszeitraum des Vorjahres. Gut zwei Millionen Gäste besuchten Rheinland-Pfalz (+4,6 Prozent). Die Zahl der Übernachtungen stieg um 4,9 Prozent auf 5,2 Millionen.

Die Gäste- und Übernachtungszahlen fielen niedriger aus als im Zeitraum Januar bis April im Vor-Corona-Jahr 2019 (–3,2 bzw. –0,3 Prozent).

Nicht alle Tourismusregionen verbuchten ein höheres Gäste- und Übernachtungsaufkommen gegenüber dem Vorjahreszeitraum. Zuwächse gab es in den touristisch beliebten Regionen Pfalz (Gäste: +4,9 Prozent; Übernachtungen: +5,1 Prozent) sowie Rheinhessen (Gäste: +6,4 Prozent; Übernachtungen: +4,8 Prozent). Ausgehend von einem niedrigeren Niveau stiegen die Gäste in der Region Naheland um zwölf Prozent und die Übernachtungen um 8,1 Prozent. Aufgrund vorübergehender Betriebsschließungen in der Eifel im Vorjahr lagen die Zuwächse in dieser Region deutlich höher (Gäste: +25 Prozent; Übernachtungen: +29 Prozent). Im Ahrtal schreitet der Wiederaufbau der Übernachtungskapazitäten nach der Flutkatastrophe im Juli 2021 voran: Die Zahl der Gäste stieg um elf Prozent und die der Übernachtungen um 23 Prozent. Im Vergleich zum Vor-Corona-Niveau zeigen sich hier noch deutliche Abweichungen (Gäste: –47 Prozent; Übernachtungen:

Übernachtungen und Gäste von Januar bis April 2015–2024[1]



1 Jahr 2024 vorläufig.

–44 Prozent). Rückläufige Gäste- und Übernachtungszahlen gab es in der Region Mosel-Saar (Gäste: –3,3 Prozent; Übernachtungen: –4,5 Prozent) und im Hunsrück (Gäste: –3,1 Prozent; Übernachtungen: –5 Prozent). Das Mittelrheintal registrierte mehr Gäste (+0,6 Prozent), aber weniger Übernachtungen (–1,2 Prozent).

Sieben der zehn Betriebsarten verbuchten mehr Übernachtungen. Die Hotels garnis sowie die Jugendherbergen und Hütten registrierten vier bzw. 7,6 Prozent mehr Übernachtungen. Die Hotels als beliebteste Unterkunftsart lagen nur knapp über dem Vorjahresniveau (+0,3 Prozent). Der Anstieg bei den Campingplätzen betrug 3,2 Prozent. Aufgrund eines reduzierten Angebots im Vorjahr stiegen die Übernachtungen in den Ferienzentren um 40 Prozent. Weniger Übernachtungen verbuchten die Ferienhäuser und Ferienwohnungen sowie Pensionen (–2 bzw. 2,3 Prozent). In den Gasthöfen gingen die Übernachtungszahlen um 8,7 Prozent zurück.

Aus dem Inland kamen 1,7 Millionen Besucherinnen und Besucher (+4,2 Prozent). Diese buchten rund 4,3 Millionen Übernachtungen (+5 Prozent). Die Zahl der Gäste aus dem Ausland stieg um 6,8 Prozent auf 339 000, die Zahl ihrer Übernachtungen um 4,3 Prozent auf 910 000.

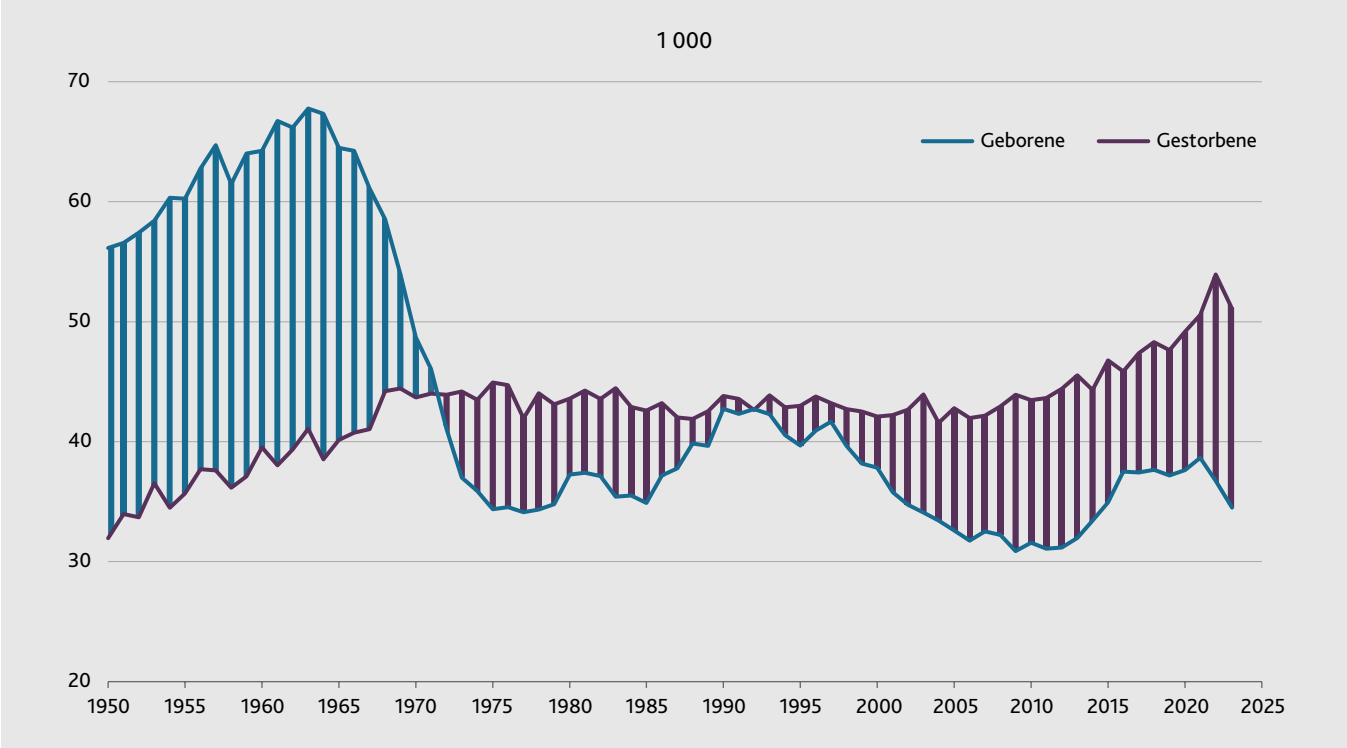
Im April kamen 701 000 Gäste nach Rheinland-Pfalz (–4,1 Prozent). Die Zahl der Übernachtungen ging um acht Prozent auf 1,7 Millionen zurück. Ein Grund hierfür könnten die früheren Osterfeiertage sein, die größtenteils im März lagen.

34 500 Neugeborene, 51 300 Gestorbene sowie mehr als 18 600 Eheschließungen

Im Jahr 2023 wurden rund 34 500 rheinland-pfälzische Kinder geboren, mehr als 51 300 Rheinland-Pfälzerinnen und Rheinland-Pfälzer starben. Die Zahl der Sterbefälle nahm im Vorjahresvergleich um annähernd 2 700 bzw. 4,9 Prozent ab, nachdem sie im Jahr 2022 stark angestiegen war.

Die Zahl der Neugeborenen sank ebenfalls deutlich (–2 238 bzw. –6,1 Prozent). In der Summe überstieg die Zahl der Sterbefälle die der im Jahresverlauf

Geborene und Gestorbene 1950–2023



Geborenen um mehr als 16 800. Das Geburtendefizit reduzierte sich damit gegenüber dem Jahr 2022 um rund 400, liegt aber weiterhin deutlich über dem der Vorjahre.

In allen kreisfreien Städten und Landkreisen, mit Ausnahme der Landeshauptstadt Mainz, starben mehr Menschen als Kinder geboren wurden. In Mainz ergibt sich mit einem Geburtenüberschuss von 42 Personen ein annähernd ausgeglichener, leicht positiver Saldo der sogenannten natürlichen Bevölkerungsbewegungen. Das höchste Geburtendefizit war, wie bereits im Vorjahr, im Landkreis Mayen-Koblenz zu verzeichnen. Dort überstieg die Zahl der Verstorbenen die Zahl der Geborenen um insgesamt 1 043.

Bezogen auf je 1 000 Einwohnerinnen und Einwohner starben im Jahresverlauf landesweit vier Personen mehr als geboren wurden (Vorjahr: 4,2). In den kreisfreien Städten fällt dieser relative Saldo der natürlichen Bevölkerungsbewegung mit –2,6 angesichts einer günstigeren Altersstruktur deutlich geringer aus als in den Landkreisen (–4,5 Personen je 1 000 Einwohnerinnen und Einwohner). Für die Landeshauptstadt Mainz und die kreisfreie Stadt Ludwigshafen ergeben sich noch annähernd ausgeglichene relative natürliche Bevölkerungssalden von +0,2 bzw. –0,8 Personen je 1 000 Einwohnerinnen und Einwohner. Hingegen zeigen sich insbesondere in den kreisfreien Städten Pirmasens (–8,4) und Neustadt an der Weinstraße (–6,6) sowie den vier Landkreisen Südwestpfalz, Cochem-Zell (jeweils –6,8) sowie Birkenfeld (–6,7) und Vulkaneifel (–6,5) im Regionalvergleich jeweils hohe relative Geburtendefizite.

Insgesamt 18 634 Paare gingen in Rheinland-Pfalz im Jahr 2023 den Bund fürs Leben ein, das waren annähernd 1 800 weniger als im Jahr zuvor (–8,8 Prozent). Damit sank die Zahl derjenigen, die sich trauten, nach relativ hoher Vorjahreszahl wieder auf das Niveau von 2021. Zu den frisch Vermählten zählten auch 876 Personen, die eine gleichgeschlechtliche Ehe eingingen (2022: 996).

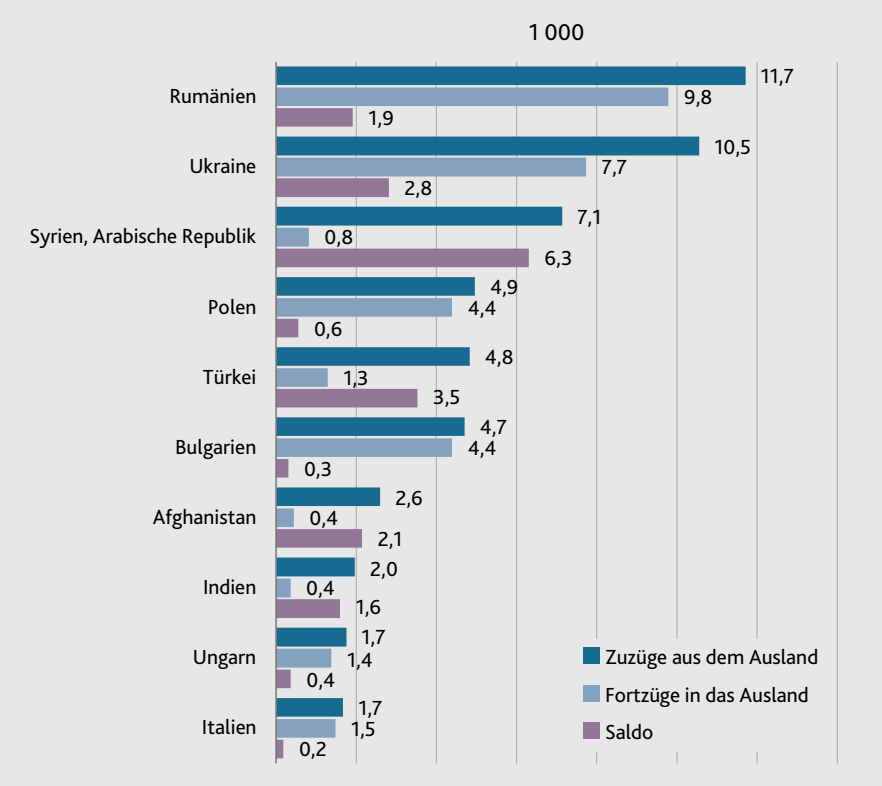
Der negative Saldo aus Geburten und Sterbefällen wird durch einen positiven Wanderungssaldo und sonstige in der Fortschreibung des Jahres 2023 zu berücksichtigende bestandsrelevante Korrekturen mehr als ausgeglichen. Unterm Strich wuchs die Bevölkerungszahl in Rheinland-Pfalz im vergangenen Jahr um 15 161 auf 4 174 311. Diese Zahl stammt aus der Fortschreibung des Bevölkerungsstandes auf Basis des Zensus 2011. Mit der Veröffentlichung der Ergebnisse des Zensus 2022 von Ende Juni 2024 werden diese bereits veröffentlichten Zahlen der Bevölkerungsfortschreibung allerdings in absehbarer Frist revidiert. Bis dahin gelten die Fortschreibungen auf Basis des Zensus 2011.

Erneut hoher Wanderungsgewinn

Im vergangenen Jahr zogen annähernd 158 600 Menschen in Rheinland-Pfalz zu. Das waren rund 20 Prozent weniger als im Jahr zuvor. Im Jahresverlauf zogen zudem rund 125 700 Menschen aus dem Land fort. Im Saldo ergibt sich über das Jahr gesehen ein weiterhin beachtlicher Wanderungsgewinn von rund 32 900 Personen, der aber deutlich unter dem des Vorjahres liegt. Bedingt durch den russischen Angriffskrieg waren damals annähernd 50 000 schutzsuchende Ukrainerinnen und Ukrainer zugewandert.

Die Zahl der Zuzüge aus dem Ausland (mehr als 90 400) ist bedingt durch die Sonderentwicklung 2022 im Vorjahresvergleich um rund 36 000 zurückgegangen. Rund 89 Prozent dieses Personenkreises (rund 80 500) entfielen auf Menschen nicht deutscher Staatsangehörigkeit, hierunter weiterhin rund 10 500 schutzsuchende Ukrainerinnen und Ukrainer, mehr als 7 100 Syrerinnen und Syrer sowie rund 2 600 Afghaninnen und Afghanen. Eine weitere große Gruppe ausländischer Zuwanderinnen und Zuwanderer entstammt mittel- und osteuropäischen EU-Staaten, für die seit 2011 bzw. 2014 die volle Arbeitnehmerfreizügigkeit gilt. Die nach wie vor größte Zuwanderungsgruppe in dieser Kategorie stellten dabei rumänische Staatsangehörige (rund 11 700). Am zweit- bzw. dritthäufigsten waren Polinnen und Polen (rund 4 900) bzw. Bulgarinnen und Bulgaren (rund 4 700) vertreten. Im Gegenzug wanderten rund 46 500 Ausländerinnen und Ausländer über die Bundesgrenze fort. Im Saldo ergibt sich damit ein Zuwanderungsüberschuss von rund 34 000 Ausländerinnen und Ausländern.

Wanderungsverflechtungen mit dem Ausland 2023 nach den zehn am häufigsten zugewanderten ausländischen Nationalitäten



Aus anderen Regionen Deutschlands kamen im Jahr 2023 rund 68 200 Personen nach Rheinland-Pfalz. Das waren knapp fünf Prozent weniger als im Jahr zuvor. Im gleichen Zeitraum verlegten rund 66 100 Rheinland-Pfälzerinnen und Rheinland-Pfälzer ihren alleinigen bzw. Hauptwohnsitz in eines der anderen Bundesländer (–3,4 Prozent). Daraus resultiert – bei im Vergleich zum Vorjahr insgesamt niedrigerem Wanderungsvolumen – ein leichtes Zuwanderungsplus von fast 2 100 Personen. Aus den angrenzenden Ländern mit Ausnahme des Saarlands wanderten wie schon in den Vorjahren erneut mehr Personen zu als dorthin fortzogen. In der Summe ergibt sich mit den direkten Nachbarn ein Wanderungsplus in Höhe von knapp 3 300 Personen.

In alle Landkreise und kreisfreien Städte zogen mehr Menschen zu als fort. In 13 der insgesamt 24 Landkreise, angeführt von Mayen-Koblenz und dem Westerwaldkreis, überstiegen die Zuwanderungen die jeweiligen Abwanderungen um zum Teil deutlich mehr als 1 000 Personen. Einen ebenfalls deutlichen wanderungsbedingten Bevölkerungszuwachs verzeichnete auch der Landkreis Ahrweiler, in dem nun mehr drei Jahre nach der verheerenden Flutkatastrophe vom Juli 2021 in der Summe mehr als 1 200 Menschen mehr zu- als abwanderten (Vorjahr: rund 600 Personen).

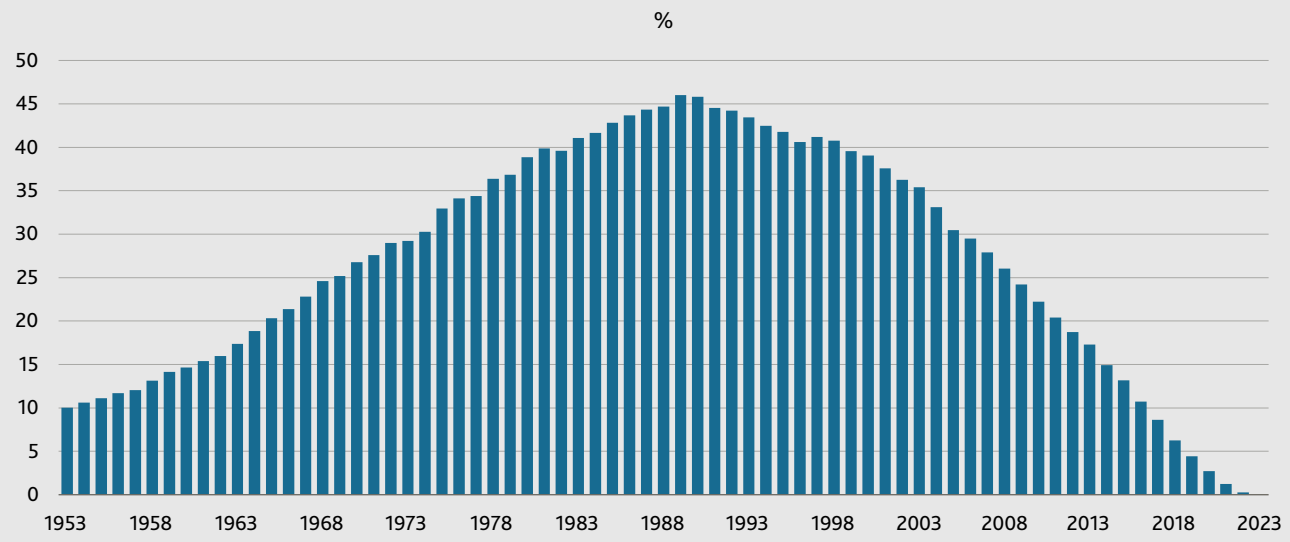
Der positive Wanderungssaldo gleicht den negativen Saldo aus Geburten und Sterbefällen sowie den sich für das Jahr 2023 zusätzlich zu berücksichtigenden negativen Saldo in der Fortschreibung zu berücksichtigender bestandsrelevanter Korrekturen mehr als aus.

Weniger Scheidungen als im Vorjahr

Im Jahr 2023 wurden 7 105 Ehen vor rheinland-pfälzischen Familiengerichten geschieden – 92 davon zwischen gleichgeschlechtlichen Partnern. Das waren 629 Scheidungen bzw. 8,1 Prozent weniger als im Vorjahr. Die Anzahl der Ehescheidungen ist in Rheinland-Pfalz seit dem Jahr 2011 tendenziell rückläufig mit leichten Anstiegen in den Jahren 2016 und 2022.

Lediglich 41 (0,6 Prozent) der 2023 geschiedenen Ehen wurde bereits vor Erreichen der regulär einjährigen Trennungsfrist geschieden, weil die Fortsetzung für die Antragstellerin bzw. den Antragsteller eine unzumutbare Härte dargestellt hätte. In annähernd 5 600 Fällen und damit mehrheitlich (79 Prozent) erfolgte die Scheidung im zweiten Trennungsjahr. Weitere 1 462 Ehebünde (21 Prozent) wurden erst nach einer Trennungsphase von drei Jahren beendet. In letzteren Fällen wird nach Gesetz unwiderlegbar vermutet, dass die Ehe gescheitert ist, auch wenn nur ein Ehepartner die Scheidung beantragt hat und der andere der Scheidung nicht zustimmt.

Gesamtscheidungsquoten[1] der Heiratsjahrgänge 1953–2023



1 Bislang geschiedene Ehen je 100 Eheschließungen des entsprechenden Heiratsjahrgangs.

Knapp die Hälfte (49 Prozent) der im Jahr 2023 geschiedenen Paare hatte zum Zeitpunkt der gerichtlichen Eheauflösung minderjährige Kinder. Ein Viertel der Paare hatte ein, knapp ein Fünftel zwei und knapp ein Zwanzigstel drei oder mehr Kinder. Landesweit waren im vergangenen Jahr rund 5 600 Minderjährige von der Scheidung ihrer Eltern betroffen.

Von den Ende der 1980er- und Anfang der 1990er-Jahre geschlossenen Ehen sind inzwischen rund 45 Prozent geschieden worden. Diese Heiratsjahrgänge weisen im Vergleich die bislang höchsten Trennungsquoten auf.

Landesweit wurden im vergangenen Jahr 7,9 von 1 000 bestehenden Ehen geschieden. Da die Scheidungszahlen auf Ebene der Verwaltungsbezirke zum Teil deutlichen jährlichen Schwankungen unterliegen, können nur auf der Grundlage von Mehrjahresdurchschnitten verlässliche Aussagen zum Scheidungsrisiko getroffen werden. Das vorausgesetzt, lässt sich Folgendes feststellen: Im Durchschnitt der Jahre 2019 bis 2023 lag die Scheidungsziffer in den kreisfreien Städten mit einem Wert von 8,2 in der Summe unter der der Landkreise (8,4). Ungeachtet dessen verzeichnete die kreisfreie Stadt Zweibrücken (13,1 Scheidungen je 1 000 bestehenden Ehen) in diesem Zeitraum die höchste Scheidungsziffer, der auf der Kreisebene niedrigste Wert (6,2) ergibt sich für den Landkreis Kusel.

Im Jahr 2023 wurden von den rheinland-pfälzischen Familiengerichten zudem 24 gleichgeschlechtliche Lebenspartnerschaften durch gerichtlichen Beschluss aufgehoben. Von diesen waren 18 weibliche Partnerschaften und sechs Lebenspartnerschaften zwischen Männern.

Fast acht Prozent der Bevölkerung haben einen Schwerbehindertenausweis

In Rheinland-Pfalz lebten Ende 2023 rund 322 000 Personen mit gültigem Schwerbehindertenausweis. Das waren knapp acht Prozent der Gesamtbevölkerung. Die Zahl der amtlich anerkannten Schwerbehinderten ist gegenüber der vorherigen Erhebung im Jahr 2021 um rund 6 300 Personen bzw. zwei Prozent zurückgegangen.

Der vom Landesamt für Soziales, Jugend und Versorgung auf Antrag festgestellte Grad der Behinderung ist ein Maß für die Beeinträchtigung der Teilhabe am Leben in der Gesellschaft. Nach dem Sozialgesetzbuch IX gelten Menschen mit einem Grad der Behinderung von 50 oder mehr als

schwerbehindert. Rund 35 Prozent der Personen mit gültigem Schwerbehindertenausweis war ein Grad der Behinderung von genau 50 zuerkannt worden; knapp ein Viertel wies den maximal möglichen Behinderungsgrad von 100 auf.

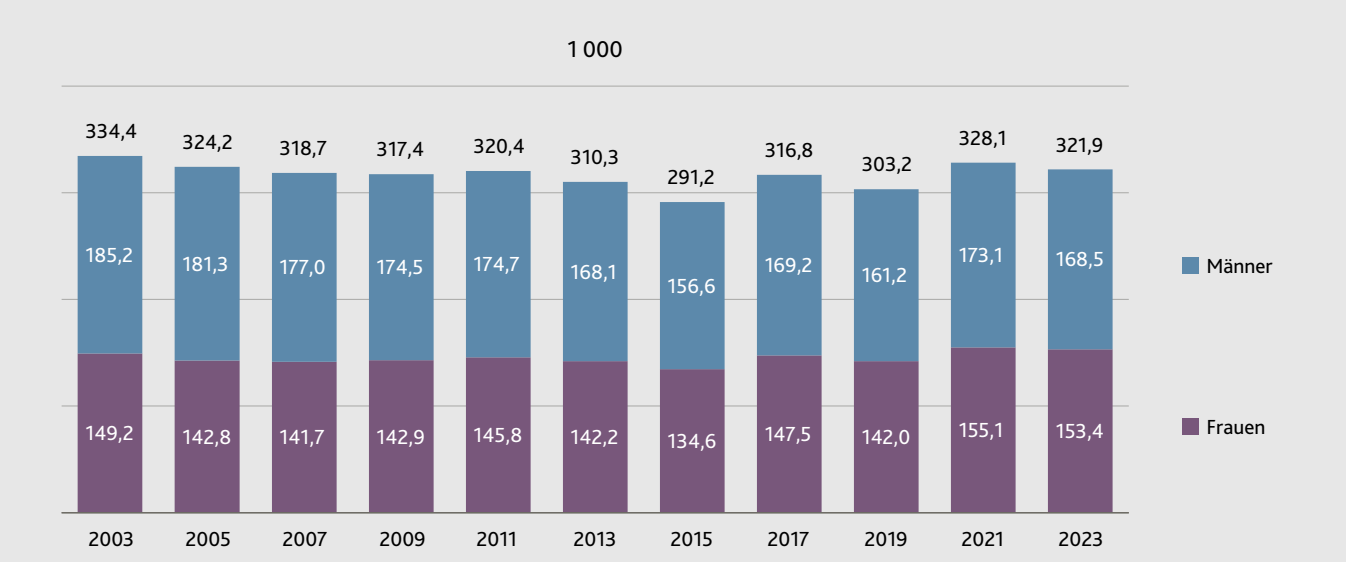
Der Anteil schwerbehinderter Menschen steigt mit zunehmendem Lebensalter: Weniger als fünf Prozent der anerkannten Betroffenen waren jünger als 25 Jahre; das entsprach einem Anteil von etwas mehr als ein Prozent aller Personen dieser Altersgruppe in der Bevölkerung. Fast 58 Prozent dieser Personen hatten zum Stichtag das 65. Lebensjahr vollendet. In Relation zur gleichaltrigen Gesamtbevölkerung hatte damit fast jede fünfte Person einen Schwerbehindertenstatus.

Während bei den jüngeren Jahrgängen eine nur geringfügige geschlechterspezifische Differenz der Anteile anerkannter schwerbehinderter Menschen an der Gesamtbevölkerung zu beobachten ist, weitet sich dieser Unterschied im Alter aus: Der Anteil betroffener Männer im Alter von über 65 Jahren lag bei knapp einem Viertel (23 Prozent); unter den gleichaltrigen Frauen waren es hingegen 17 Prozent.

Bei neun von zehn Betroffenen (89 Prozent) war die Behinderung durch allgemeine Erkrankungen verursacht. Etwa zwei Prozent der Behinderungen waren angeboren, neun Prozent waren durch Arbeitsunfälle, Berufskrankheiten, Verkehrsunfälle, häusliche oder sonstige Unfälle, Kriegs- und Wehrdienstbeschädigungen verursacht oder hatten sonstige bzw. mehrere Ursachen.

Mit einem Anteil von rund 29 Prozent waren Beeinträchtigungen der Funktionen innerer Organe oder Organsysteme die häufigste Behinderungsart. Auf Störungen des Nervensystems wie Querschnittslähmung, zerebrale Störungen, geistig-seelische Behinderungen oder Suchtkrankheiten entfielen rund 19 Prozent aller festgestellten Schwerbehinderungen. Bei rund 16 Prozent der Betroffenen waren Funktionseinschränkungen der Wirbelsäule und des Rumpfes oder Deformierungen des Brustkorbes ursächlich für die Zuerkennung der Schwerbehinderteneigenschaft. Auf Funktionseinschränkungen der Gliedmaßen entfielen etwa zehn Prozent, auf Blindheit und Sehbehinderung knapp fünf Prozent der anerkannten Schwerbehinderungen.

Schwerbehinderte Menschen[1] zum 31.12. des jeweiligen Jahres 2003–2023



1 Menschen mit gültigem Schwerbehindertenausweis.

Hochschulen werben insgesamt 333 Millionen Euro an Drittmitteln ein

Die Hochschulen in Rheinland-Pfalz nahmen im Jahr 2022 insgesamt 333 Millionen Euro an Drittmitteln ein. Das waren knapp zwölf Millionen Euro mehr als im Vorjahr (+3,7 Prozent).

Drittmittel sind Einnahmen, die zur Förderung von Forschung und Entwicklung sowie des wissenschaftlichen Nachwuchses und der Lehre zusätzlich zum regulären Hochschulhaushalt eingeworben werden. Der Bereich der Mathematik und der Naturwissenschaften erhielt mit 97,9 Millionen Euro die meisten Drittmittel. Die Fächergruppe der Ingenieurwissenschaften lag mit knapp 69,7 Millionen Euro auf Platz zwei, gefolgt von der Fächergruppe „Humanmedizin/Gesundheitswissenschaften" mit 49,3 Millionen Euro.

Die Johannes-Gutenberg-Universität Mainz warb mit gut 100,5 Millionen Euro die meisten Drittmittel unter den wissenschaftlichen Hochschulen ein; das waren 1,3 Prozent mehr als im Vorjahr. Die zweithöchsten Einnahmen verbuchte die Technische Universität Kaiserslautern mit 79,5 Millionen Euro (+20 Prozent), die dritthöchsten die Universitätsmedizin Mainz mit 65,6 Millionen Euro (–16 Prozent). Zusammen vereinnahmten die wissenschaftlichen Hochschulen in Rheinland-Pfalz knapp 288 Millionen Euro (+1,7 Prozent).

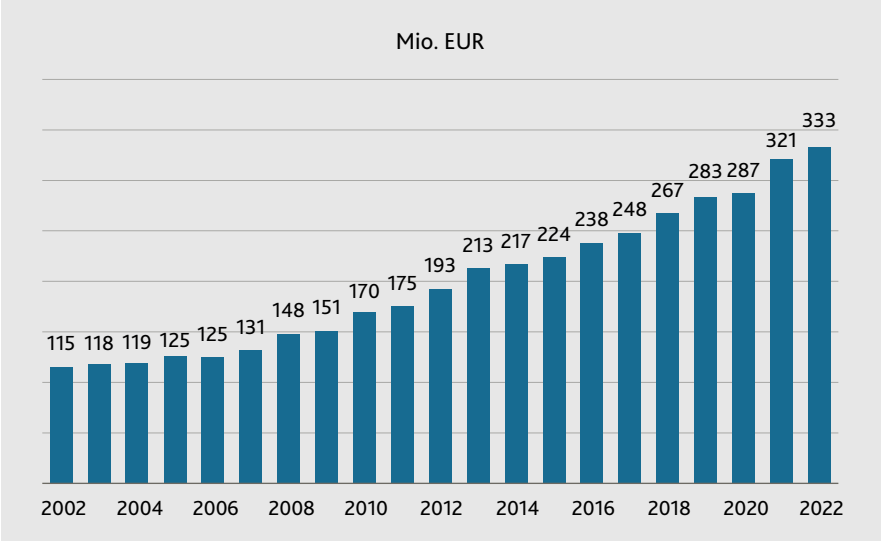
Innerhalb der Hochschulen für angewandte Wissenschaften erzielten die Hochschule Trier (15,8 Millionen Euro; +45 Prozent), die Hochschule Koblenz (acht Millionen Euro; +18 Prozent) sowie die Hochschule Kaiserslautern (6,9 Millionen Euro; –19 Prozent) die meisten Drittmittel. In Summe nahmen alle rheinland-pfälzischen Hochschulen für angewandte Wissenschaften rund 44,9 Millionen Euro ein (+18 Prozent).

Die höchsten Drittmitteleinnahmen je Professorin bzw. Professor wurden für die Universitätsmedizin Mainz ermittelt. Die Einnahmen verringerten sich hier im Vergleich zum Vorjahr um 18 Prozent auf 489 300 Euro. Innerhalb der wissenschaftlichen Hochschulen folgte die Technische Universität Kaiserslautern. Hier entfielen rechnerisch 380 400 Euro auf jede Professorin bzw. jeden Professor (+23 Prozent). Im Durchschnitt nahmen die rheinland-pfälzischen wissenschaftlichen Hochschulen Drittmittel in Höhe von 233 200 Euro je Professorin bzw. Professor ein (+1 Prozent).

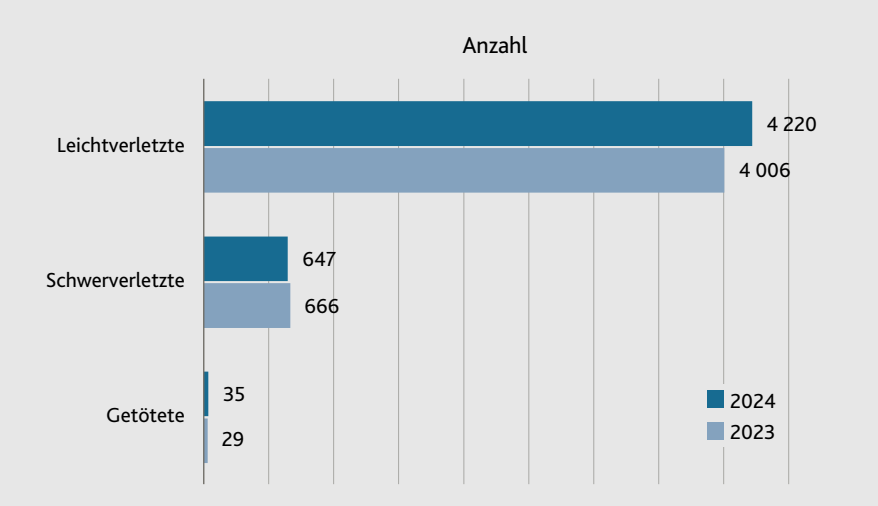
Bei den Hochschulen für angewandte Wissenschaften belegte die Cusanus Hochschule für Gesellschaftsgestaltung mit rund 162 600 Euro je Professorin bzw. Professor den ersten Platz (+26 Prozent), gefolgt von der Hochschule Trier mit 88 800 Euro (+41 Prozent). Die Hochschulen für angewandte Wissenschaften kamen in Rheinland-Pfalz zusammen auf einen Durchschnitt von 47 000 Euro je Professorin bzw. Professor (+17 Prozent).

Im Vergleich zu den anderen Bundesländern werben die Professorinnen und Professoren an den rheinland-pfälzischen Hochschulen seit Jahren unterdurchschnittlich Drittmittel ein. Auch 2022 belegte Rheinland-Pfalz mit rund 151 000 Euro je Professorin bzw. Professor den letzten Platz. Zum Vergleich: Im Durchschnitt aller Bundesländer wurden 203 000 Euro je

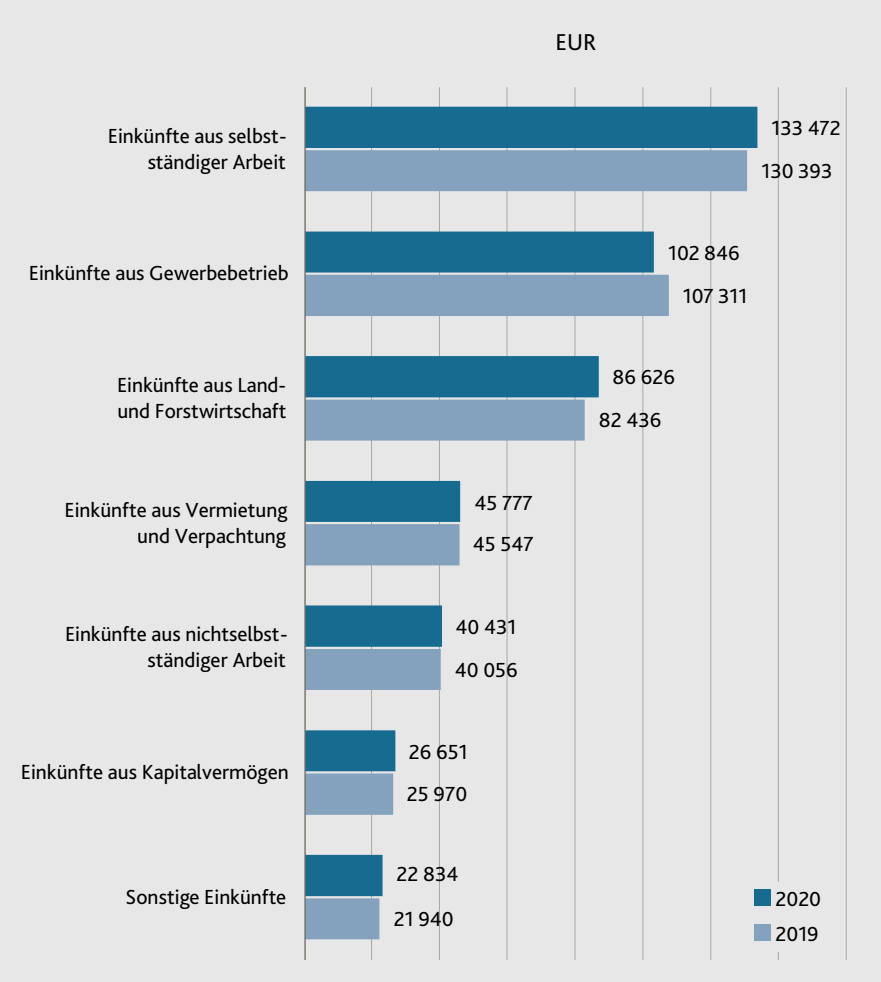
Drittmitteleinnahmen der Hochschulen 2002–2022



Verunglückte im Straßenverkehr von Januar bis April 2023 und 2024



Durchschnittlicher Gesamtbetrag der Einkünfte je Steuerpflichtigen/-er 2019 und 2020 nach der überwiegenden Einkunftsart



Professur erzielt; das sind rund 34 Prozent mehr als in Rheinland-Pfalz.

Mehr Unfälle und Todesopfer im Straßenverkehr

In den ersten vier Monaten des Jahres stieg die Zahl der Straßenverkehrsunfälle um zwei Prozent im Vergleich zum Vorjahreszeitraum. Dabei verloren 35 Menschen ihr Leben – sechs Personen mehr als im Vergleichszeitraum.

In den ersten vier Monaten 2024 erfasste die Polizei insgesamt 44 691 Verkehrsunfälle (+2 Prozent gegenüber dem Vorjahreszeitraum). Davon waren 3 777 Unfälle mit Personenschaden – ein Anstieg um 163 bzw. 4,5 Prozent. Ein Sachschaden entstand bei 40 914 Unfällen; das waren 698 Unfälle bzw. 1,7 Prozent mehr als im Vorjahreszeitraum.

Die Zahl der Schwerverletzten ging um 2,9 Prozent auf 647 zurück, die der leichtverletzten Personen stieg um 5,3 Prozent auf 4 220.

Anzahl der Einkommensmillionäre laut Einkommensteuer abermals gestiegen

Die rund zwei Millionen Lohn- und Einkommensteuerpflichtigen mit Wohnsitz in Rheinland-Pfalz erzielten im Jahr 2020 im Durchschnitt einen im Vergleich zum Vorjahr nahezu unveränderten Gesamtbetrag der Einkünfte von 42 791 Euro. Die festgesetzte Einkommensteuer betrug im Durchschnitt 7 369 Euro je Steuerpflichtigen und ging damit um 1,7 Prozent zurück.

Der Gesamtbetrag der Einkünfte weist eine Ungleichverteilung auf. Rund zwei Drittel der Steuerpflichtigen lagen unter dem Durchschnittswert von 42 791 Euro. Die auf diese Steuerpflichtigen entfallende Steuer machte aber in der Summe nur knapp 15 Prozent der festgesetzten Einkommensteuer aller Steuerpflichtigen aus. Einen Gesamtbetrag der Einkünfte von 100 000 Euro und mehr hatten wie im Vorjahr knapp sieben Prozent der Steuerpflichtigen mit einem Anteil von über 47 Prozent an der insgesamt festgesetzten Steuer. Unter ihnen sorgten 1 103 Einkommensmillionäre (2019: 1 045) für 6,4 Prozent (2019: 8,7 Prozent) der festgesetzten Steuer, obwohl sie nur 0,05 Prozent aller Steuerpflichtigen repräsentieren. Als Einkommensmillionäre gelten Steuerpflichtige mit einem Gesamtbetrag der Einkünfte von einer Million Euro und mehr.

Der Großteil der Steuerpflichtigen (83 Prozent) hatte überwiegende Einkünfte aus nichtselbständiger Arbeit. Der Gesamtbetrag der Einkünfte lag für diese Steuerpflichtigen bei durchschnittlich rund 40 400 Euro je Steuerpflichtigen. Steuerpflichtige mit anderen überwiegenden Einkunftsarten verdienten zum Teil deutlich mehr. An der Spitze standen die Steuerpflichtigen mit überwiegenden Einkünften aus selbständiger Arbeit mit einem durchschnittlichen Gesamtbetrag der Einkünfte von rund 133 500 Euro je Steuerpflichtigen.

Die im Durchschnitt höchsten Gesamtbeträge der Einkünfte je Steuerpflichtigen wurden in den im Südosten des Landes gelegenen Gebietskörperschaften erzielt. Spitzenreiter war – wie in den Jahren zuvor – der Landkreis Mainz-Bingen mit über 52 200 Euro, gefolgt vom Landkreis Bad Dürkheim mit rund 49 600 Euro und der kreisfreien Stadt Speyer mit gut 47 900 Euro. Die Schlusslichter waren die kreisfreien Städte Pirmasens mit rund 32 400 Euro, Zweibrücken mit gut 34 500 Euro sowie Ludwigshafen mit knapp 36 700 Euro. Der Durchschnittswert des Gesamtbetrags der Einkünfte lag in den Landkreisen um 7,4 Prozent (2019: 1,5 Prozent) höher als in den kreisfreien Städten.

Die Ergebnisse sind der Bundesstatistik über die Lohn- und Einkommensteuer entnommen. Diese Statistik beruht zu einem wesentlichen Teil auf den maschinellen Einkommensteuerveranlagungen der Finanzverwaltung. Da die Einreichung der Einkommensteuererklärungen bei der Finanzverwaltung in bestimmten Fällen zwei Jahre oder später nach Ende des Veranlagungsjahres erfolgen kann, liegen die Ergebnisse der Lohn- und Einkommensteuerstatistik regelmäßig erst im vierten Jahr nach dem Ende des Veranlagungsjahres vor. Die Ergebnisse für das Jahr 2020 stellen daher die derzeit aktuellsten verfügbaren Daten dar.

Aus der amtlichen Statistik

zensus 2022

Zensus 2022: Ergebnisse, Informationen, Methodik

Wie viele Menschen leben in Deutschland? Wie wohnen und arbeiten sie? Diese Fragen beantworten die Ergebnisse des Zensus 2022.

Im Zensus 2022 wurden zum Stichtag 15. Mai 2022 Bevölkerungszahlen, Angaben zur demografischen Zusammensetzung der Bevölkerung, beispielsweise nach Alter, Geschlecht und Staatsangehörigkeit, sowie Informationen zur Wohnsituation, beispielsweise zur durchschnittlichen Wohnungsgröße, zur Miethöhe sowie zur Leerstands- und Eigentümerquote, ermittelt.

Zahlreiche der inzwischen aufbereiteten Informationen wurden aus Verwaltungsregistern gewonnen. Zur qualitativen Überprüfung und statistischen Bereinigung der Registerangaben sowie zur Gewinnung von Informationen, zu denen es zurzeit noch keine bzw. keine qualitativ geeigneten Registerbestände gibt, erfolgten zusätzliche Direktbefragungen bei Bürgerinnen und Bürgern.

Die inzwischen vorliegenden Ergebnisse aus dieser Volks-, Gebäude- und Wohnungszählung bieten unter anderem eine Grundlage für faktenbasierte Planungen und Entscheidungen von Bund, Ländern und Gemeinden auf den Gebieten Bevölkerung, Wirtschaft, Soziales, Wohnungswesen, Raumordnung, Verkehr, Umwelt und Arbeitsmarkt.

Die Veröffentlichung der Ergebnisse erfolgt weitestgehend und für alle Interessierten kostenfrei als Internetbasierte Angebote der Statistischen Ämter des Bundes und der Länder unter:

www.zensus2022.de

Die zentralen Ergebnisse des Zensus 2022 mit Stichtag 15. Mai 2022 stehen hier als **Regionaltabellen** (im Format Excel inklusive maschinenlesbarer Tabellen) zum Download zur Verfügung. Die Tabellen enthalten Daten für die regionalen Ebenen – Bund, Bundesländer, Regierungsbezirke, Stadtkreise, kreisfreie Städte und Landkreise, Gemeindeverbände sowie Gemeinden. Sie umfassen die fünf Themenbereiche Bevölkerungszahlen, Demografie, Gebäude und Wohnungen, Bildung und Erwerbstätigkeit sowie Haushalte und Familien.

Das Angebot umfasst zudem ausführliche Informationen zum Ablauf und der Methodik des Zensus.

In der **Zensusdatenbank** können die Daten für die Regionalebenen Bund, Länder, Regierungsbezirke, Kreise, Gemeindeverbände, Gemeinden und Bezirke (Berlin, Hamburg) abgerufen und mit anderen Merkmalen kombiniert ausgewertet werden. Für die Weiterverarbeitung stehen verschiedene Ausgabeformate zur Verfügung:

https://ergebnisse.zensus2022.de/datenbank/online

Der **Zensus-Atlas** umfasst als interaktive kartografische Anwendung erste Ergebnisse zu Bevölkerung, Gebäuden und Wohnungen und bietet kleinräumige Daten auf Gitterzellen-Basis an – auch über die Grenzen der Gemeinden hinaus:

https://atlas.zensus2022.de

Ergebnisse für Rheinland-Pfalz sowie weiterführende Informationen und Veröffentlichungen zum Thema Zensus finden Sie unter:

www.statistik.rlp.de/themen/zensus

Verbraucherpreise in Rheinland-Pfalz im Juni 2024

Die Inflation ließ im Juni 2024 etwas nach. Die Verbraucherpreise lagen 2,6 Prozent über dem Niveau des Vorjahresmonats. Im Mai 2024 hatte die Teuerungsrate +2,8 Prozent betragen.

Die Energiepreise waren zwar höher als im Vorjahresmonat, der Anstieg fiel jedoch mit +0,8 Prozent deutlich geringer aus als die allgemeine Teuerung. Ein Grund dafür ist der Rückgang der Kraftstoffpreise, die binnen Jahresfrist um 0,5 Prozent sanken. Die Preise für Gas (einschließlich Betriebskosten) erhöhten sich nur um 0,7 Prozent, obwohl seit dem 1. April 2024 auf Gas wieder der normale Mehrwertsteuersatz von 19 Prozent statt der ermäßigten sieben Prozent erhoben wird.

Die Nahrungsmittelpreise waren im Juni nur ein Prozent höher als im Vorjahresmonat und wirkten somit dämpfend auf die Teuerung. Die Teuerungsrate ohne Nahrungsmittel und Energie, die oft auch als Kerninflationsrate bezeichnet wird, lag im Juni 2024 weiterhin über der allgemeinen Teuerungsrate. Sie belief sich auf +3 Prozent nach +3,1 Prozent im Mai.

In elf der zwölf Abteilungen des Verbraucherpreisindex war das Preisniveau im Juni 2024 höher als im Vorjahresmonat. Die stärksten Preissteigerungen waren bei Gaststätten- und Beherbergungsdienstleistungen zu verzeichnen (+7,3 Prozent). In der Abteilung „Post und Telekommunikation" sank das Preisniveau binnen Jahresfrist um 0,8 Prozent.

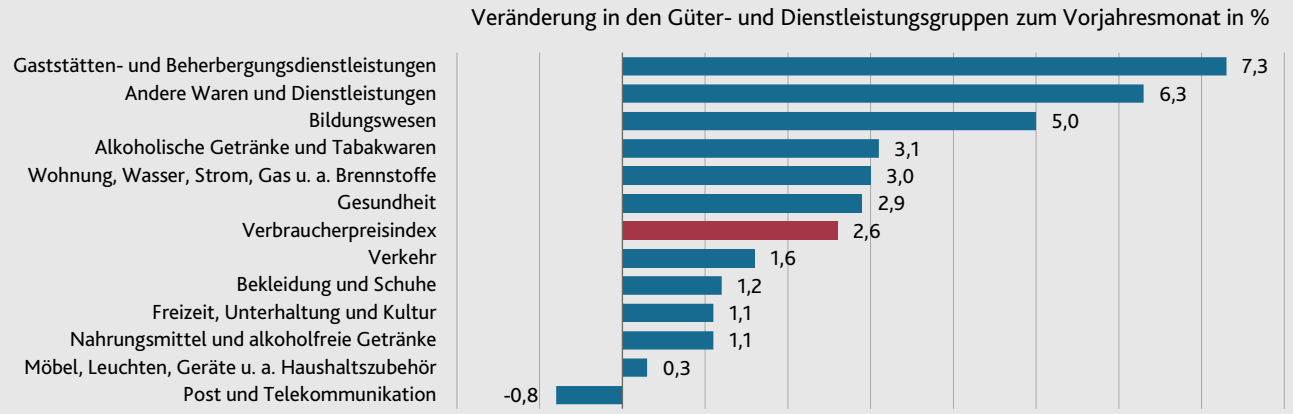
Gegenüber dem Vormonat blieb der Verbraucherpreisindex im Juni 2024 unverändert. In fünf Abteilungen stieg das Preisniveau. Die kräftigsten Preissteigerungen gab es in der Abteilung „Freizeit, Unterhaltung und Kultur" (+0,7 Prozent). In fünf Abteilungen sank das Preisniveau. Am stärksten fiel der Rückgang bei Bekleidung und Schuhen aus (–0,9 Prozent). In den Abteilungen „Gesundheit" und „Bildungswesen" gab es keine Änderung.

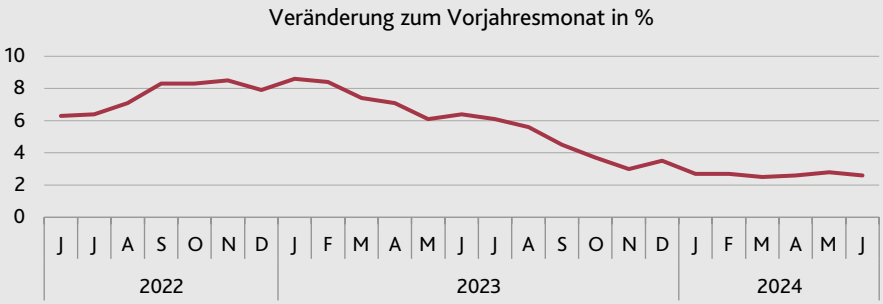
Verbraucherpreisindex

Der Verbraucherpreisindex misst die durchschnittliche Preisveränderung der Waren und Dienstleistungen, die von privaten Haushalten für Konsumzwecke gekauft werden. Berücksichtigt werden Güter des täglichen Bedarfs, Mieten, langlebige Gebrauchsgüter und Dienstleistungen. Der Verbraucherpreisindex dient als Indikator für die Beurteilung der Geldwertstabilität und als Inflationsmaßstab.

Rund um die Monatsmitte erheben in elf rheinland-pfälzischen Berichtsgemeinden 23 Preisermittelnde im Auftrag des Statistischen Landesamtes in mehr als 2 000 Berichtsstellen (z. B. Kaufhäuser) rund 20 000 Einzelpreise. Dabei werden die Preisveränderungen von 700 genau beschriebenen Waren und Dienstleistungen erfasst. Die Preisveränderungen werden gemäß der Verbrauchsbedeutung, die den Waren und Dienstleistungen bei den Ausgaben der privaten Haushalte zukommt, im Preisindex berücksichtigt.

Verbraucherpreisindex im Juni 2024





Juni 2024

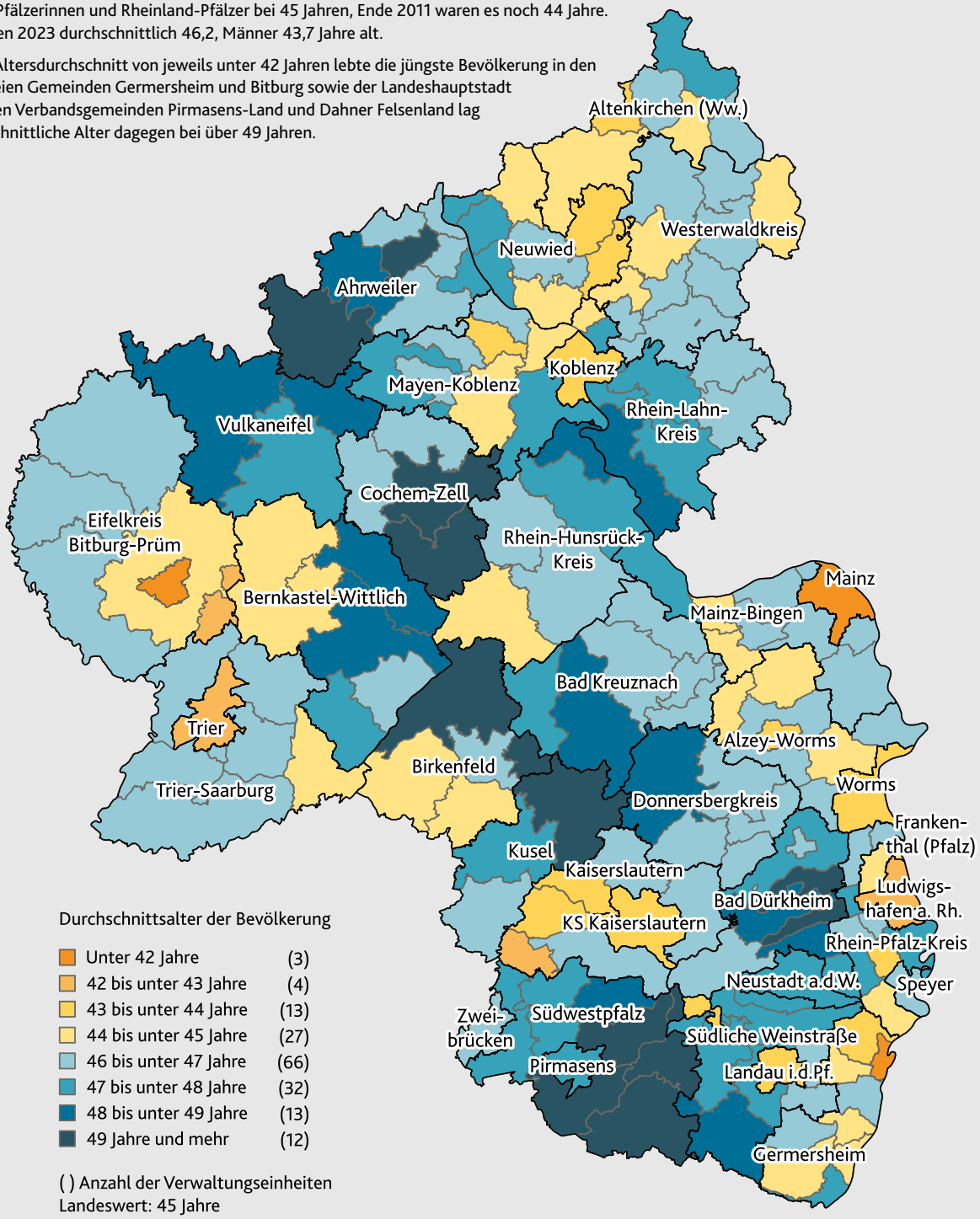
- Verbraucherpreisindex: +2,6%
- Ausgewählte Preisentwicklungen:
  - Butter: +12,6%
  - Tomaten: –11,7%

Durchschnittsalter der Bevölkerung 2023

Altersdurchschnitt liegt bei 45 Jahren

Die Bevölkerung in Rheinland-Pfalz wird älter: Ende des Jahres 2023 lag das Durchschnittsalter der Rheinland-Pfälzerinnen und Rheinland-Pfälzer bei 45 Jahren, Ende 2011 waren es noch 44 Jahre. Frauen waren 2023 durchschnittlich 46,2, Männer 43,7 Jahre alt.

Mit einem Altersdurchschnitt von jeweils unter 42 Jahren lebte die jüngste Bevölkerung in den verbandsfreien Gemeinden Germersheim und Bitburg sowie der Landeshauptstadt Mainz. In den Verbandsgemeinden Pirmasens-Land und Dahner Felsenland lag das durchschnittliche Alter dagegen bei über 49 Jahren.



Durchschnittsalter der Bevölkerung

Unter 42 Jahre	(3)
42 bis unter 43 Jahre	(4)
43 bis unter 44 Jahre	(13)
44 bis unter 45 Jahre	(27)
46 bis unter 47 Jahre	(66)
47 bis unter 48 Jahre	(32)
48 bis unter 49 Jahre	(13)
49 Jahre und mehr	(12)

( ) Anzahl der Verwaltungseinheiten
Landeswert: 45 Jahre

Zensus 2022

Wesentliche Ergebnisse der Zählung liegen vor

Von Andrea Heßberger und Gerd Reh

Am 15. Mai 2022 lebten in Rheinland-Pfalz rund 4,09 Millionen Menschen, es existierten rund 2,13 Millionen Wohnungen in insgesamt rund 1,23 Millionen Gebäuden mit Wohnraum. Dies sind die wesentlichen Ergebnisse aus der zurückliegenden Volks-, Gebäude- und Wohnungszählung, dem Zensus 2022.

Zensus als Bestandsaufnahme

Das Ziel des Zensus 2022, der nach 2011 nunmehr zum zweiten Mal registergestützt durchgeführt wurde, war es, nicht nur Gesamtzahlen zum Bevölkerungs- und Immobilienbestand zu ermitteln, sondern darüber hinaus auch verlässliche Strukturdaten zu gewinnen. Hierfür wurden unter anderem mehrere Millionen Datensätze aus Verwaltungsregistern, vornehmlich aus den Melderegistern, aber auch der Grundsteuerstellen, der Landesfinanz- und der Landesvermessungsverwaltung verarbeitet. Parallel dazu wurden auch in diesem Zensus zusätzlich Bürgerinnen und Bürger befragt, denn Angaben zur Wohnsituation, zum Energieträger der Heizung oder zur Höhe der Miete können zurzeit ausschließlich durch Befragung unmittelbar bei den Eigentümerinnen und Eigentümern bzw. bei den Verwaltungen von Gebäuden und Wohnungen erhoben werden.

Hinreichend verlässliche Einwohnerzahlen lassen sich bislang ebenfalls noch nicht aus den in den Melde- und sonstigen Personenregistern geführten Datenbeständen ermitteln, da nicht alle Bürgerinnen und Bürger ihren An- und Abmeldepflichten nachkommen. Zudem werden auch nicht alle relevanten Merkmale, etwa zum Bildungsstand oder zum Erwerbsstatus, in den Melderegistern geführt. Insoweit erfolgten auch personenbezogene Vor-Ort-Erhebungen an ausgewählten Anschriften, die von in den Verwaltungen der zwölf kreisfreien Städte und der 24 Landkreise eigens eingerichteten Zensus-Erhebungsstellen koordiniert und von mehr als 3 500 vorwiegend ehrenamtlich tätigen Erhebungsbeauftragten durchgeführt wurden.

Rahmenbedingungen des Zensus 2022

Der Zensus 2022 fand unter besonderen Rahmenbedingungen statt. Zu nennen ist die bis in das Frühjahr 2023 andauernde Covid-19-Pandemie; sie stellte die Akteure der Vor-Ort-Erhebungen vor besondere Herausforderungen bei der Personalgewinnung und der pandemiesicheren Erhebungsdurchführung. Auch die Studien- und Wohnsituation der Studierenden an den

Hochschulen wurde durch die Pandemie erheblich beeinflusst. Weitere Hürden erwuchsen durch die Zuwanderung ukrainischer Kriegsflüchtlinge, die auch in den mit der Zensusdurchführung betrauten Kommunalverwaltungen personelle Kapazitäten band und beispielsweise aufgrund sprachlicher Barrieren eine umfassende Personenfeststellung vor Ort erschwerte. Hinzu kamen Herausforderungen in der zentralen Organisation der IT-Infrastruktur durch den Bund, welche die kommunalen Erhebungsstellen belasteten.

Güte der Ergebnisse des Zensus 2022

Infolge dieser ungünstigen Begleitumstände ist die Qualität der Zensusergebnisse hinter der vom Bundesgesetzgeber angestrebten Genauigkeit zurückgeblieben. So wurde in 156 von 170 rheinland-pfälzischen Gebietskörperschaften (kreisfreie Städte, verbandsfreie Gemeinden und Verbandsgemeinden) die im Zensusgesetz vorgesehene Güte der festzustellenden amtlichen Einwohnerzahl nicht erreicht.

Dabei spielt auch die kleinteilige Gemeindestruktur in Rheinland-Pfalz eine wesentliche Rolle. Kein anderes Bundesland hat mehr eigenständige Ortsgemeinden, auch nicht der flächenmäßig herausragende Freistaat Bayern oder das bevölkerungsreiche Bundesland Nordrhein-Westfalen.

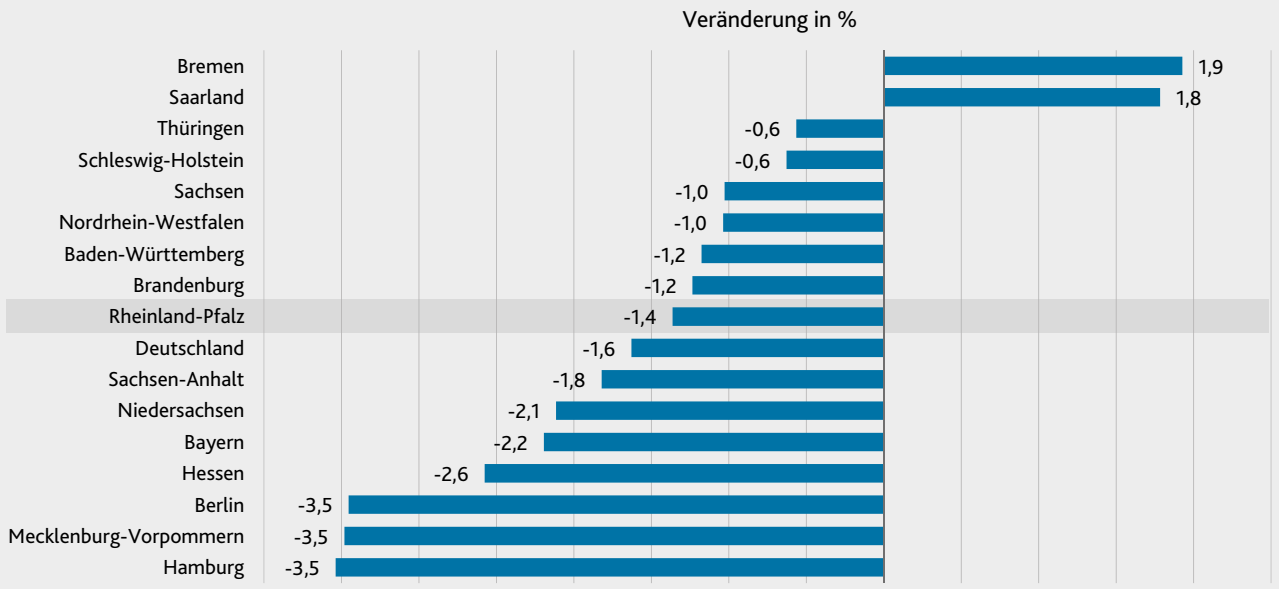
Kernergebnisse des Zensus 2022

Für Rheinland-Pfalz zeigen sich auf Grundlage des Zensus 2022 folgende Strukturergebnisse zur Bevölkerung und zu den Wohnimmobilien:

Bevölkerung nach ausgewählten Merkmalen

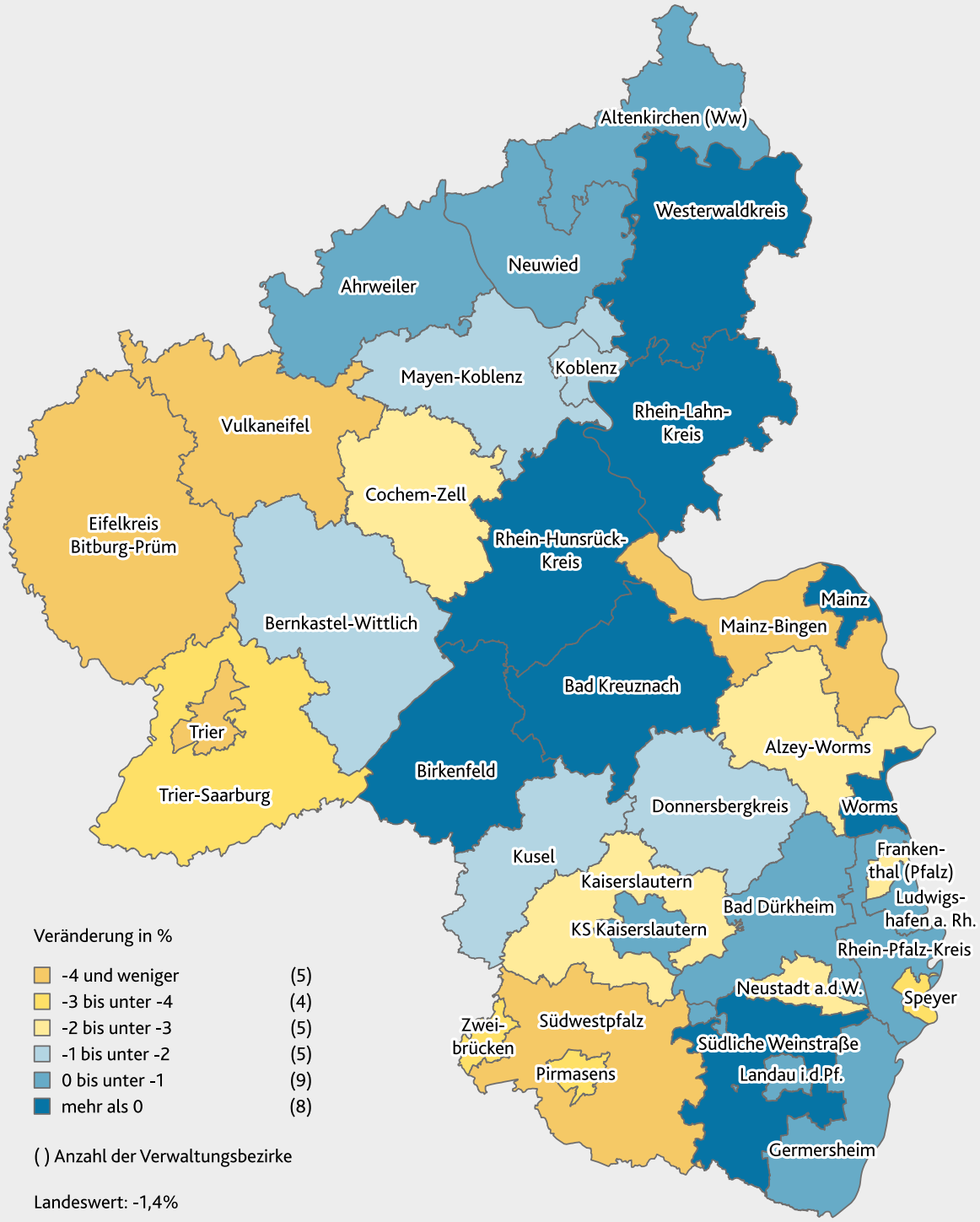
Die durch den Zensus 2022 ermittelte Bevölkerungszahl zum 15. Mai 2022 liegt in Rhein-

G1 Korrektur der Bevölkerungszahlen[1] durch den Zensus 2022 nach Bundesländern



1 Abweichung der Bevölkerung (ohne bundesweit 8 766 einwohnerzahlrelevante Personen) zum 15.05.2022 gemäß Zensus 2022 zur Bevölkerung zum 30.06.2022 gemäß Bevölkerungsfortschreibung auf Grundlage des Zensus 2011.

K1 Korrektur der Bevölkerungszahlen[1] durch den Zensus 2022 nach Verwaltungsbezirken



1 Abweichung der Bevölkerung zum 15.05.2022 gemäß Zensus 2022 zur Bevölkerung zum 30.06.2022 gemäß Bevölkerungsfortschreibung auf Grundlage des Zensus 2011.

Abweichungen zur Bevölkerungsfortschreibung

land-Pfalz um rund 56 000 Einwohnerinnen und Einwohner bzw. 1,4 Prozent niedriger als die Zahl der Bevölkerungsfortschreibung zum 30. Juni 2022, die auf dem Zensus 2011 basiert. In den Jahren zwischen den beiden Zensus wurden die Bevölkerungszahlen mit den Daten der Standes- und Einwohnermeldeämter fortgeschrieben.

Der landesweite Trend zeigt sich auch bundesweit: In fast allen anderen Ländern wurden die Zahlen aus der Fortschreibung ebenfalls nach unten korrigiert. Bundesweit hat das Statistische Bundesamt mit dem Zensus 2022 rund 1,4 Millionen Menschen bzw. 1,6 Prozent weniger errechnet als in der bisherigen Bevölkerungsfortschreibung.

Deutliche regionale Unterschiede

In der Summe der rheinland-pfälzischen Landkreise weicht die zum 15. Mai 2022 ermittelte Bevölkerungszahl um –1,3 Prozent vom Fortschreibungsergebnis zum 30. Juni 2022 ab. In den einzelnen Landkreisen gibt es Abweichungen von +1,5 Prozent im Landkreis Bad Kreuznach bis –5,1 Prozent im Landkreis Südwestpfalz.

Die Bevölkerungszahl laut Zensus 2022 für die kreisfreien Städte liegt um 1,6 Prozent unter dem Fortschreibungsergebnis, wobei die Spannweite von +0,7 Prozent in Worms bis –7,8 Prozent in Trier reicht. In Trier befand sich zum Zensusstichtag bzw. befindet sich noch immer eine große Aufnahmeeinrichtung für Asylbegehrende (AfA), in der eine Vielzahl Schutzsuchender aufgenommen und betreut wurden und werden. Ob und inwieweit die Bevölkerungszugänge und auch -abgänge der Schutzsuchenden in den vergangenen Zuwanderungswellen sowohl melderechtlich als auch statistisch korrekt erfasst werden konnten, bleibt weiteren Untersuchungen vorbehalten.

Abweichungen zum Melderegister

Gegenüber dem Melderegister fallen die landesweiten Abweichungen noch etwas deutlicher aus: Die Bevölkerungszahl zum 15. Mai 2022 liegt in Rheinland-Pfalz um 98 000 bzw. 2,3 Prozent niedriger als im Melderegister zum 30. Juni 2022 ausgewiesen. Das Melderegister bildet die Grundlage zur Einwohnerzahlermittlung im Zensus 2022, wobei durch verschiedene Zusatzbefragungen Über- und Untererfassungen statistisch korrigiert wurden.[1]

Die mit dem Zensus ermittelten Bevölkerungszahlen liegen im Durchschnitt der Landkreise ebenfalls um 2,3 Prozent unter den Daten der Melderegister. Die Spannweite reicht von +0,4 Prozent im Landkreis Bad Kreuznach bis zu –5,8 Prozent im Landkreis Mainz-Bingen.

In den kreisfreien Städten beträgt die Abweichung zum Melderegister –2,4 Prozent. Legidlich die Stadt Mainz liegt über dem Registerwert (+0,4 Prozent). Die größte negative Abweichung verzeichnete Trier mit –6,5 Prozent. Die Abweichung fällt damit in Trier etwas geringer aus als in der Fortschreibung. Dies ist ein Indiz dafür, dass in der Fortschreibung die Einwohnerzahl von Trier in den letzten Jahren überhöht ausgewiesen wurde.

Ausländische Bevölkerung auf Landesebene und Kreisebene

Insgesamt rund 512 000 bzw. 12,5 Prozent aller in Rheinland-Pfalz lebenden Menschen haben am 15. Mai 2022 keine deutsche Staatsangehörigkeit. Damit ist der Ausländeranteil niedriger als in der Fortschreibung auf Basis des Zensus 2011 ausgewiesen. Nach dieser Fortschreibung lag der Ausländeranteil zum 30. Juni 2022 mit 13,3 Prozent knapp einen Prozentpunkt höher.

1 Einen ausführlichen Überblick über die Erhebungs- und Veröffentlichungsmodalitäten bietet der Beitrag „Zensus 2022 – Veröffentlichung der Ergebnisse“ in der Juniausgabe des Statistischen Monatshefts.

Die Zahl der Ausländerinnen und Ausländer zum 15. Mai 2022 liegt landesweit um rund 40 000 bzw. 7,2 Prozent niedriger als die Bevölkerungsfortschreibung zum 30. Juni 2022 ausweist. In den Landkreisen gibt es Abweichungen von –3,1 Prozent im Rhein-Hunsrück-Kreis bis –18,1 Prozent im Landkreis Kaiserslautern. In den kreisfreien Städten reicht die Spannweite von –2,1 Prozent in Worms bis –16,3 Prozent in Trier. Es liegt nahe, dass dieser starke Rückgang in unmittelbarem Zusammenhang mit der dort angesiedelten AfA steht.

Gebäude und Wohnungen nach ausgewählten Merkmalen

Beheizung überwiegend mit Zentralheizung

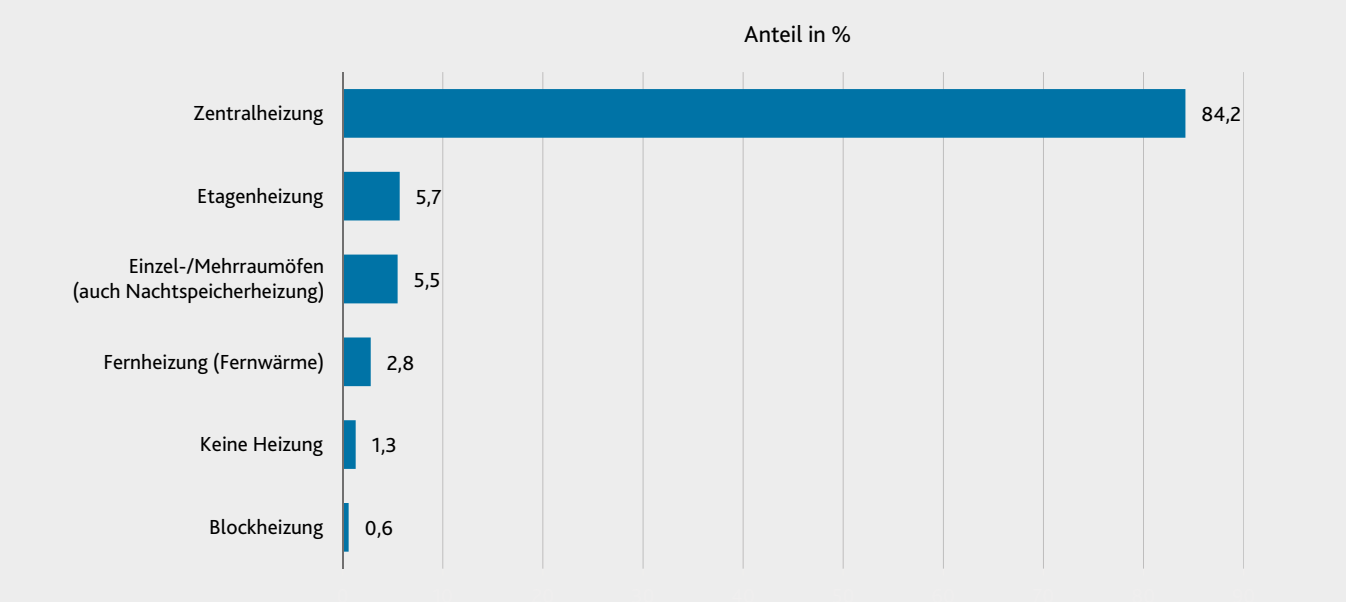
Der überwiegende Anteil der Gebäude mit Wohnraum in Rheinland-Pfalz wird mit einer Zentralheizung beheizt (84,2 Prozent). Der Rest verteilt sich auf die Heizungsarten Etagenheizung (5,7 Prozent), Einzel-/Mehrraumöfen inklusive Nachtspeicherheizungen (5,5 Prozent), Fernheizung (2,8 Prozent) und Blockheizung (0,6 Prozent).

Gas und Öl als häufigste Heizungsenergieträger

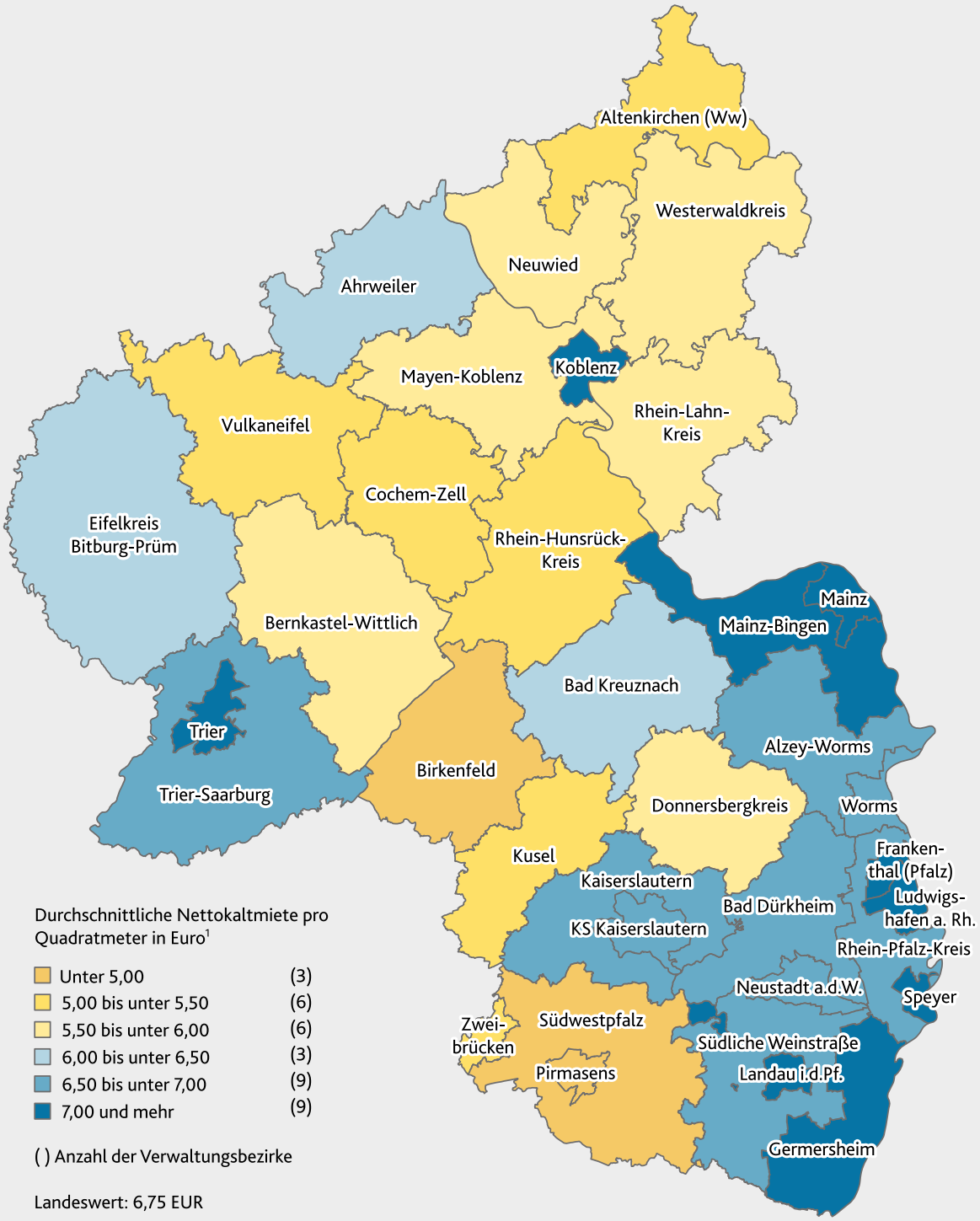
Der landesweit größte Anteil der Gebäude mit Wohnraum wird mit Gas beheizt (50,7 Prozent), gefolgt von Heizöl als Heizungsenergieträger (30,7 Prozent). Der Rest entfällt auf Holz und Holzpellets (5,4 Prozent), Solar- bzw. Geothermie und Wärmepumpen (5,0 Prozent), Strom (4,0 Prozent), Fernwärme (2,8 Prozent) sowie Kohle (0,1 Prozent). 1,3 Prozent der Gebäude mit Wohnraum haben keine Heizung und damit auch keinen Energieträger der Heizung.

In Rheinland-Pfalz werden 54,4 Prozent der Wohnungen in Wohngebäuden von ihren Eigentümerinnen bzw. Eigentümern bewohnt. Hinsichtlich des Anteils des selbst genutzten Wohneigentums gibt es in Rheinland-Pfalz ein deutliches Stadt-Land-Gefälle. In den Landkreisen reicht die Spannweite von 55,2 Prozent im Landkreis Ahrweiler bis zu 72,6 Prozent im Landkreis Südwestpfalz. In den kreisfreien Städten erstreckt sich die Spanne selbst genutzten Wohneigentums von

G2 Gebäude mit Wohnraum nach Heizungsart am 15. Mai 2022

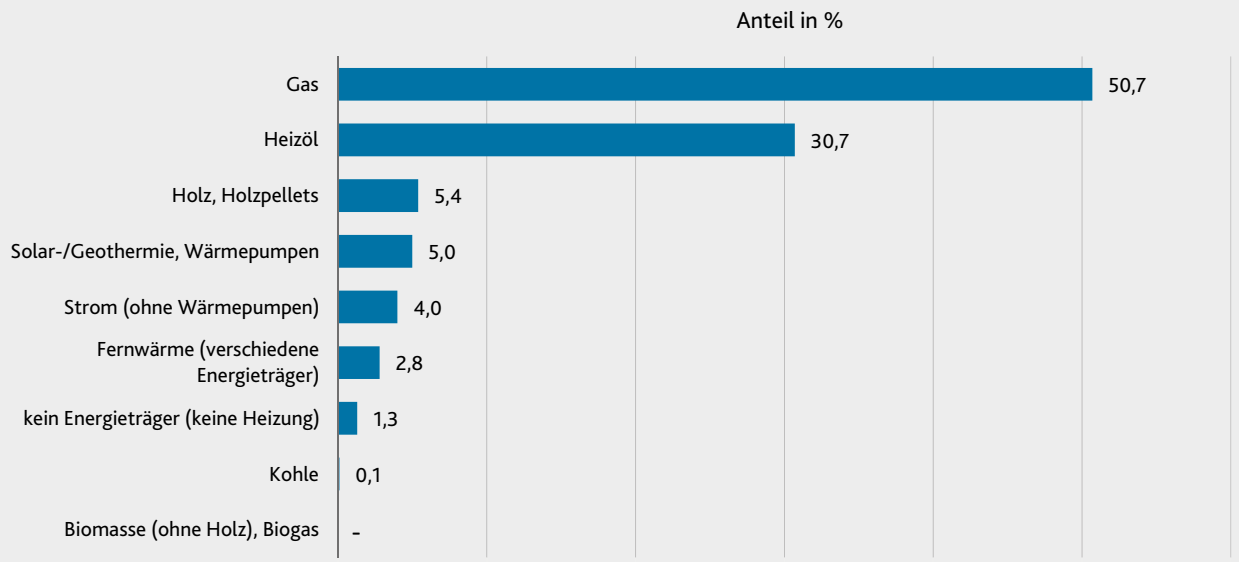


K2 Durchschnittliche Nettokaltmiete am 15. Mai 2022 nach Verwaltungsbezirken



1 Vermietete Wohnungen in Wohngebäuden (ohne Wohnheime).

G3 Gebäude mit Wohnraum nach Energieträgern am 15. Mai 2022



Stadt-Land-Gefälle bei Eigentümerquote und Wohnfläche

30,4 Prozent in Trier bis zu rund 48 Prozent in Zweibrücken.

Die Wohnungen in Wohngebäuden sind landesweit durchschnittlich 107,7 Quadratmeter groß. Auch hier zeigt sich ein deutliches Stadt-Land-Gefälle. In den Landkreisen weist der Landkreis Kaiserslautern mit 127,6 Quadratmetern den höchsten, der Landkreis Ahrweiler mit 108,8 Quadratmetern den niedrigsten Wert auf. In Mainz sind die Wohnungen mit durchschnittlich 81 Quadratmetern im Vergleich der kreisfreien Städte am kleinsten, in Neustadt an der Weinstraße mit 102,7 Quadratmetern am größten.

Für vermietete Wohnungen in Wohngebäuden beträgt die durchschnittliche Nettokaltmiete landesweit 6,75 Euro pro Quadratmeter. Die Spannweite in den Landkreisen reicht von 4,78 Euro im Landkreis Birkenfeld bis zu 7,61 Euro im Landkreis Mainz-Bingen. In den kreisfreien Städten ist das Wohnen zur Miete in Mainz mit 9,73 Euro pro Quadratmeter am teuersten, in Pirmasens mit 4,62 Euro pro Quadratmeter am günstigsten.

Fazit

Nach der Erstveröffentlichung der Ergebnisse des Zensus 2022 können nun von den Statistischen Ämtern des Bundes und der Länder individuell eingehende Anfragen aus dem fachlich breit gegliederten Datenfundus, den der Zensus 2022 liefert, bearbeitet werden. Das Statistische Bundesamt wird sukzessive ein erweitertes Internetportal (https://ergebnisse.zensus2022.de) freischalten, das unter

Andrea Heßberger, Soziologin M.A., leitet das Referat „Bevölkerung, Zensus“.

Gerd Reh, Diplom-Volkswirt, leitet die Abteilung „Bevölkerung, Zensus, Gesellschaft, Bildung“.

Ahrflut 2021

Methodische Sonderregeln zur Ermittlung hinreichend belastbarer Ergebnisse im Zensus 2022

Von Gerd Reh

Die verheerenden Auswirkungen der Flutkatastrophe im Landkreis Ahrweiler, die sich im Juli 2024 zum dritten Mal jährt, erforderten eine regional begrenzte Anpassung der Zensus-Erhebungsmethodik. Mit den Standard-Erhebungsverfahren hätten im Zuge der rund zehn Monate nach dem Unglück erfolgten Großzählung in den Hauptschadensgebieten und auch darüber hinaus keine qualitativ hinreichenden, sprich verlässlichen, Bevölkerungszahlen sowie Strukturdaten ermittelt werden können. Auf kurze und mittlere Sicht sind die Ergebnisse des Zensus 2022 aber für politische und wirtschaftliche Entscheidungen und Planungen sowie wissenschaftliche Untersuchungen von erheblicher Bedeutung. Dieser Beitrag erläutert die im Statistischen Verbund getroffenen Vereinbarungen, die hinsichtlich der hierfür erforderlichen methodischen Anpassungen getroffen wurden.

Ahrflut verursachte erhebliche Zerstörungen

Katastrophe fordert zahlreiche Opfer

In der Nacht vom 14. auf den 15. Juli 2021 ereignete sich in mehreren Teilen Deutschlands eine Naturkatastrophe erheblichen Ausmaßes. Besonders stark getroffen wurde der Landkreis Ahrweiler, wo binnen weniger Stunden im Verlauf der Nacht an die 200 Liter Regen pro Quadratmeter niedergingen. Das anschließende Ansteigen der Ahr zu einem reißenden Fluss hinterließ eine breite Schneise der Zerstörung. Zahlreiche Menschen kamen ums Leben. Die Flut verursachte zudem Sachschäden in Milliardenhöhe.

Nach seinerzeit veranlassten örtlichen Feststellungen der zuständigen Kreisverwaltung Ahrweiler mit Stand vom Februar 2022 wurden alleine in den 17 besonders von der Ahrflut betroffenen Ortsgemeinden Bad-Neuenahr-Ahrweiler, Sinzig, Antweiler, Dorsel, Fuchshofen, Insul, Müsch, Schuld, Wershofen, Winnerath, Ahrbrück, Altenahr, Dernau, Hönningen, Kirchsahr, Mayschoß und Rech insgesamt 197 Wohnimmobilien (ein Prozent des Gesamtbestandes) so stark beschädigt, dass sie auf Dauer nicht mehr bewohnbar waren. Weitere 2 600 Wohnimmobilien (14 Prozent des Gesamtbestandes) wiesen noch Monate nach der zerstörerischen Flut und wenige Monate vor dem Zensusstichtag so starke Schäden auf, dass eine Nutzung zu Wohnzwecken am Zensusstichtag unwahrscheinlich war.

17 Flussanrainergemeinden besonders betroffen

Angesichts des erheblichen Schadensausmaßes wechselten zahlreiche Bewohnerinnen und Bewohner der oben genannten Gemeinden ihren Hauptwohnsitz. Zwischen

Rund 3 600 Personen wechselten ihren Hauptwohnsitz

Juli 2021 und Mai 2022 verminderte sich – nach Auszählung der in den Melderegistern geführten Bestandsdaten – die Bevölkerung in diesen Kommunen um annähernd 3 600 Personen (–6,2 Prozent). Alleine für die Stadt Bad Neuenahr-Ahrweiler ergab sich ein Minus von rund 2 200 Personen (–7,5 Prozent). Die relativ gesehen stärksten und gegenüber den Vormonaten in der Tendenz weiterhin zunehmenden Bevölkerungsrückgänge waren bis zum Zensus-Erhebungsstart in den Gemeinden Altenahr (–20,2 Prozent), Dernau (–18,7 Prozent), Dorsel (–18,3 Prozent) und Mayschoß (–12,8 Prozent) zu verzeichnen. In diesen Zahlen nicht enthalten sind diejenigen Bewohnerinnen und Bewohner, die aufgrund der Zerstörung oder Beschädigung ihrer Wohnimmobilien vorübergehend notdürftig untergebracht worden waren, sich gleichwohl (z. B. in der Absicht zurückzuziehen) aber noch nicht umgemeldet hatten.

Zensus nach Standardverfahren nicht flächendeckend umsetzbar

Infolge dieser erheblichen Flutfolgen – zerstörte und in unterschiedlichem Grade beschädigte Wohnhäuser, endgültig verzogene oder vorübergehend notdürftig untergekommene Personen – wurde im Statistischen Verbund, dem das Statistische Bundesamt und die bundesweit 14 Statistischen Landesämter angehören, Einvernehmen erzielt, dass eine Bevölkerungs-, Gebäude- und Wohnungszählung nach den im Vorfeld gemeinsam entwickelten Standardverfahren in den besonders betroffenen Gemeinden nicht flächendeckend sachgemäß umgesetzt werden kann. Es war insoweit unstrittig, Sonderregelungen zu entwickeln und selektiv anzuwenden, die es ermöglichen sollten, trotz der Schadenslage qualitativ hinreichende und damit akzeptable Statistikergebnisse zu ermitteln. Hierbei war auch die lokal herrschende sensible Situation – etliche Personen hatten ihre Wohnung und ihre Existenzgrundlage verloren – zu berücksichtigen. Eine flächendeckende Erhebung nach den ansonsten üblichen Zensus-Standardverfahren wäre gerade für diesen Personenkreis mit unbilligen Härten verbunden gewesen und zudem – sowohl zu Lasten des Zensusprojektes als auch der amtlichen Statistik – in der medialen Berichterstattung sicherlich nicht unkommentiert geblieben. Insofern war Sorge zu tragen, die Erhebungen in den betroffenen Regionen sowohl methodisch sachgerecht als auch möglichst belastungsarm auszugestalten. Auf dieser Grundlage wurden zwischen dem Statistischen Bundesamt und dem Statistischen Landesamt Rheinland-Pfalz mit Billigung der übrigen Statistischen Ämter der Länder sowie Zustimmung der Kreisverwaltung Ahrweiler die folgenden Vereinbarungen umgesetzt:

Methodisch sachgerechte aber möglichst belastungsarme Lösungen gesucht

- Lokale Begrenzung der Sonderregelungen: Von den bundesweit einheitlichen Standardverfahren zur Erhebung des Zensus 2022 wurde mit Blick auf die zu gewährleistende bundesweite Vergleichbarkeit der Zensusergebnisse nur lokal beschränkt an vorab festgestellten Schadensanschriften in den 17 besonders von der Flutkatastrophe betroffenen Gemeinden des Landkreises Ahrweiler abgewichen.
- Voraberstellung eines Schadenskatasters: Zur Feststellung der örtlichen Betroffenheit wurde in den von der Flutkatastrophe besonders betroffenen Gemeinden im Vorfeld der Erhebungsphase auf der Grundlage des im Zensus-Steuerungsregister geführten zensusrelevanten Anschriftenbestands ein adressbezogenes Schadenskataster erstellt, in dem sämtliche Anschriften zu erfassen waren mit

Schadenskataster bietet Grundlage für lokal begrenzte Anwendung von Ausnahmeregelungen

Schadens-kategorie 1

– vollständig zerstörten, bereits abgerissenen, zum Abriss vorgesehenen oder nicht mehr bewohnbaren Gebäuden bzw. Gebäudekomplexen (Schadenskategorie 1) sowie

– teilweise zerstörten und bis zum Zensusstichtag bspw. wegen andauernder Renovierungsarbeiten voraussichtlich vollständig nicht bewohnbarer Gebäude bzw. Gebäudekomplexe (Schadenskategorie 2).

Schadens-kategorie 2

T1 Schadensumfang auf Anschriftenebene in den von der Flutkatastrophe am 14./15. Juli 2021 besonders betroffenen Gemeinden des Landkreises Ahrweiler[1]

Verwaltungs-bezirk	Anschriften insgesamt	Darunter: Haushalte-befragung auf Stich-proben-basis[2]	Davon								
			Vollständig zerstört, bereits abgerissen, zum Abriss vorgesehen oder nicht mehr bewohnbar (Schadenskategorie 1)			Teilweise zerstört und derzeit sowie voraussichtlich auch am Zensusstichtag (z. B. wegen andauernder Renovierungsarbeiten) vollständig nicht bewohnbar (Schadenskategorie 2)			Nicht oder nur teilweise beschädigt und vollständig oder teilweise bewohnbar (Schadenskategorie 3)		
			zusam-men	darunter		zusam-men	darunter		zusam-men	darunter	
				Haushalte-befragung auf Stich-proben-basis[2]	Erhebung Sonder-bereiche[3]		Haushalte-befragung auf Stich-proben-basis[2]	Erhebung Sonder-bereiche[3]		Haushalte-befragung auf Stich-proben-basis[2]	Erhebung Sonder-bereiche[3]
Verbandsfreie Gemeinde Bad Neuenahr-Ahrweiler, St.	7 963	602	32	2	-	1 199	89	1	6 732	511	14
Verbandsfreie Gemeinde Sinzig, St.	5 463	420	4	-	-	146	17	3	5 313	403	3
Verbandsgemeinde Adenau											
Antweiler	292	33	-	-	-	29	4	-	263	29	-
Dorsel	119	16	-	-	-	6	1	-	113	15	-
Fuchshofen	48	4	2	-	-	10	-	-	36	4	-
Insul	222	24	7	-	-	97	7	-	118	17	-
Müsch	110	16	5	-	-	39	6	-	66	10	-
Schuld	335	30	14	1	-	102	8	-	219	21	-
Wershofen	470	49	-	-	-	1	-	-	469	49	-
Winnerath	101	8	-	-	-	3	-	-	98	8	-
Verbandsgemeinde Altenahr											
Ahrbrück	510	51	20	4	1	71	5	-	419	42	-
Altenahr	815	93	48	6	-	274	32	1	493	55	-
Dernau	697	64	36	4	-	342	30	-	319	30	-
Hönningen	484	48	1	1	-	55	8	-	428	39	-
Kirchsahr	236	27	1	-	-	6	-	-	229	27	-
Mayschoß	400	34	17	3	-	131	15	-	252	16	-
Rech	248	22	10	-	-	89	8	-	149	14	-
Insgesamt	18 513	1 541	197	21	1	2 600	230	5	15 716	1 290	17

1 Kategorisierung der Kreisverwaltung Ahrweiler, Stand 22. Februar 2022. – 2 Für die Haushaltebefragung auf Stichprobenbasis ausgewählt. – 3 In die Erhebung an Sonderbereichen (Wohnheime bzw. Gemeinschaftsunterkünfte) einzubeziehen.

Im Zuge dieser von der örtlich zuständigen Kreisverwaltung koordinierten Voraberhebung wurden die folgenden Schadensumfänge ermittelt und die Zensuserhebungen wie nachstehend beschrieben durchgeführt.

Ersatzverfahren an vollständig zerstörten, nicht bewohnbaren Anschriften

Vollständiger Verzicht auf primärstatistische Erhebungen

An den Anschriften der Schadenskategorie 1 fand weder eine postalische Befragung von Auskunftspflichtigen zur Gebäude- und Wohnungszählung noch vorgesehene Direktbefragungen im Zuge der Personenerhebungen (Haushaltebefragung auf Stichprobenbasis, Erhebungen an Anschriften mit Sonderbereichen) statt.

Die so klassifizierten Anschriften wurden vor Ziehung der Personalisierungsdateien für den Erstversand zur Gebäude- und Wohnungszählung als dauerhaft nicht zählungsrelevant im Zensus-Steuerungsregister markiert und so aus dieser Teilerhebung, die der Feststellung von Bestands- und Strukturdaten zu den Wohnimmobilien dient, ausgesteuert. Um dies technisch in den IT-Standard-Betriebsumgebungen zu erreichen, wurden an den betroffenen Anschriften Sonderbereiche der Bereichsart „Ausländische Streitkräfte/Diplomaten" angelegt.

Durch die gesonderte Kennzeichnung im Steuerungsregister wurde zudem sichergestellt, dass auch keine Personenerhebungen stattfanden. Entgegen der ursprünglich vorgesehenen Standardverfahren erfolgte an diesen Anschriften die Einwohnerzahlenermittlung durch Auszählung des mehrfachfallgeprüften Personenbestandes aus dem Melderegister, das heißt ohne Berücksichtigung im Normalfall anzuwendender primärstatistisch induzierter Korrekturen. Personen, die an einer Anschrift trotz vollständiger Zerstörung, annähernd ein Jahr nach Eintritt des Schadensereignisses mit Hauptwohnsitz weiterhin gemeldet waren und bei denen deshalb unterstellt werden konnte, dass sie an der gleichen oder aber an einer anderen Anschrift der Gemeinde wieder ihren Wohnsitz aufnehmen, wurden mit Blick auf die Einwohnerzahlenermittlung zum Erhebungsstichtag demnach ohne weitere Überprüfung an ihrer Meldeanschrift berücksichtigt. Eine hieraus resultierende potenzielle Überhöhung der Einwohnerzahlen wurde aufgrund in der Summe vernachlässigbarer Fallzahlen als unerheblich angesehen. Selbst wenn hierdurch eine Doppelerfassung von Personen aufgetreten wäre, wären hierbei nur Einzelfälle im gesamten Bundesgebiet betroffen und demnach keine systematischen Überschätzungen der Einwohnerzahlen einzelner Gemeinden zu erwarten gewesen.

Standardverfahren nicht anwendbar

Ein Abweichen vom Standard-Zensusverfahren war hier allerdings zwingend, um in den von der Flutkatastrophe unmittelbar betroffenen Gemeinden massiv falsche, gegebenenfalls sogar negative Bevölkerungsbestände und des Weiteren auch bei Anwendung der Standarderhebungspraxis zu erwartende systematische Fehler in der laufenden Bevölkerungsfortschreibung zu vermeiden. Das Festhalten am klassischen Zensusverfahren hätte demnach weder eine Grundlage für die Feststellung belastbarer Zensusergebnisse noch für die laufenden Fortschreibungen der Bevölkerungs- sowie der Gebäude- und Wohnungsbestände ermöglicht. Dies gilt insbesondere dann, wenn zerstörte Anschriften in die Haushaltebefragung gelangen, die dort festgestellten „temporären Karteileichen" gewichtet hochgerechnet und fälschlicherweise trotz faktischem Wiederzuzug

dauerhaft die gemeindliche Einwohnerzahl gemindert hätten. Grund hierfür ist, dass ein faktischer Wiederzuzug nicht als Zuzug im Melderegister und somit auch nicht als räumliche Bevölkerungsbewegung in der Bevölkerungsfortschreibung verbucht worden wäre. Im Falle eines ausbleibenden Wiederzuzugs, bei dem sich die melderechtlich an der zerstörten Anschrift geführten Personen doch noch umgemeldet hätten, wären sie in der Bevölkerungsfortschreibung ein zweites Mal (nach der Korrektur als Zensus-Karteileichen) abgezogen worden.

Ersatzverfahren an teilweise zerstörten, vollständig nicht bewohnbaren Anschriften

Erfassung von Immobiliengrunddaten im Zuge von Vor-Ort-Begehungen

Auch an teilweise beschädigten, am Zensusstichtag aber voraussichtlich noch nicht bewohnbaren Anschriften (Schadenskategorie 2) wurde die regulär vorgesehene postalische Befragung der vorab ermittelten Auskunftspflichtigen zur Gebäude- und Wohnungszählung – insbesondere zur Vermeidung zusätzlicher Belastungen der jeweils Betroffenen – ausgesetzt. An diesen Anschriften erfolgte eine durch die zuständige Zensuserhebungsstelle organisierte „Ersatzvornahme“ in Form einer Inaugenscheinnahme. Erhoben wurden im Zuge dieser Ersatzvornahmen je Schadensanschrift: Angaben zur Art der Gebäude (Wohngebäude, Geschäftshaus mit Wohnung(en), Wohnheim etc.), zum Gebäudetyp (freistehend, Doppelhaus, gereiht etc.), zum ungefähren Baujahr und zur Zahl der Wohnungen in den Gebäuden. Diese Basismerkmale wurden im weiteren maschinellen Aufbereitungsverfahren (Item-Nonresponse-Imputationen) durch weitere Angaben ergänzt, sodass sich etwaige, durch die Antwortausfälle bedingte Minderungen der Ergebnisqualität trotz der lokal zum Teil erheblichen Fallzahlen in Grenzen halten dürften.

Verzicht auf Zwangsmaßnahmen in den Personenerhebungen

Des Weiteren fanden – insbesondere zur Vermeidung falscher Erhebungsbefunde sowie zur Minderung unbilliger Härten – an diesen Anschriften, sofern bei der Ersterhebung niemand angetroffen werden konnte, lediglich vereinfachte Personenerhebungen im schriftlichen Verfahren statt, bei denen der Fokus auf die Existenzfeststellungen gelegt wurde. Die Durchführung von Erinnerungsverfahren bei ausbleibenden Rückmeldungen wurde grundsätzlich in das Ermessen der Erhebungsstelle gestellt. Seitens des Statistischen Landesamtes wurde empfohlen, Erinnerungsschreiben zu versenden, aber bei weiterhin ausbleibenden Meldungen von Zwangsgeldandrohung und -festsetzungen zur Durchsetzung der Auskunftspflicht abzusehen. Dies wurde auch so umgesetzt.

Standardverfahren an nicht oder nur teilweise zerstörten und vollständig oder teilweise bewohnbaren Anschriften

An zumindest teilweise bewohnbaren Anschriften fanden auch in den unmittelbar von der Flutkatastrophe besonders betroffenen Gemeinden sowohl die postalische Gebäude- und Wohnungszählung als auch die Personenerhebungen nach den bundesweit vereinbarten Standardverfahren statt.

Fazit

Obgleich die getroffenen Sonderregeln nur auf zahlenmäßig wenige Ausnahmefälle – 197 Anschriften in der Schadenskategorie 1, 2 600 Anschriften in der Schadenskategorie 2 – angewandt wurden, sind sie dennoch grundlegend dafür, dass auch für die besonders betroffenen Schadensgemeinden qua-

litativ hinreichend brauchbare Zensusergebnisse ermittelt werden konnten. Diese bilden insbesondere auch für die Ausgestaltung des Wiederaufbaus im Flutgebiet eine wichtige Grundlage.

Gerd Reh, Diplom-Volkswirt, leitet die Abteilung „Bevölkerung, Zensus, Gesellschaft, Bildung".

Info

Am 25. Juni 2024 haben die Statistischen Ämter des Bundes und der Länder neben ersten Angaben zur Bevölkerungsstruktur sowie zu den Gebäude- und Wohnungsbeständen am Zählungsstichtag auch die amtlichen Einwohnerzahlen des Bundes, der Länder und der Gemeinden bekannt gegeben.

Einen ausführlichen Überblick über die Erhebungs- und Veröffentlichungsmodalitäten bietet der Beitrag „Zensus 2022 – Veröffentlichung der Ergebnisse" in der Juniausgabe des Statistischen Monatshefts.

Die Wirtschaft in Rheinland-Pfalz 2023

Deutlicher Rückgang der Baugenehmigungen – nominale Umsätze und Auftragseingänge steigen

Von Matthias Kowalczyk

Die stark gestiegenen Preise für Baustoffe und Bauleistungen sowie hohe Bauzinsen boten 2023 schwierige wirtschaftliche Rahmenbedingungen für das Baugewerbe. Entsprechend groß war die Zurückhaltung bei der Planung neuer Bauvorhaben. Die Zahl der Baugenehmigungen brach massiv ein und war sogar niedriger als auf dem Höhepunkt der Finanzmarkt- und Wirtschaftskrise 2009. Die Umsätze und Auftragseingänge des Bauhauptgewerbes lagen 2023 zwar nominal, also nicht um Preisveränderungen bereinigt, über dem Niveau des Vorjahres. Die Zuwächse dürften jedoch größtenteils oder sogar vollständig auf Preissteigerungen zurückzuführen sein. Im Ausbaugewerbe verlief die Umsatzentwicklung deutlich besser als im Bauhauptgewerbe.

Nominale Umsätze und Auftragseingänge im Bauhauptgewerbe steigen

Knapp fünf Milliarden Euro Umsatz im Bauhauptgewerbe

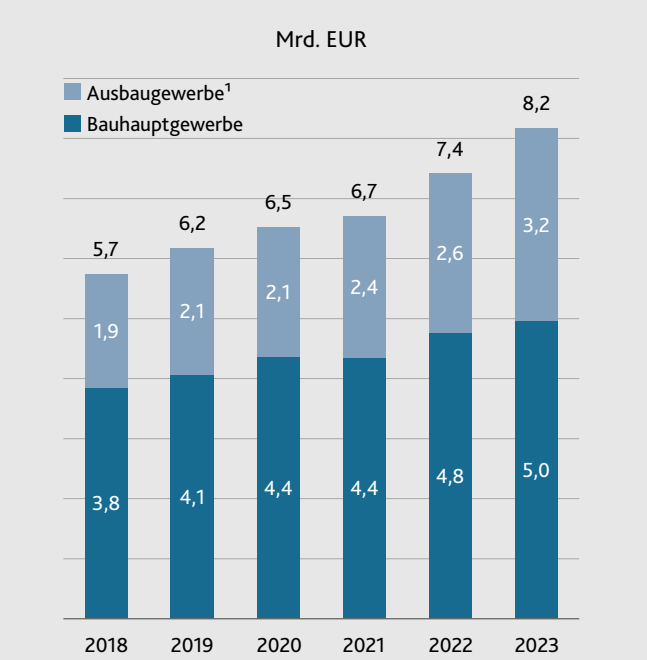
Die Betriebe im Bauhauptgewerbe erwirtschafteten 2023 höhere Umsätze als im Vorjahr. Der baugewerbliche Umsatz der Betriebe von rechtlichen Einheiten mit 20 und mehr tätigen Personen, die im Rahmen der Konjunkturerhebung befragt wurden, lag bei knapp fünf Milliarden Euro. Gegenüber 2022 bedeutet das nominal ein Plus von 4,2 Prozent.

Preise für Baustoffe und Bauleistungen steigen weiter

Die Umsatzentwicklung vollzog sich vor dem Hintergrund anhaltender Preissteigerungen bei Baustoffen und Bauleistungen, die allerdings nur für Deutschland insgesamt dargestellt werden können. Nach starken Preiserhöhungen in den Jahren 2021 und 2022 aufgrund von Lieferengpässen und massiv gestiegenen Energiepreisen setzte sich die Verteuerung von Baustoffen und Bauleistungen 2023 – wenn auch abgeschwächt – fort. Insbesondere die Erzeugerpreise für Zement und Beton zogen weiter an. Die Preise für Bauleistungen erhöhten sich ebenfalls. Bauleistungen an Wohngebäuden verteuerten sich 2023 um 8,5 Prozent, wobei die Preise für Ausbauarbeiten um elf Prozent und für Rohbauarbeiten um 5,7 Prozent zulegten. Im Tiefbau stiegen die Preise ebenfalls kräftig. Zum Beispiel lagen die Preise im Straßenbau um elf Prozent über dem Vorjahresniveau. Es ist daher davon auszugehen, dass der nominale Umsatzzuwachs im rheinland-pfälzischen Bauhauptgewerbe überwiegend oder sogar vollständig auf die Preissteigerungen zurückzuführen ist. In Deutschland stand dem nominalen Anstieg der baugewerblichen Umsätze um 3,5 Prozent real, also um Preisveränderungen bereinigt, ein Minus von 3,3 Prozent gegenüber.

Die Umsatzentwicklung im Hoch- und Tiefbau verlief unterschiedlich. Die rheinland-

G1 Umsatz im Baugewerbe 2018–2023



1 Ab 2021 Betriebe von Rechtlichen Einheiten mit 20 und mehr tätigen Personen, von 2018 bis 2020 Betriebe von Rechtlichen Einheiten mit 23 und mehr tätigen Personen. Zeitliche Vergleichbarkeit daher eingeschränkt.

Tiefbau erzielt steigende nominale Erlöse – Umsatzeinbußen im Hochbau

pfälzischen Tiefbaubetriebe erzielten 2023 zehn Prozent höhere Erlöse als im Vorjahr. Alle drei Teilbereiche konnten ihre Umsätze steigern: Am größten war der Zuwachs im gewerblichen Tiefbau (+20 Prozent). Der Straßenbau und der sonstige öffentliche Tiefbau kamen auf ein Umsatzplus von sieben bzw. sechs Prozent. Der Hochbau litt hingegen unter der Schwäche des Wohnungsbaus. Insgesamt sanken die Erlöse um zwei Prozent. Im Wohnungsbau nahmen die Umsätze im Vorjahresvergleich um zwölf Prozent ab, während die Betriebe im öffentlichen Hochbau sowie im gewerblichen Hochbau Umsatzsteigerungen von 13 bzw. 2,7 Prozent erwirtschafteten.

Die Umsätze im Bauhauptgewerbe waren 2023 in allen vier Quartalen höher als im jeweiligen Vorjahreszeitraum. Am größten war das Umsatzplus im ersten Vierteljahr (+6,7 Prozent). Im zweiten und dritten Quartal waren die Umsätze 3,6 bzw. 4,1 Prozent höher als im jeweiligen Vorjahreszeitraum. Zum Jahresende ließ das Erlöswachstum weiter nach (+3,2 Prozent).

Auftragseingang nominal höher als im Vorjahr

Die Auftragseingänge sind ein Indikator für die künftige Umsatzentwicklung. Der Wert der 2023 im Bauhauptgewerbe neu eingegangenen Aufträge übertraf das Vorjahresergebnis um 4,4 Prozent. Auch die Auftragseingänge liegen lediglich als nominale Kennzahl vor. Preissteigerungen führen somit zu einem Anstieg des Wertes der Auftragseingänge. Zur Orientierung: Deutschlandweit stand 2023 einem nominalen Wachstum der Auftragseingänge um 3,3 Prozent preisbereinigt ein Rückgang um 4,4 Prozent gegenüber.

Deutlich weniger Auftragseingänge im Wohnungsbau

Bei den rheinland-pfälzischen Tiefbaubetrieben gingen 2023 nominal 7,1 Prozent mehr Bestellungen ein als im Vorjahr. Das Wachstum ist maßgeblich auf den gewerblichen Tiefbau zurückzuführen: Der Wert der eingegangenen Aufträge erhöhte sich 2023 um mehr als ein Drittel. Die Betriebe des Straßenbaus und des sonstigen öffentlichen Tiefbaus mussten hingegen Nachfragerückgänge hinnehmen. Verglichen mit dem Vorjahr nahm das Ordervolumen in den Bereichen um 1,2 bzw. 4,1 Prozent ab. Im Hochbau wuchs der Wert der Auftragseingänge insgesamt um 1,2 Prozent. Die einzelnen Teilbereiche entwickelten sich dabei sehr unterschiedlich: Im gewerblichen Hochbau nahm der Wert der Aufträge 2023 deutlich zu (+21 Prozent). Der öffentliche Hochbau verzeichnete hingegen nur ein leichtes Wachstum (+0,9 Prozent). Die Nachfrage im Wohnungsbau war dagegen stark rückläufig: Die Auftragseingänge brachen um mehr als

ein Viertel ein. Grund hierfür dürften die weiter gestiegenen Bauzinsen sein, die Ende des Jahres 2023 ein langjähriges Rekordniveau erreichten. Auch die hohen Baukosten durch Preissteigerungen bei Baustoffen und Bauleistungen sowie der durch hohe Inflationsraten bedingte Kaufkraftverlust könnten zu einem Nachfragerückgang, insbesondere bei privaten Bauvorhaben, geführt haben.

Mehr tätige Personen, jedoch weniger geleistete Arbeitsstunden

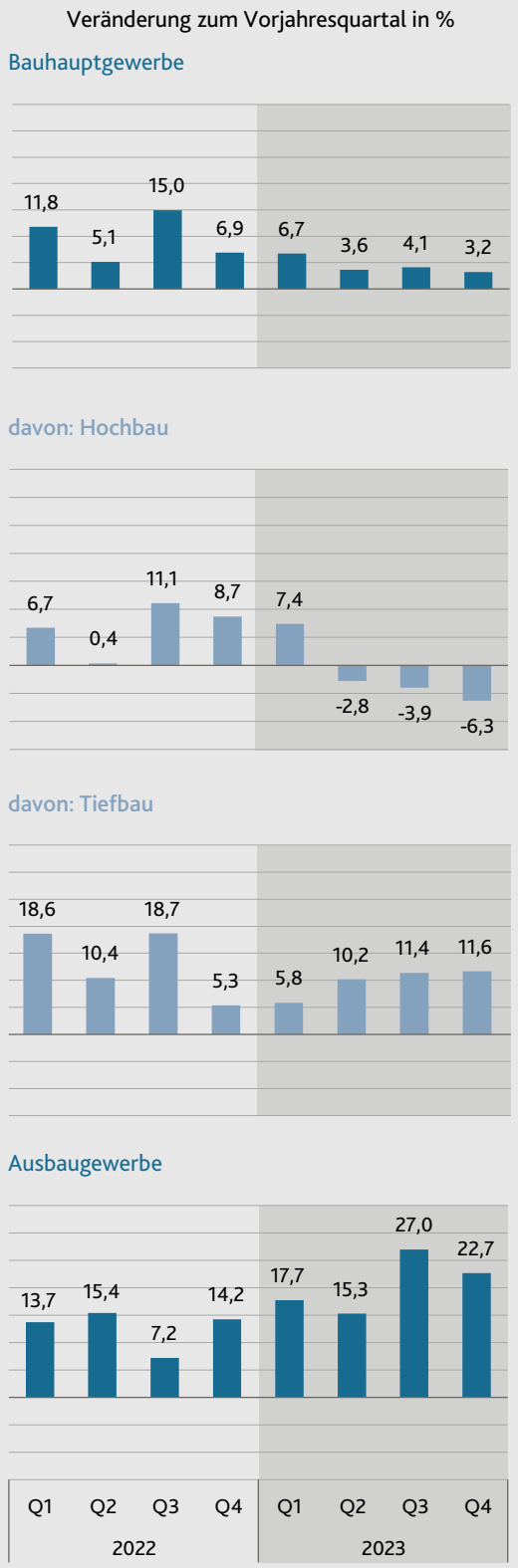
Beschäftigung wächst das achte Jahr in Folge

Die Beschäftigung im Bauhauptgewerbe nahm 2023 weiter zu. Damit stieg sie bereits das achte Jahr in Folge. Gut 24 700 Personen waren 2023 in den Betrieben, die in die Konjunkturerhebung einbezogen sind, beschäftigt. Das waren 1,5 Prozent mehr als 2022 (Deutschland: +1,3 Prozent). Die Zahl der geleisteten Arbeitsstunden sank dagegen um 1,4 Prozent (Deutschland: –0,5 Prozent). Dadurch nahm die Zahl der geleisteten Arbeitsstunden je Beschäftigten um 2,9 Prozent ab (Deutschland: –1,8 Prozent). Die Produktivität – gemessen als Umsatz je geleistete Arbeitsstunde – erhöhte sich um 5,7 Prozent (Deutschland: +4,1 Prozent). Sie lag in Rheinland-Pfalz bei 175 Euro und war somit geringer als im bundesweiten Durchschnitt (182 Euro).

Entgelt je Beschäftigten und je Stunde steigt

Die Entgeltsumme, die unter anderem die Bruttolöhne und -gehälter der Beschäftigten umfasst, erhöhte sich 2023 um vier Prozent (Deutschland: +3,9 Prozent). Die Zunahme der Entgelte fiel stärker aus als der Beschäftigungszuwachs. Daraus resultiert ein höheres Entgelt je Beschäftigten: Das durchschnittliche Jahresentgelt betrug 45 900 Euro (Deutschland: 45 100 Euro). Dies entspricht einer Steigerung um 2,5 Prozent gegenüber dem Vorjahr (Deutschland: +2,6 Prozent). Je

G2 Umsatz im Baugewerbe 2022 und 2023 nach Quartalen



geleistete Arbeitsstunde belief sich das Entgelt auf 40 Euro (+5,5 Prozent; Deutschland: 39 Euro, +4,4 Prozent).

Betriebe im Ausbaugewerbe erwirtschaften deutliches Umsatzplus

Ausbaugewerbliche Umsätze steigen um 21 Prozent

Die Zahl der Betriebe des Ausbaugewerbes, die in die Konjunkturerhebung einbezogen waren, erhöhte sich 2023 um 5,1 Prozent auf 523. Die ausbaugewerblichen Umsätze legten um 21 Prozent auf 3,2 Milliarden Euro zu (Deutschland: +14 Prozent). Das Wachstum der Umsätze vollzieht sich wie im Bauhauptgewerbe bei gleichzeitig steigenden Baustoff- und Bauleistungspreisen. Im Ausbaugewerbe kletterten die Erlöse insbesondere im zweiten Halbjahr jedoch stärker als die Preise. Ein Grund für die positive Entwicklung könnte eine hohe Nachfrage nach energetischer Sanierung sein. In den Teilbereichen Elektroinstallation sowie Gas-, Wasser- und Heizungsinstallation war das Umsatzwachstum 2023 am stärksten.

In allen vier Quartalen lagen die Umsätze deutlich über dem Niveau des jeweiligen Vorjahresquartals. Im ersten und zweiten Vierteljahr waren sie 18 bzw. 15 Prozent höher als ein Jahr zuvor. In der zweiten Jahreshälfte fiel das Umsatzwachstum noch kräftiger aus. Die ausbaugewerblichen Umsätze lagen im dritten Quartal um 27 Prozent und im vierten Quartal um 23 Prozent über dem Niveau des jeweiligen Vorjahreszeitraums.

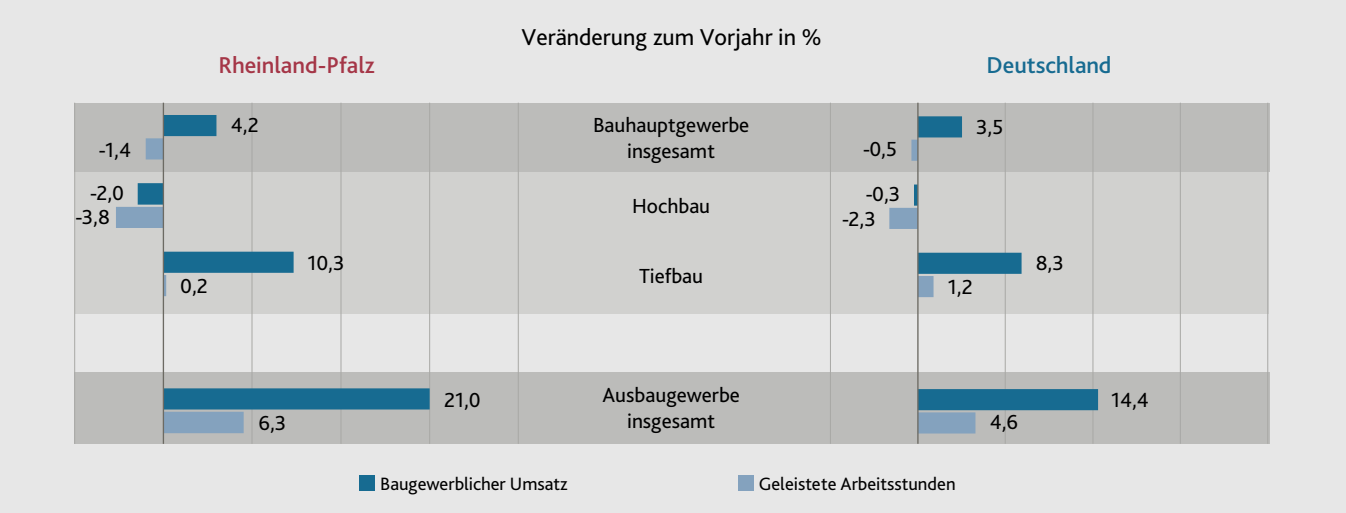
Kräftiges Umsatzwachstum in der zweiten Jahreshälfte

Arbeitsstunden steigen stärker als die Beschäftigtenzahl

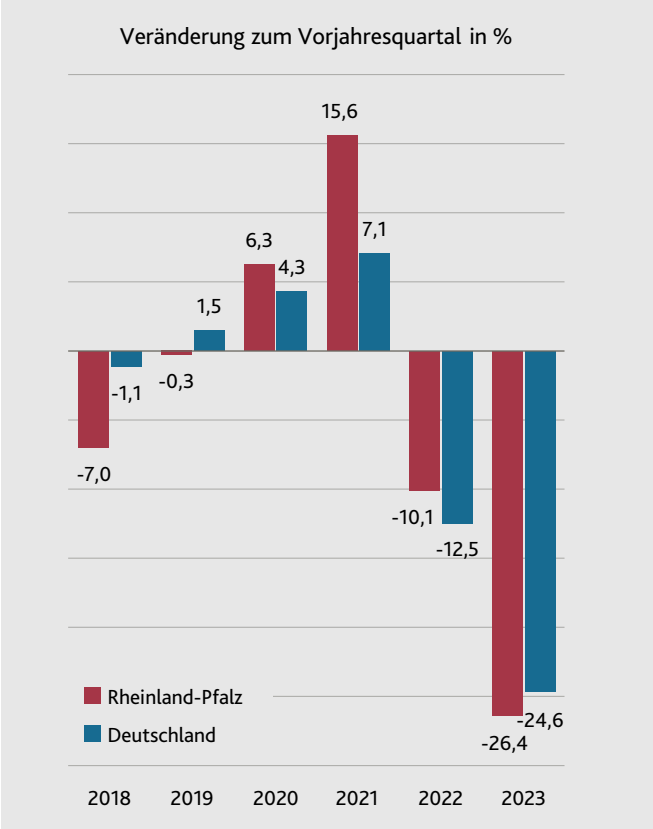
Die Beschäftigtenzahl im Ausbaugewerbe erhöhte sich 2023 im Vergleich zum Vorjahr um 4,9 Prozent auf 20 700 Personen (Deutschland: +4,3 Prozent). Es wurden zudem mehr Arbeitsstunden geleistet als 2022 (+6,3 Prozent; Deutschland: +4,6 Prozent). Da die geleisteten Arbeitsstunden stärker stiegen als die Beschäftigung, nahm die Zahl der Arbeitsstunden je Person um 1,3 Prozent zu (Deutschland: +0,3 Prozent). Die Produktivität wuchs aufgrund der kräftigen Umsatzsteigerungen deutlich: Der Umsatz je Arbeitsstunde stieg um 14 Prozent auf 133 Euro (Deutschland: +9,4 Prozent auf 132 Euro).

Die Entgeltsumme im Ausbaugewerbe erhöhte sich 2023 um 9,5 Prozent (Deutsch-

G3 Baugewerblicher Umsatz und geleistete Arbeitsstunden im Baugewerbe in Rheinland-Pfalz und in Deutschland 2023



G4 Baugenehmigungen in Rheinland-Pfalz und in Deutschland 2018–2023



Entgelt pro Kopf steigt deutlich um 4,3 Prozent

land: +9,1 Prozent). Weil die Entgelte stärker zulegten als die Beschäftigtenzahl und die Arbeitsstunden, stieg das Entgelt pro Kopf und pro Stunde: Das durchschnittliche Jahresentgelt je Beschäftigten wuchs um 4,3 Prozent auf 38 800 Euro (Deutschland: +4,6 Prozent auf 40 400 Euro). Je geleistete Arbeitsstunde betrug das Entgelt 33 Euro (+3 Prozent; Deutschland: +4,3 Prozent auf 33 Euro).

Baugenehmigungen im Wohnungsbau brechen ein

Die Zahl der Baugenehmigungen ist ein wichtiger Frühindikator zur Einschätzung der Baukonjunktur, da sie über die zukünftige Bauaktivität Auskunft gibt. In Rheinland-Pfalz brach die Zahl der erteilten Baugenehmigungen für neue Bauten sowie für Baumaßnahmen an bestehenden Gebäuden 2023 um mehr als ein Viertel ein (–26 Prozent; Deutschland: –25 Prozent). Damit war die Zahl der Genehmigungen noch niedriger als im Jahr 2009, dem Höhepunkt der Finanzmarkt- und Wirtschaftskrise. Der Rückgang ist größtenteils auf die deutlich nachlassende Aktivität im Wohnbaubereich zurückzuführen. Die Zahl der Baugenehmigungen, die Wohngebäude betrafen, sank im vergangenen Jahr um 31 Prozent. Ein Grund für diese Entwicklung könnten – wie auch bei der Entwicklung der Auftragseingänge – die kräftig gestiegenen Bauzinsen und Baukosten sowie der durch die hohe Inflation bedingte Kaufkraftverlust bei den Bauwilligen sein. Die Zahl der genehmigten Nichtwohngebäude nahm ebenfalls ab (–6,5 Prozent).

Weniger Baugenehmigungen als 2009 in der Finanzmarkt- und Wirtschaftskrise

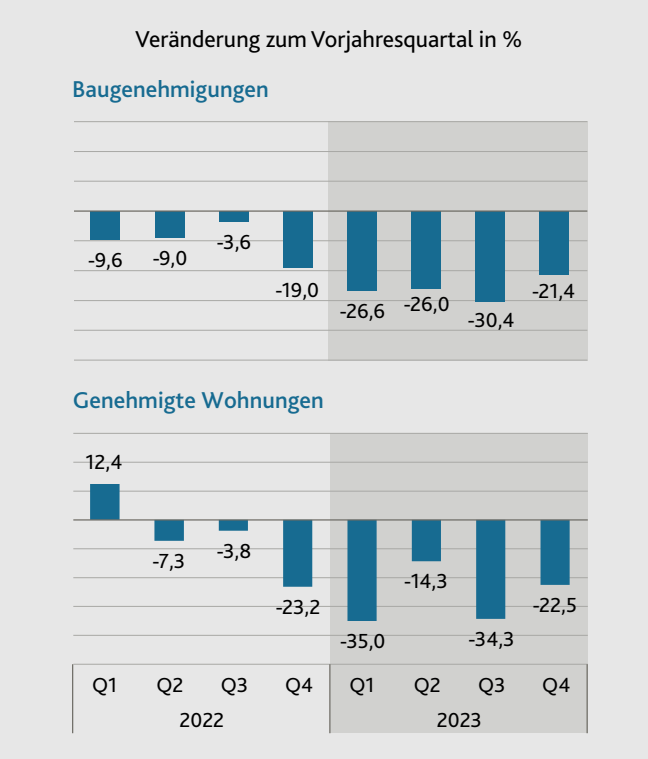
Genehmigungen in allen Quartalen unter Vorjahresniveau

In allen vier Quartalen 2023 wurden deutlich weniger Baugenehmigungen erteilt als im Jahr zuvor. Im ersten und zweiten Vierteljahr war die Zahl der erteilten Genehmigungen für Wohn- und Nichtwohngebäude zusammen um 27 bzw. 26 Prozent geringer als im jeweiligen Vorjahresquartal. Im dritten Jahresviertel fiel sie sogar um 30 Prozent niedriger aus als im Vorjahreszeitraum. Im Schlussquartal 2023 war die Zahl der Baugenehmigungen um 21 Prozent geringer als ein Jahr zuvor, wobei die Genehmigungen schon im vierten Quartal 2022 auf einem niedrigen Niveau gelegen hatten.

Überproportionaler Rückgang der Genehmigungen von Neubauten

Im Neubaubereich gingen die erteilten Baugenehmigungen besonders kräftig zurück. Die Zahl der genehmigten neuen Wohngebäude brach 2023 um 44 Prozent ein (Deutschland: –39 Prozent). Der Rückgang genehmigter Neubauten erstreckt sich auf alle Gebäudegrößenklassen. Am stärksten war das Minus bei Neubauten von Wohngebäuden mit zwei

G5 Baugenehmigungen und genehmigte Wohnungen 2022 und 2023 nach Quartalen



Wohnungen. Die Baugenehmigungen in diesem Bereich verringerten sich um mehr als die Hälfte. Das entspricht einer Abnahme um etwa 480 Genehmigungen. Bei Bauvorhaben von Gebäuden mit nur einer Wohnung, die in Rheinland-Pfalz mit einem Anteil von fast drei Vierteln die wichtigste Größenklasse unter allen genehmigten Wohngebäuden bilden, sank die Zahl der Genehmigungen um 43 Prozent bzw. 1990 Genehmigungen. Die Zahl genehmigter neuer Wohngebäude mit drei oder mehr Wohnungen nahm um 36 Prozent bzw. 330 Genehmigungen ab.

Einbruch der Baugenehmigungen trifft besonders private Haushalte

In den neu zu errichtenden Wohngebäuden wurden in Rheinland-Pfalz 2023 etwa 10 000 Wohnungen genehmigt. Das waren 33 Prozent weniger als 2022. Überproportional von diesem Rückgang betroffen waren private Bauinteressenten: Die Zahl der genehmigten Neubauwohnungen, bei

Konjunkturerhebungen im Bauhaupt- und Ausbaugewerbe

Für eine differenzierte Betrachtung des Baugewerbes wird auf die Konjunkturerhebungen im Bauhaupt- und im Ausbaugewerbe zurückgegriffen. Diese Statistiken erfassen Betriebe von „Rechtlichen Einheiten" mit mindestens 20 Beschäftigten und decken knapp 37 Prozent des Produktionswertes des gesamten Baugewerbes ab, der in den Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen ermittelt wird.

Die in der monatlichen Konjunkturstatistik für das Bauhauptgewerbe berücksichtigten Betriebe erwirtschaften etwa 63 Prozent der baugewerblichen Erlöse und beschäftigen gut die Hälfte der baugewerblich tätigen Personen. Im Berichtsjahr wurden im Durchschnitt 482 Betriebe erfasst. Jeder Betrieb hatte durchschnittlich 51 baugewerblich Beschäftigte und erzielte einen Umsatz von gut zehn Millionen Euro.

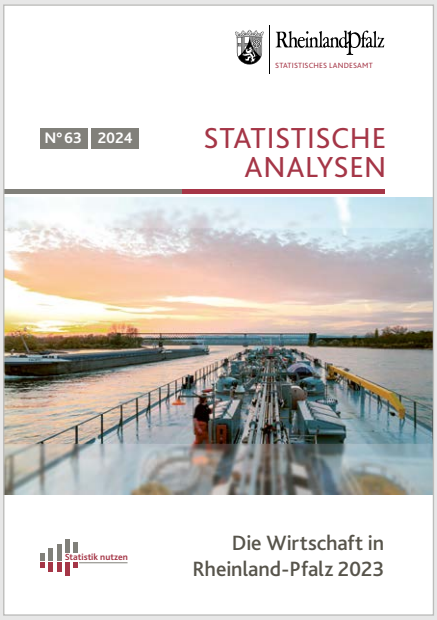
Die vierteljährliche Konjunkturerhebung im Ausbaugewerbe, zu dem z. B. die Elektro-, Gas-, Wasser- und Heizungsinstallation und das Malergewerbe zählen, erfasste im Berichtsjahr im Durchschnitt 523 Betriebe. Der Anteil dieser Betriebe an allen im Ausbaugewerbe Beschäftigten sowie am gesamten ausbaugewerblichen Umsatz beträgt etwa 63 bzw. 62 Prozent. Diese Betriebe waren im Schnitt mit 40 Beschäftigten und einem Umsatz von etwa 6,1 Millionen Euro kleiner als im Bauhauptgewerbe. Bis zum Berichtsjahr 2017 und seit 2021 umfasst die Erhebung im Ausbaugewerbe Betriebe von Rechtlichen Einheiten mit mindestens 20 Beschäftigten. In den Jahren 2018 bis 2020 wurden Betriebe von Rechtlichen Einheiten mit mindestens 23 Beschäftigten in die Erhebung einbezogen. Vergleiche zwischen diesen Zeiträumen sind dadurch nur eingeschränkt möglich.

denen private Haushalte als Bauherren fungierten, nahm gegenüber dem Vorjahr um 43 Prozent bzw. 3 800 ab. Der Rückgang bei Neubauwohnungen im Auftrag von privaten Unternehmen war geringer (–19 Prozent bzw. –1 100 Genehmigungen). Von den 2023 genehmigten Neubauwohnungen in Wohngebäuden entfielen 49 Prozent auf Privathaushalte und 48 Prozent auf Unternehmen. Öffentliche Bauherren und Organisationen ohne Erwerbszweck wiesen nur geringe Anteile auf.

Matthias Kowalczyk, Volkswirt M.Sc., ist Referent im Referat „Analysen Wirtschaft“.

Die Wirtschaft in Rheinland-Pfalz 2023

Diese und weitere interessante Informationen zum rheinland-pfälzischen Wirtschaftsjahr 2023 finden Sie in der Statistischen Analyse „Die Wirtschaft in Rheinland-Pfalz 2023“, die am 28. März 2024 erschienen ist. In ausführlichen textlichen Analysen sind die ökonomischen Entwicklungen des abgelaufenen Jahres und ihre möglichen Ursachen dargestellt. Umfangreiche Tabellen und Grafiken ergänzen den Vergleich zum vorangegangenen Wirtschaftsjahr und stellen zusätzlich auch längerfristige Entwicklungen dar.



Titelfoto: © Fokke Baarssen – stock.adobe.com

Die Wirtschaft in Rheinland-Pfalz 2023

Handel und unternehmensnahe Dienstleistungsbereiche

Von Matthias Kowalczyk

Etwa zwei Drittel der rheinland-pfälzischen Bruttowertschöpfung werden im Dienstleistungssektor erwirtschaftet. Neben einem erheblichen Anteil, der auf öffentliche Dienstleister sowie die Bereiche Erziehung und Gesundheit entfällt, spielen der Handel und die unternehmensnahen Dienstleistungsbereiche eine bedeutsame Rolle: Im Jahr 2023 trug der Handel gut zehn Prozent zur Wirtschaftsleistung in Rheinland-Pfalz bei. Der Wertschöpfungsanteil der unternehmensnahen Dienstleistungen, zu denen die Bereiche „Erbringung freiberuflicher, wissenschaftlicher und technischer Dienstleistungen", „Verkehr und Lagerei", „Information und Kommunikation" sowie „Sonstige Unternehmensdienstleister" zählen, lag bei etwa 17 Prozent.

Einzelhandelsumsätze sinken deutlich

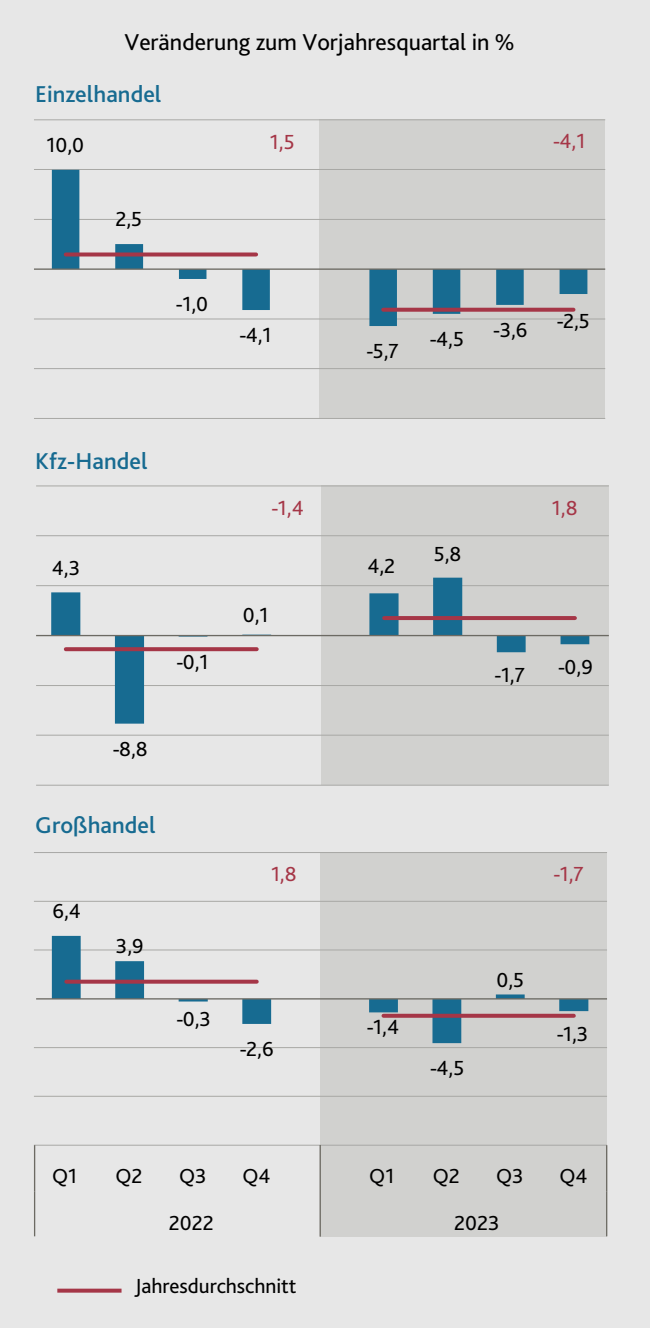
Konsumklima auf niedrigem Niveau

Die Kauflaune der Verbraucherinnen und Verbraucher hellte sich 2023 zwar etwas auf, trotzdem lag der GfK-Konsumklimaindex, der die Konsumneigung der privaten Haushalte misst, deutlich unter seinem langjährigen Durchschnittswert. Der Index erreichte 2023 im Jahresdurchschnitt –28,3 Punkte, wobei ein Wert von null Punkten dem Durchschnitt entspricht. Insbesondere die anhaltend hohe Inflation dürfte sich negativ auf das Konsumklima ausgewirkt haben. Im Oktober 2022 war der Index aufgrund der stark steigenden Verbraucherpreise und der Belastungen durch die Energiekrise auf einen historischen Tiefststand von –42,8 Zählern gesunken. Ausgehend von diesem niedrigen Niveau verbesserte sich das Konsumklima in der ersten Jahreshälfte 2023 kontinuierlich und kletterte bis Juni auf einen Indexwert von –24,4 Punkten. Moderatere Energiepreise und tarifliche Einkommenszuwächse könnten zu dieser Entwicklung beigetragen haben. So stieg die Einkommenserwartung der befragten Personen im Zeitraum Januar bis Juni von –32,2 auf –10,6 Indexpunkte. Auch die Konjunkturerwartung nahm bis April deutlich zu, sank zur Jahresmitte jedoch wieder. Die Anschaffungsneigung, die die Bereitschaft der Konsumenten zu größeren Käufen widerspiegelt, verbesserte sich im Laufe des ersten Halbjahres nur leicht. In der zweiten Jahreshälfte geriet die Erholung des Konsumklimas ins Stocken. Von Juli bis Dezember schwankte der Index zwischen –24,6 und –28,3 Punkten. Die Einkommenserwartung und die Anschaffungsneigung stagnierten weitgehend und legten erst im Dezember wieder zu. Die Konjunkturerwartung fiel im August auf den tiefsten Stand im Jahresverlauf und verbesserte sich ebenfalls erst zum Jahresende leicht.

Einzelhandelsumsätze nehmen deutlich ab

Das trübe Konsumklima spiegelte sich auch in den Umsätzen des Einzelhandels wider. Zwar waren die Einzelhandelsumsätze 2023 nominal – also in jeweiligen Preisen – aufgrund der kräftig gestiegenen Preise höher als im Vorjahr. In Rheinland-Pfalz erzielten die Einzelhandelsunternehmen nominal 1,7 Prozent mehr Umsatz als 2022, in Deutschland legten die Erlöse um 2,2 Prozent zu. Real – also um Preisveränderungen bereinigt – sanken die Einzelhandelserlöse gegenüber dem Vorjahr jedoch deutlich um 4,1 Prozent (Deutschland: –3,4 Prozent). Der Rückgang folgte auf eine Phase, die durch ein hohes Umsatzniveau im Einzelhandel geprägt war. Die Coronapandemie und die damit verbundenen Reise- und Kontaktbeschränkungen hatten zu einer Verlagerung der privaten Konsumausgaben von Dienstleistungen hin zu Waren geführt. Im Jahr 2023 fielen die preisbereinigten Erlöse unter das Niveau von 2019, dem letzten Jahr vor Ausbruch der Pandemie.

G1 Preisbereinigter Umsatz im Handel 2022 und 2023 nach Quartalen



Umsatzrückgang im Einzelhandel in allen vier Quartalen

In allen vier Quartalen setzte der Einzelhandel 2023 real weniger um als im jeweiligen Vorjahreszeitraum. Am größten war das Minus im ersten Vierteljahr – preisbereinigt lagen die Erlöse um 5,7 Prozent unter dem Niveau des ersten Quartals 2022. Auch im zweiten Quartal waren die Umsätze deutlich niedriger als ein Jahr zuvor (–4,5 Prozent). In der zweiten Jahreshälfte verlangsamte sich der Umsatzrückgang etwas. Im dritten Quartal fielen die Erlöse um 3,6 Prozent und im Schlussquartal um 2,5 Prozent geringer aus als im Vorjahreszeitraum.

Fast alle Teilbereiche verzeichnen rückläufige Erlöse

Fast alle Teilbereiche des Einzelhandels mussten 2023 reale Umsatzeinbußen hinnehmen. Nur Tankstellen und der „Einzelhandel mit Geräten der Informations- und Kommunikationstechnik“ verbuchten eine Steigerung der preisbereinigten Erlöse (+3,5 bzw. +3,2 Prozent). Am stärksten nahmen die Umsätze im „Einzelhandel mit sonstigen Haushaltsgeräten, Textilien, Heimwerker- und Einrichtungsbedarf“ ab (–12 Prozent). Auch im „Einzelhandel mit Nahrungs- und Genussmitteln, Getränken und Tabakwaren“ sanken die Erlöse deutlich

Umsätze im „Einzelhandel mit Waren verschiedener Art“ sinken um 3,8 Prozent

(–8,5 Prozent). Dieser Rückgang könnte eine Folge der stark gestiegenen Verbraucherpreise und der damit verbundenen höheren Preissensibilität bei den Konsumentinnen und Konsumenten sein. Kaufen die Menschen beispielsweise Brot und Fleisch im Supermarkt oder Discounter statt in einer Bäckerei oder einer Metzgerei, werden diese Umsätze dem „Einzelhandel mit Waren verschiedener Art“ statt dem Einzelhandel mit Nahrungsmitteln zugerechnet. Der „Einzelhandel mit Verlagsprodukten, Sportausrüstung und Spielwaren” erzielte 4,4 Prozent weniger Umsatz als ein Jahr zuvor. Auch im „Einzelhandel mit Waren verschiedener Art“ gab es Umsatzeinbußen (–3,8 Prozent). Die Erlöse des „Einzelhandels mit sonstigen Gütern“, zu dem unter anderem der Einzelhandel mit Bekleidung gehört, sanken um zwei Prozent. Leicht rückläufig waren die Umsätze im „Einzelhandel nicht in Verkaufsräumen“, zu dem der Internet- und Versandhandel (ohne das Onlinegeschäft stationärer Händler) sowie der Brennstoffhandel zählt (–0,7 Prozent). Dabei stand einem leichten Zuwachs im Versand- und Interneteinzelhandel ein Minus im Brennstoffhandel gegenüber.

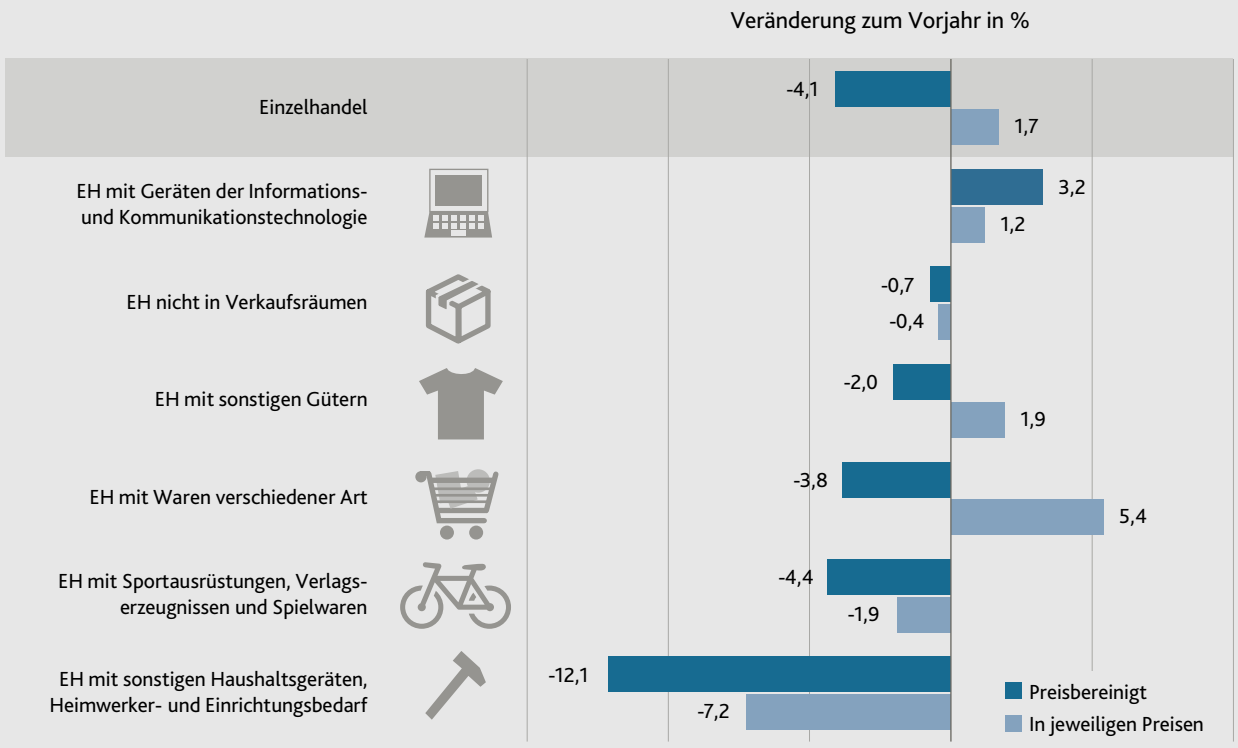
Beschäftigung im Einzelhandel nimmt zu

Die Zahl der im rheinland-pfälzischen Einzelhandel beschäftigten Personen nahm 2023 zu. Sie lag um 1,1 Prozent über dem Vorjahresniveau (Deutschland: +0,5 Prozent).

Umsätze im Kfz-Handel steigen

Die nominalen Erlöse des Kraftfahrzeughandels, zu dem auch die Instandhaltung und Reparatur von Kraftfahrzeugen zählt, legten

G2 Umsatz in jeweiligen Preisen und preisbereinigt im Einzelhandel 2023 nach Handelssegmenten



Umsätze im Kfz-Handel steigen real um 1,8 Prozent

2023 kräftig um zehn Prozent zu (Deutschland: +12 Prozent). Allerdings zogen gleichzeitig die Preise für Neu- und Gebrauchtwagen sowie für die Instandhaltung von Kraftfahrzeugen deutlich an. Um Preisveränderungen bereinigt verbleibt 2023 nur noch ein Umsatzzuwachs von 1,8 Prozent gegenüber dem Vorjahr (Deutschland: +3,4 Prozent).

Das Umsatzwachstum des Kfz-Handels wurde in der ersten Jahreshälfte erwirtschaftet. Im ersten Quartal lagen die realen Umsätze um 4,2 Prozent über dem Niveau des Vorjahreszeitraums. Auch im zweiten Quartal waren sie deutlich höher als ein Jahr zuvor (+5,8 Prozent). Im dritten und im vierten Quartal fielen die Umsätze hingegen geringer aus als im jeweiligen Vorjahreszeitraum (–1,7 bzw. –0,9 Prozent).

Deutliches Umsatzplus im Handel mit Kraftwagen

Zwei der vier Teilbereiche des Kraftfahrzeughandels verzeichneten 2023 ein reales Umsatzwachstum. Am stärksten legten die Erlöse im „Handel mit Kraftwagen" mit einem Plus von 6,3 Prozent zu. Die Umsätze des Bereichs „Instandhaltung und Reparatur von Kraftwagen" stiegen um 1,9 Prozent. Deutliche Umsatzeinbußen gab es hingegen in den Teilbereichen „Handel mit Kraftwagenteilen und -zubehör" sowie „Handel mit Krafträdern, Teilen und Zubehör, Instandhaltung und Reparatur". Gegenüber dem Vorjahr nahmen die Erlöse dort um 9,1 bzw. 7,3 Prozent ab.

Leichter Anstieg der Pkw-Zulassungen

Im Jahr 2023 wurden in Rheinland-Pfalz rund 108 100 Personenkraftwagen neu zugelassen. Verglichen mit dem Vorjahr blieb die Zahl der Pkw-Neuzulassungen nahezu unverändert (+0,2 Prozent; Deutschland: +7,3 Prozent). Die Zahl der Elektro- und Hybridfahrzeuge war dabei rückläufig. Insbesondere Plug-In-Hybride wurden deutlich seltener zugelassen (–58 Prozent). Dies hängt wahrscheinlich mit der Änderung des Förderprogramms Elektromobilität zusammen, wonach Plug-In-Hybridfahrzeuge ab 1. Januar 2023 keine Förderung mehr erhalten. Auch die Zahl der Neuzulassungen von reinen Elektrofahrzeugen ging zurück, aber nur leicht (–0,5 Prozent). Bei sonstigen Hybriden ergab sich ein Plus von rund 36 Prozent. Der Anteil von Elektro- oder Hybridfahrzeugen an allen Pkw-Neuzulassungen sank 2023 auf knapp 50 Prozent, war also etwa genauso hoch wie der Anteil von Pkw mit einem reinen Verbrennermotor.

Beschäftigungszuwachs im Kfz-Handel

Im Jahr 2023 arbeiteten mehr Beschäftigte im Kfz-Handel als im Vorjahr. Gegenüber 2022 nahm die Zahl der Arbeitsplätze in diesem Bereich um 1,1 Prozent zu (Deutschland: +1,4 Prozent).

Uneinheitliche Entwicklung der Erlöse im Großhandel

Der rheinland-pfälzische Großhandel erzielte 2023 weniger Erlöse als im Vorjahr. Die Großhandelsumsätze nahmen gegenüber 2022 real um 1,7 Prozent ab (Deutschland: –4,5 Prozent). Nominal sanken die Umsätze nur leicht um 0,4 Prozent (Deutschland: –4,1 Prozent).

Die Großhandelsumsätze lagen in drei der vier Quartale unter dem Niveau des jeweiligen Vorjahreszeitraums: Im ersten und zweiten Vierteljahr 2023 waren die preisbereinigten Umsätze 1,4 bzw. 4,5 Prozent niedriger als ein Jahr zuvor. Im dritten Quartal verzeichnete der Großhandel preisbereinigt ein leichtes Umsatzplus von 0,5 Prozent. Zum Jahresende verbuchte der Bereich erneut ein Minus: Gegenüber dem Vorjahreszeitraum nahmen die Großhandelsumsätze im vierten Quartal um 1,3 Prozent ab.

Der rheinland-pfälzische Großhandel ist geprägt von drei Bereichen, die jeweils

Erlöse im „Sonstigen Großhandel" nehmen ab

mehr als zehn Prozent zum Branchenumsatz beisteuern und damit das Gesamtergebnis maßgeblich bestimmen. Die Erlöse dieser drei Bereiche entwickelten sich 2023 unterschiedlich. Einen realen Umsatzrückgang um 8,8 Prozent verzeichnete der „Sonstige Großhandel" zu dem z. B. der Handel mit Mineralöl, Chemischen Erzeugnissen, Metallen und Baustoffen zählt. Auch im „Großhandel mit Nahrungs- und Genussmitteln, Getränken und Tabakwaren" sanken die Umsätze deutlich (–6,7 Prozent). Die Erlöse des „Großhandels mit Gebrauchs- und Verbrauchsgütern" erhöhten sich dagegen preisbereinigt um 4,1 Prozent – hierzu zählen unter anderem Bekleidung, Haushaltsgeräte, Kosmetika, Pharmazeutika, Möbel und Schmuck.

Die Zahl der im Großhandel tätigen Personen stieg 2023 gegenüber dem Vorjahr um ein Prozent. Im Bundesdurchschnitt erhöhte sich die Beschäftigtenzahl des Bereichs um 0,7 Prozent.

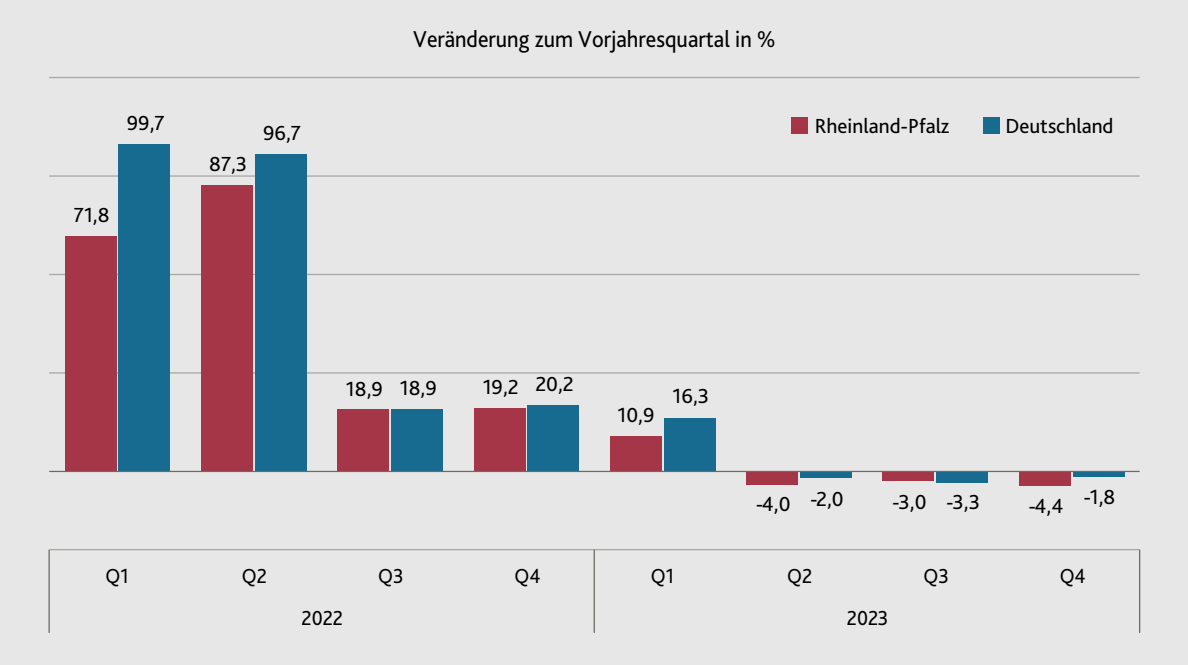
Umsätze im Gastgewerbe sinken

Zahl der Gästeankünfte sinkt nur im Bereich Ferienzentren

Die Umsätze des rheinland-pfälzischen Gastgewerbes nahmen 2023 gegenüber dem Vorjahr preisbereinigt um 1,1 Prozent ab (Deutschland: +1,1 Prozent). Das Gastgewerbe hat sich auch vier Jahre nach Ausbruch der Coronapandemie nicht vollständig von deren Folgen erholt. Die Erlöse lagen 2023 preisbereinigt etwa 14 Prozent unter dem Niveau des Jahres 2019 (Deutschland: –11 Prozent).

Zu Beginn des Jahres 2023 erwirtschaftete das Gastgewerbe noch ein deutliches Umsatzwachstum gegenüber dem Vorjahr. Im ersten Quartal lagen die Erlöse um elf Prozent über dem Niveau von Januar bis März 2022. Im zweiten Vierteljahr setzte sich diese positive Entwicklung jedoch nicht fort. Gegenüber dem zweiten Quartal 2022 nahmen die Erlöse um vier Prozent ab. Auch im dritten und vierten Quartal erwirtschaftete das Gastgewerbe geringere Umsätze als ein Jahr zuvor (–3 bzw. –4,4 Prozent).

G3 Preisbereinigter Umsatz im Gastgewerbe 2022 und 2023 nach Quartalen



Zahl der Beschäftigten im Gastgewerbe nimmt deutlich zu

Trotz der Umsatzeinbußen erhöhte sich die Beschäftigung im Gastgewerbe deutlich. Im Jahr 2023 stieg die Zahl der Beschäftigten gegenüber dem Vorjahr um 8,7 Prozent (Deutschland: +7 Prozent). Sie lag damit nur noch knapp unter dem Beschäftigungsniveau von 2019 (–0,1 Prozent; Deutschland: –5,9 Prozent). In der Gastronomie war die Beschäftigtenzahl 2023 bereits 4,4 Prozent höher als 2019; im Bereich Beherbergung lag sie noch 9,3 Prozent unter dem Vor-Corona-Niveau.

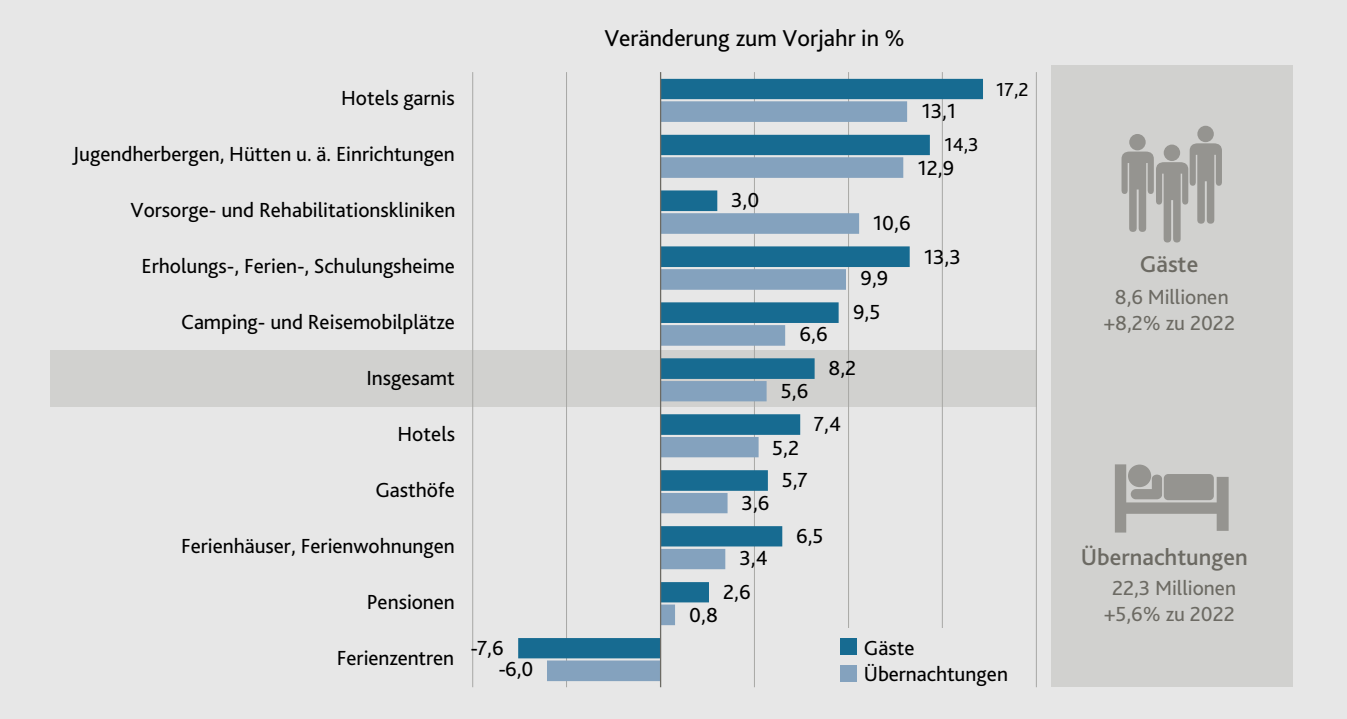
Im Jahr 2023 schnitten sowohl die Gastronomie als auch der Beherbergungsbereich schlechter ab als im Vorjahr: In der Gastronomie, die rund zwei Drittel der Umsätze des Gastgewerbes erwirtschaftet, sanken die Erlöse gegenüber dem Vorjahr preisbereinigt um 1,1 Prozent. Der am Umsatz gemessen größte Teilbereich „Restaurants, Gaststätten, Imbissbuden, Cafés, Eissalons u. Ä.“ verzeichnete einen realen Umsatzrückgang um 0,7 Prozent gegenüber 2022. Im Beherbergungsbereich, der etwa ein Drittel der Gastgewerbeumsätze erzielt, lagen die Erlöse preisbereinigt um 1,4 Prozent unter dem Niveau des Vorjahres. Während die Umsätze in der Gastronomie noch deutlich niedriger waren als im Vor-Corona-Jahr 2019, fielen die Erlöse im Beherbergungsbereich höher aus als vor dem Ausbruch der Pandemie.

Umsatzzuwachs in der Gastronomie und im Bereich Beherbergung

Mehr Gäste aus dem In- und Ausland besuchen Rheinland-Pfalz

Die Gäste- und Übernachtungszahlen nahmen 2023 erneut kräftig zu. Im Laufe des Jahres quartierten sich 8,6 Millionen Gäste in den rheinland-pfälzischen Beherbergungsbetrieben ein; das waren 8,2 Prozent mehr als 2022. Trotz der steigenden Gästezahlen in den vergangenen zwei Jahren wurde das Vor-Corona-Niveau noch nicht wieder erreicht. Die Zahl der Gästeankünfte lag um 6,2 Prozent unter

G4 Gäste und Übernachtungen 2023 nach Betriebsarten



dem Niveau von 2019. Die Zahl der Übernachtungen stieg 2023 im Vergleich zum Vorjahr um 5,6 Prozent auf 22,3 Millionen. Gegenüber 2019 bedeutet das aber immer noch ein Minus von 3,3 Prozent. Deutschlandweit erhöhte sich die Gästezahl 2023 um zwölf Prozent; die Zahl der Übernachtungen legte um 8,1 Prozent zu (Veränderung gegenüber 2019: –4 bzw. –1,7 Prozent).

Etwa 6,9 Millionen Reisende aus dem Inland waren 2023 in Rheinland-Pfalz zu Gast, was einem Anstieg um 7,5 Prozent gegenüber 2022 entspricht. Die Zahl der Übernachtungen wuchs um 4,8 Prozent auf gut 17,5 Millionen. Die Ankünfte und Übernachtungen von Besucherinnen und Besuchern aus dem Inland nähern sich dem Vorkrisenniveau an – sie fielen 2023 um 3,9 bzw. 1,1 Prozent geringer aus als 2019. Im grenzüberschreitenden Tourismus sind die Auswirkungen der Pandemie hingegen weiterhin spürbar: Zwar nahmen die Gästeankünfte und Übernachtungen von Besucherinnen und Besuchern aus dem Ausland 2023 stärker zu als die Nachfrage inländischer Gäste. Im Jahr 2023 wurden 1,6 Millionen Gäste mit Wohnsitz im Ausland gezählt und damit elf Prozent mehr als im Vorjahr. Sie buchten 4,8 Millionen Übernachtungen; das waren 8,6 Prozent mehr als 2022. Trotz des kurzfristigen Anstiegs lag die Zahl der Gäste aus dem Ausland jedoch weiterhin deutlich unter dem Niveau von 2019 (–15 Prozent). Auch die Zahl der Übernachtungen ausländischer Besucher und Besucherinnen hat sich noch nicht vollständig erholt (–11 Prozent).

Deutlicher Gästezuwachs in Hotels garnis

Am größten war der Gästezuwachs 2023 in Hotels garnis (+17 Prozent). Die Gästeankünfte in Jugendherbergen und Hütten sowie in Erholungs-, Ferien- und Schulungsheimen stiegen ebenfalls mit zweistelliger Rate (+14 bzw. +13 Prozent). Die Camping- und Reisemobilplätze empfingen 9,5 Prozent mehr Gäste. Bei den Hotels lag das Plus bei 7,4 Prozent. Die Zahl der Besucherinnen und Besucher in Ferienhäusern bzw. -wohnungen und Gasthöfen stieg um 6,5 bzw. 5,7 Prozent. Bei Vorsorge- bzw. Rehakliniken sowie Pensionen gab es Steigerungen von drei bzw. 2,6 Prozent. Nur die Zahl der Gästeankünfte in Ferienzentren ging verglichen mit dem Vorjahr zurück (–7,6 Prozent).

Zahl der Gästeankünfte sinkt nur im Bereich Ferienzentren

Auslastung in vielen Betriebsarten noch unter Vorkrisenniveau

In den meisten Betriebsarten war das Gästeaufkommen trotz Zuwächsen auch 2023 noch niedriger als vor dem Ausbruch der Coronapandemie. Die Gästezahl der Vorsorge- und Rehabilitationskliniken war um fast ein Viertel geringer als 2019. In den Erholungs-, Ferien- und Schulungsheimen sowie in den Jugendherbergen, Hütten und ähnlichen Einrichtungen belief sich das Minus auf 13 bzw. zwölf Prozent. Pensionen, Hotels und Gasthöfe verzeichneten ebenfalls Einbußen in zweistelliger Größenordnung. Die Ferienzentren erreichten zwar bereits 2022 wieder das Vorkrisenniveau, im Jahr 2023 empfingen die Betriebe jedoch wieder weniger Gäste als vor Ausbruch der Pandemie (–7,4 Prozent). Deutlich mehr Besucherinnen und Besucher als vor der Pandemie wählten ein Hotel garni für ihren Aufenthalt in Rheinland-Pfalz (+31 Prozent); in diesem Bereich wurden die Bettenkapazitäten in den vergangenen Jahren deutlich ausgeweitet. Campingplätze und Ferienhäuser verbuchten gegenüber dem Vor-Corona-Niveau ebenfalls ein deutliches Wachstum der Besucherzahlen (+14 bzw. +11 Prozent).

Matthias Kowalczyk, Volkswirt M.Sc., ist Referent im Referat „Analysen Wirtschaft“.

Zahlenspiegel Rheinland-Pfalz

Der Zahlenspiegel für Rheinland-Pfalz dokumentiert die wichtigsten Ergebnisse überwiegend monatlicher Statistiken. Es werden dabei die letzten aktuell vorliegenden vier Monate sowie drei der vergleichbaren Vorjahresmonate nachgewiesen. Bei vierteljährlich vorliegenden Ergebnissen werden die jeweils aktuellsten sieben Quartale veröffentlicht.

Die mit einem Stern * gekennzeichneten Merkmale weisen alle Bundesländer in ihrem Zahlenspiegel nach. Davon nicht veröffentlicht werden in Rheinland-Pfalz die hierzulande unbedeutende Geflügelfleischerzeugung und der Preisindex für Wohngebäude, der für Rheinland-Pfalz nicht gesondert berechnet wird.

Bevölkerung

	Einheit	2021	2022		2023				2024	
		Durchschnitt		Dez.	Jan.	Febr.	Nov.	Dez.	Jan.	Febr.
* Bevölkerung am Monatsende	1 000	4 103 [1,2]	4 133 [1,2]	4 159	4 160	4 162	4 177	4 174	4 175	4 175
darunter Ausländer/-innen[3]	1 000	493 [1,2]	534 [1,2]	566	569	571	592	591	594	595
Natürliche Bevölkerungsbewegung[4]										
* Eheschließungen[5]	Anzahl	1 544	1 703	1 747	454	554	966	1 430	403	636
* Lebendgeborene[6]	Anzahl	3 221	3 061	2 981	2 674	2 631	2 753	2 838	2 529	2 634
je 1 000 Einwohner/-innen	Anzahl	9,4	8,9	8,4	7,6	8,2	8,0	8,0	7,1	7,9
* Gestorbene (ohne Totgeborene)[7]	Anzahl	4 214	4 495	5 471	4 826	4 186	4 476	5 124	4 797	4 452
je 1 000 Einwohner/-innen	Anzahl	12,3	13,0	15,5	13,7	13,1	13,0	14,4	13,5	13,4
* darunter im 1. Lebensjahr Gestorbene[7]	Anzahl	10	11	14	7	5	10	6	11	8
je 1 000 Lebendgeborene	Anzahl	3,0	3,5	4,7	2,6	1,9	3,6	2,1	4,3	3,0
* Überschuss der Geborenen (+) bzw. Gestorbenen (-)	Anzahl	-994	-1 434	-2 490	-2 152	-1 555	-1 723	-2 286	-2 268	-1 818
je 1 000 Einwohner/-innen	Anzahl	-2,9	-4,2	-7,0	-6,1	-4,9	-5,0	-6,4	-6,4	-5,5
Wanderungen										
* Zuzüge über die Landesgrenze	Anzahl	11 297	16 539	11 096	13 396	11 930	13 097	10 099	12 497	11 694
* darunter aus dem Ausland	Anzahl	5 369	10 570	5 973	7 897	7 083	7 503	5 303	7 206	6 822
* Fortzüge über die Landesgrenze	Anzahl	9 612	10 684	10 156	9 815	9 225	10 356	9 429	9 800	9 320
* darunter in das Ausland	Anzahl	3 918	4 982	5 351	4 662	4 520	4 817	4 872	4 651	4 699
* Wanderungsgewinn (+) bzw. Wanderungsverlust (-)	Anzahl	1 685	5 855	940	3 581	2 705	2 741	670	2 697	2 374
* Innerhalb des Landes Umgezogene[8]	Anzahl	13 300	14 277	13 911	14 978	13 570	15 314	13 409	15 554	13 351

Erwerbstätigkeit

Beschäftigte[9,10,11]	Einheit	2020	2021	2022				2023		
		30.06.		31.03.	30.06.	30.09.	31.12.	31.03.	30.06.	30.09.
* Sozialversicherungspflichtig Beschäftigte am Arbeitsort[12]	1 000	1 429	1 454	1 474	1 480	1 500	1 485	1 483	1 487	1 504
* Frauen	1 000	667	677	689	691	700	696	694	694	702

1 Fortschreibung des Bevölkerungsstandes auf der Basis des Zensus 2011. – 2 Jahresdurchschnitt hier: Bevölkerung am 31.12. – 3 Quelle: Bevölkerungsfortschreibung. – 4 Monatsergebnisse sind vorläufig. – 5 Nach dem Ereignisort. – 6 Nach der Wohngemeinde der Mutter. – 7 Nach der Wohngemeinde des Verstorbenen. – 8 Ohne innerhalb der Gemeinde Umgezogene. – 9 Quelle: Statistik der Bundesagentur für Arbeit. – 10 Aufgrund einer rückwirkenden Revision der Beschäftigungsstatistik im August 2014 weichen diese Daten von zuvor veröffentlichten Daten ab. Vergleiche Methodenbericht im Internetangebot der Bundesagentur für Arbeit. – 11 Jahresdurchschnitt: hier Beschäftigte am 30.06. – 12 Einschließlich Personen "ohne Angabe" zur Wirtschaftsgliederung.

noch: Erwerbstätigkeit

Beschäftigte[1, 2, 3]	Einheit	2020	2021	2022				2023		
		30.06.		31.03.	30.06.	30.09.	31.12.	31.03.	30.06.	30.09.
* Ausländer/-innen	1 000	174	190	200	208	214	208	214	220	225
* Teilzeitbeschäftigte	1 000	423	434	444	448	450	449	450	453	454
* darunter Frauen	1 000	343	350	357	360	361	361	361	362	363
davon nach Wirtschaftsbereichen[4]										
* Land- und Forstwirtschaft, Fischerei	1 000	14	15	14	16	17	12	14	16	17
* produzierendes Gewerbe	1 000	436	436	440	440	446	441	441	440	445
* Handel, Verkehr und Gastgewerbe	1 000	316	319	323	326	330	328	327	326	330
* Erbringung von Unternehmens-dienstleistungen	1 000	223	233	238	239	242	240	240	243	245
* Erbringung von öffentlichen und privaten Dienstleistungen	1 000	440	450	459	458	463	464	462	461	466

Arbeitsmarkt[5]	Einheit	2022	2023				2024			
		Durchschnitt		April	Mai	Juni	März	April	Mai	Juni
* Arbeitslose	Anzahl	102 515	110 716	109 045	107 573	108 405	119 397	118 444	118 201	118 784
* Frauen	Anzahl	47 178	50 748	49 686	49 113	49 549	53 299	53 030	52 771	53 129
Männer	Anzahl	55 337	59 968	59 359	58 460	58 856	66 098	65 414	65 430	65 655
SGB III (Arbeitslosengeld I)[6]	Anzahl	40 333	43 146	42 107	41 155	41 465	47 881	46 290	45 942	46 579
SGB II (Arbeitslosengeld II)[7]	Anzahl	62 182	67 570	66 938	66 418	66 940	71 516	72 154	72 259	72 205
* Arbeitslosenquote[8]	%	4,6	4,9	4,9	4,8	4,8	5,3	5,2	5,2	5,2
* Frauen	%	4,5	4,8	4,7	4,6	4,6	5,0	5,0	4,9	4,9
* Männer	%	4,6	5,0	5,0	4,9	4,9	5,5	5,5	5,4	5,4
* Jüngere von 15–25 Jahren	%	3,8	4,3	4,2	4,0	4,0	4,7	4,7	4,7	4,7
Jüngere von 15–20 Jahren	%	3,3	3,8	3,6	3,3	3,2	3,8	3,9	3,9	3,8
Ältere von 50–65 Jahren	%	4,5	4,7	4,7	4,6	4,7	5,0	5,0	5,0	5,0
Ältere von 55–65 Jahren	%	5,1	5,3	5,2	5,1	5,2	5,6	5,6	5,4	5,4
* Ausländer/-innen[9]	%	11,9	13,3	13,6	12,6	12,6	14,4	14,3	13,4	13,3
Deutsche	%	3,5	3,7	3,6	3,6	3,6	3,9	3,9	3,8	3,9
* Kurzarbeiter/-innen[10]	Anzahl	14 748	9 457	5 169	5 280	6 305	...	...	...	...
* Gemeldete Arbeitsstellen[11]	Anzahl	45 781	41 871	43 200	43 049	42 598	37 887	37 776	37 255	37 362

Soziales

Leistungsbezug nach SGB II[12]	Einheit	2022	2023				2024			
		Durchschnitt		Febr.	März	April	Jan.	Febr.	März	April
* Personen in Bedarfsgemeinschaften	Anzahl	220 686	233 932	234 355	235 461	234 978	235 671	237 270	237 752	...
* darunter Frauen	Anzahl	112 509	119 470	120 421	120 781	120 347	119 134	119 636	119 491	...
davon										
* erwerbsfähige Leistungs-berechtigte	Anzahl	146 892	156 617	156 138	157 127	156 900	159 698	160 914	161 484	...
* nicht erwerbsfähige Leistungs-berechtigte	Anzahl	61 133	64 769	65 188	65 511	65 415	63 933	64 182	64 160	...
* darunter unter 15 Jahren	Anzahl	59 377	63 034	63 456	63 745	63 667	62 201	62 424	62 389	...

1 Quelle: Statistik der Bundesagentur für Arbeit. – 2 Aufgrund einer rückwirkenden Revision der Beschäftigungsstatistik im August 2014 weichen diese Daten von zuvor veröffentlichten Daten ab. Vergleiche Methodenbericht im Internetangebot der Bundesagentur für Arbeit. – 3 Jahresdurchschnitt: hier Beschäftigte am 30.06. – 4 Abgrenzung nach WZ 2008. – 5 Quelle: Statistik der Bundesagentur für Arbeit; ab Januar 2005 unter Einschluss der Grundsicherung für Arbeitsuchende. Ergebnisse sind vorläufig. Die jeweils aktuellen Werte sind im Internetangebot der Bundesagentur für Arbeit als detaillierte Übersichten zu finden. – 6 Arbeitslosengeld I ist als Leistung der Arbeitslosenversicherung eine Lohnersatzleistung. – 7 Arbeitslosengeld II bezeichnet die Geldleistungen für erwerbsfähige Hilfebedürftige im Rahmen der Grundsicherung. – 8 Arbeitslose in Prozent aller zivilen Erwerbspersonen. – 9 Ab September 2021 werden Staatenlose und Personen ohne Angabe zur Staatsangehörigkeit nun zu den Ausländern gezählt und nicht mehr unter "keine Angabe" erfasst. - 10 Einschließlich witterungsbedingter Saisonarbeit. – 11 Ohne geförderte Stellen des zweiten Arbeitsmarktes, ab Januar 2014 einschließlich der Meldung von offenen Stellen durch kooperierende Unternehmen im automatisierten Verfahren. – 12 Quelle: Bundesagentur für Arbeit. Im Zuge einer Revision wurden ab dem Berichtsjahr 2016 die Definitionen für Bedarfsgemeinschaften überarbeitet. Ein Vergleich mit den Vorjahren ist daher nur eingeschränkt möglich.

Bautätigkeit
(Baugenehmigungen)

Baugenehmigungen für Wohngebäude	Einheit	2022	2023				2024			
		Durchschnitt		Febr.	März	April	Jan.	Febr.	März	April
* Wohngebäude (Neubau) insgesamt	Anzahl	536	303	289	327	292	247	242	245	284
* mit 1 oder 2 Wohnungen	Anzahl	459	253	234	263	251	189	202	199	237
davon										
öffentliche Bauherren und Organisationen ohne Erwerbszweck	Anzahl	2	2	2	2	4	1	-	3	5
Unternehmen	Anzahl	75	55	38	55	34	49	36	30	36
private Haushalte	Anzahl	459	246	249	270	254	197	206	212	243
Wohnungen in Wohngebäuden	Anzahl	1 237	835	924	899	968	740	564	640	724
* Umbauter Raum	1 000 m^3	728	468	459	524	457	399	328	370	422
* Wohnfläche	1 000 m^2	137	86	87	98	80	74	62	68	77
Wohnräume	Anzahl	5 346	3 319	3 531	3 770	3 280	2 953	2 312	2 637	2 928
* Veranschlagte Kosten der Bauwerke	Mio. EUR	305	209	198	225	223	186	152	171	191
Baugenehmigungen für Nichtwohngebäude										
* Nichtwohngebäude (Neubau) insgesamt	Anzahl	130	124	99	88	119	125	116	104	128
davon										
öffentliche Bauherren und Organisationen ohne Erwerbszweck	Anzahl	14	14	8	12	10	18	14	10	18
Unternehmen	Anzahl	69	64	49	43	64	69	60	56	66
private Haushalte	Anzahl	47	46	42	33	45	38	42	38	44
Wohnungen in Nichtwohngebäuden	Anzahl	31	16	24	9	12	134	2	16	-
* Umbauter Raum	1 000 m^3	862	705	709	354	783	1 004	519	324	1 091
* Nutzfläche	1 000 m^2	181	89	84	55	96	114	79	54	123
* Veranschlagte Kosten der Bauwerke	Mio. EUR	152	118	98	70	121	200	190	75	129
Genehmigte Wohnungen (Wohn- und Nichtwohngebäude)										
* Wohnungen (Neubau und Baumaßnahmen an bestehenden Gebäuden)	Anzahl	1 498	1 089	1 138	1 121	1 318	1 065	753	877	1 120
* Wohnräume (einschließlich Küchen)	Anzahl	6 389	4 247	4 342	4 655	4 507	3 709	2 921	3 382	4 093

Landwirtschaft

	Einheit	2022	2023				2024			
		Durchschnitt		Febr.	März	April	Jan.	Febr.	März	April
* Schlachtmengen (ohne Geflügel)[1]	t	10 436	10 112	9 583	11 602	9 787	11 072	10 149	10 182	10 657
darunter										
* Rinder insgesamt	t	1 239	1 134	1 086	1 580	1 036	1 121	1 075	1 253	1 103
darunter										
* Kälber	t	6	5	4	8	5	5	3	6	4
* Jungrinder	t	8	4	3	7	6	4	5	8	3
* Schweine	t	9 164	8 942	8 475	9 982	8 709	9 922	9 046	8 883	9 518
* Eiererzeugung[2]	1 000	22 974	22 059	20 812	22 795	20 568	24 687	24 194	24 927	23 910

Produzierendes Gewerbe

Verarbeitendes Gewerbe sowie Bergbau und Gewinnung von Steinen und Erden[3]

* Betriebe	Anzahl	1 022	1 020	1 012	1 023	1 022	1 001	1 033	1 046	1 046
* Beschäftigte[4]	Anzahl	258 732	261 247	260 663	261 344	261 095	262 869	263 965	264 407	263 624
* Geleistete Arbeitsstunden	1 000 h	31 939	31 918	32 212	35 863	29 946	33 400	33 130	32 334	33 385
* Entgelte	Mio. EUR	1 248	1 291	1 191	1 224	1 308	1 270	1 257	1 272	1 350
* Umsatz (ohne Umsatzsteuer)	Mio. EUR	9 646	8 776	8 909	10 400	8 167	7 977	8 700	8 741	8 575
davon										
Vorleistungsgüterproduzenten und Energie[5]	Mio. EUR	5 531	4 631	5 084	5 624	4 522	4 541	4 822	4 765	4 854
Investitionsgüterproduzenten	Mio. EUR	2 398	2 640	2 450	3 104	2 341	2 114	2 345	2 529	2 256
Gebrauchsgüterproduzenten	Mio. EUR	101	104	90	125	92	80	95	106	119
Verbrauchsgüterproduzenten	Mio. EUR	1 615	1 401	1 286	1 547	1 212	1 242	1 438	1 341	1 346
darunter										
Herstellung von chemischen Erzeugnissen	Mio. EUR	3 041	2 344	2 725	2 912	2 299	2 349	2 600	2 510	2 517
Herstellung von Kraftwagen und Kraftwagenteilen	Mio. EUR	1 076	1 180	1 085	1 471	974	912	1 014	1 142	846
darunter										
* Auslandsumsatz	Mio. EUR	5 297	4 840	5 081	5 755	4 624	4 618	4 853	4 902	4 834
Exportquote[6]	%	54,9	55,1	57,0	55,3	56,6	57,9	55,8	56,1	56,4
Index des Auftragseingangs im verarbeitenden Gewerbe (Volumenindex)	2015=100	110,3	86,8	100,7	94,6	73,4	93,0	92,2	89,6	88,1
davon										
Vorleistungsgüterproduzenten	2015=100	101,9	82,1	87,9	91,0	75,8	102,7	92,1	90,7	87,9
Investitionsgüterproduzenten	2015=100	107,4	88,8	116,2	93,4	70,2	82,0	93,3	90,7	87,9

1 Aus gewerblichen Schlachtungen von Tieren in- und ausländischer Herkunft (Rinder, Schweine, Schafe, Pferde, Ziegen); einschließlich Schlachtfetten, jedoch ohne Innereien. – 2 Erzeugte Eier in Betrieben bzw. Unternehmen mit mindestens 3 000 Hennenhaltungsplätzen; einschließlich Junghennen-, Bruch- und Knickeiern. – 3 Betriebe mit 50 und mehr Beschäftigten. – 4 Einschließlich der tätigen Inhaber. – 5 Ohne Energie- und Wasserversorgung. – 6 Anteil des Auslandsumsatzes am Gesamtumsatz.

noch: Produzierendes Gewerbe

Verarbeitendes Gewerbe sowie Bergbau und Gewinnung von Steinen und Erden[1]	Einheit	2022	2023				2024			
		Durchschnitt		Febr.	März	April	Jan.	Febr.	März	April
Gebrauchsgüterproduzenten	2015=100	232,9	241,5	275,1	252,9	230,1	180,5	199,8	261,5	278,9
Verbrauchsgüterproduzenten	2015=100	145,3	86,2	80,4	101,6	63,9	89,0	81,2	67,6	75,3
darunter										
Herstellung von chemischen Erzeugnissen	2015=100	95,2	71,2	77,2	80,2	67,9	86,1	84,2	79,3	78,2
Herstellung von Kraftwagen und Kraftwagenteilen	2015=100	105,5	81,2	137,9	75,5	59,1	66,1	87,9	78,3	73,3
Energie- und Wasserversorgung, Abwasser- und Abfallentsorgung, Beseitigung von Umweltverschmutzungen[2]										
* Betriebe[3]	Anzahl	171	170	171	171	171	171	171	172	171
* Beschäftigte[3,4]	Anzahl	10 229	10 411	10 271	10 292	10 300	10 656	10 643	10 671	10 721
* Geleistete Arbeitsstunden[3]	1 000 h	1 245	1 267	1 242	1 411	1 165	1 416	1 351	1 324	1 394
* Entgelte[3]	Mio. EUR	51	55	46	49	55	51	51	54	62
Stromerzeugung der Kraftwerke für die allgemeine Versorgung[5]										
* Bruttostromerzeugung	Mio. kWh	302	266	309	301	226	422	284	325	305
Nettostromerzeugung	Mio. kWh	286	251	295	286	213	405	268	304	291
Baugewerbe										
Bauhauptgewerbe[6]										
* Beschäftigte (einschließlich tätiger Inhaber)	Anzahl	24 296	24 658	24 017	24 436	24 723	24 459	24 454	24 713	25 090
* Geleistete Arbeitsstunden	1 000 h	2 394	2 360	2 074	2 536	2 363	1 572	2 145	2 413	2 655
davon										
* Wohnungsbau	1 000 h	452	400	397	452	402	283	370	388	428
* gewerblicher Bau[7]	1 000 h	815	860	772	941	832	663	838	886	953
* öffentlicher und Straßenbau	1 000 h	1 127	1 100	905	1 143	1 129	626	938	1 139	1 274
darunter Straßenbau	1 000 h	611	591	456	597	608	301	483	590	691
* Entgelte	Mio. EUR	91	94	80	88	92	81	84	89	100

1 Betriebe von Unternehmen mit im Allgemeinen 50 und mehr Beschäftigten. – 2 Für das aktuelle Kalenderjahr vorläufige Ergebnisse. – 3 Betriebe von Unternehmen der Energie- und Wasserversorgung mit im Allgemeinen 20 und mehr Beschäftigten. – 4 Einschließlich der tätigen Inhaber. – 5 Kraftwerke mit einer elektrischen Engpassleistung ab 1 MW. – 6 Bau von Gebäuden, Tiefbau, Abbrucharbeiten und vorbereitende Baustellenarbeiten; Ergebnisse des Monatsberichts bei Betrieben von Unternehmen mit 20 und mehr Beschäftigten. – 7 Einschließlich landwirtschaftlicher Bauten sowie Unternehmen der Bahn und Post.

noch: Baugewerbe

Bauhauptgewerbe[1]	Einheit	2022	2023				2024			
		Durchschnitt		Febr.	März	April	Jan.	Febr.	März	April
* Baugewerblicher Umsatz (ohne Umsatzsteuer)	Mio. EUR	397	414	278	415	362	209	297	356	444
davon										
* Wohnungsbau	Mio. EUR	82	72	63	108	64	37	51	58	69
* gewerblicher Bau[2]	Mio. EUR	140	153	110	151	137	89	119	130	179
* öffentlicher und Straßenbau	Mio. EUR	176	189	105	155	160	83	127	168	196
darunter Straßenbau	Mio. EUR	93	100	52	80	81	40	60	74	96

Ausbaugewerbe (Bauinstallation und sonstiger Ausbau)[3]	Einheit	2022	2023	2022		2023				2024
		Durchschnitt		3. Q.	4. Q.	1. Q.	2. Q.	3. Q.	4. Q.	1. Q.
Betriebe[4]	Anzahl	497	523	496	495	525	524	523	519	572
* Beschäftigte (einschließlich tätiger Inhaber)[4]	Anzahl	19 764	20 741	20 000	19 751	20 247	20 689	21 191	20 836	21 878
* Geleistete Arbeitsstunden	1 000 h	5 687	6 046	5 754	5 637	6 080	6 019	6 174	5 913	6 232
* Entgelte	Mio. EUR	184	201	184	198	187	198	201	218	210
* Baugewerblicher Umsatz (ohne Umsatzsteuer)	Mio. EUR	662	801	653	853	595	734	829	1 047	701

Handel[5]

Großhandel[p, 6]	Einheit	2022	2023				2024			
		Durchschnitt		Febr.	März	April	Jan.	Febr.	März	April
* Beschäftigte	2015=100	108,0	109,2	108,9	108,6	108,8	108,7	106,6	...	...
* Umsatz nominal[7]	2015=100	135,4	134,8	125,8	149,5	132,5	121,1	132,6	...	...
* Umsatz real[7]	2015=100	109,7	107,8	100,1	118,6	105,7	98,0	107,3	...	...

Einzelhandel[p, 8]										
* Beschäftigte	2015=100	107,9	109,0	108,7	109,8	109,1	108,0	107,6	...	...
* Umsatz nominal[7]	2015=100	129,9	132,1	115,3	138,5	131,0	120,0	121,6	...	...
* Umsatz real[7]	2015=100	110,4	105,9	93,5	111,4	104,9	95,4	96,4	...	...

1 Bau von Gebäuden, Tiefbau, Abbrucharbeiten und vorbereitende Baustellenarbeiten; Ergebnisse des Monatsberichts bei Betrieben von Unternehmen mit 20 und mehr Beschäftigten. – 2 Einschließlich landwirtschaftlicher Bauten sowie Unternehmen der Bahn und Post. – 3 Vor 2018 Betriebe von Unternehmen mit im Allgemeinen 20 und mehr Beschäftigten. Ab 2018 Betriebe von Unternehmen mit im Allgemeinen 23 und mehr Beschäftigten; Vierteljahresergebnisse. – 4 Am Ende des Berichtsvierteljahres. – 5 Die Ergebnisse für Einzelhandel und Gastgewerbe beruhen auf Stichprobenerhebungen; die Berichtskreise werden jährlich durch Stichprobenrotation aktualisiert. Im Groß- und Kfz-Handel basieren die Ergebnisse ab Januar 2011 auf einem Mixmodell (Nutzung von Verwaltungsdaten und Befragung aller großen Unternehmen). – 6 Einschließlich Handelsvermittlung. – 7 Ohne Umsatzsteuer. – 8 Einschließlich Tankstellen.

noch: Handel[1]

Kfz-Handel[p, 2]

	Einheit	2022	2023				2024			
		Durchschnitt		Febr.	März	April	Jan.	Febr.	März	April
* Beschäftigte	2015=100	107,9	109,1	107,9	108,2	108,0	109,9	109,8	...	...
* Umsatz nominal[3]	2015=100	128,9	142,4	127,5	159,2	130,8	127,6	140,7	...	...
* Umsatz real[3]	2015=100	108,3	110,3	101,3	125,7	102,7	96,6	106,1	...	...

Gastgewerbe[p]

* Beschäftigte	2015=100	92,0	99,6	90,8	94,4	100,0	92,3	92,3	...	...
* Umsatz nominal[3]	2015=100	113,0	121,8	91,8	106,5	122,3	87,5	91,9	...	...
* Umsatz real[3]	2015=100	91,1	91,6	70,5	81,3	92,9	65,6	68,6	...	...

Tourismus[4]

* Gästeankünfte	1 000	659	...	368	520	731	344	397	590	701
* darunter von Auslandsgästen	1 000	123	...	63	73	129	55	70	84	131
* Gästeübernachtungen	1 000	1 755	...	934	1 265	1 896	912	1 033	1 502	1 745
* darunter von Auslandsgästen	1 000	366	...	170	200	353	153	197	213	346

Verkehr

Straßenverkehrsunfälle

	Einheit	2022	2023					2024		
		Durchschnitt		Jan.	Febr.	März	Dez.	Jan.	Febr.	März
* Unfälle mit Personenschaden und Sachschaden[5]	Anzahl	1 663	1 679	1 476	1 203	1 459	1 549	1 511	1 217	1 493
* darunter Unfälle mit Personenschaden	Anzahl	1 139	1 136	907	807	933	893	856	766	989
* Getötete Personen	Anzahl	12	11	6	13	6	8	8	8	9
darunter										
Pkw-Insassen	Anzahl	5	4	3	5	3	4	4	2	2
Benutzer motorisierter Zweiräder	Anzahl	3	3	-	1	-	1	-	-	3
Radfahrer	Anzahl	1	1	1	1	2	1	-	-	2
Fußgänger	Anzahl	2	2	2	3	1	2	2	3	1
* Verletzte Personen	Anzahl	1 438	1 454	1 163	1 030	1 195	1 188	1 138	1 002	1 262

1 Die Ergebnisse für Einzelhandel und Gastgewerbe beruhen auf Stichprobenerhebungen; die Berichtskreise werden jährlich durch Stichprobenrotation aktualisiert. Im Groß- und Kfz-Handel basieren die Ergebnisse ab Januar 2011 auf einem Mixmodell (Nutzung von Verwaltungsdaten und Befragung aller großen Unternehmen). – 2 Sowie Instandhaltung und Reparatur von Kfz. – 3 Ohne Umsatzsteuer. – 4 Betriebe ab zehn Betten, einschließlich Campingplätzen (Touristik-Camping) ab zehn Stellplätzen. – 5 Schwerwiegender Unfall mit Sachschaden (im engeren Sinne) und sonstiger Sachschadensunfall unter Einfluss berauschender Mittel.

noch: Verkehr

Straßenverkehrsunfälle

	Einheit	2022	2023					2024		
		Durchschnitt		Jan.	Febr.	März	Dez.	Jan.	Febr.	März
schwer verletzte Personen	Anzahl	234	212	152	142	167	136	131	116	187
darunter										
Pkw-Insassen	Anzahl	93	88	85	82	93	77	66	51	76
Benutzer motorisierter Zweiräder	Anzahl	55	50	13	10	15	11	18	18	41
Radfahrer	Anzahl	52	42	20	17	35	11	17	19	40
Fußgänger	Anzahl	19	18	26	19	16	31	21	19	17

Kraftfahrzeuge[1]

	Einheit	2022	2023				2024			
		Durchschnitt		Febr.	März	April	Jan.	Febr.	März	April
* Zulassungen fabrikneuer Kraftfahrzeuge	Anzahl	11 417	11 511	9 732	14 107	10 143	9 931	11 350	13 309	12 266
darunter										
Krafträder	Anzahl	1 057	1 005	776	1 739	1 299	338	853	1 475	1 423
* Personenkraftwagen[2]	Anzahl	8 992	9 012	7 663	10 539	7 506	8 065	8 735	9 921	8 998
* Lastkraftwagen	Anzahl	869	993	889	1 215	775	1 005	1 203	1 383	1 213
Zugmaschinen	Anzahl	395	404	347	496	471	370	464	448	506

Personenbeförderung

	Einheit	2022	2023	2022		2023				2024
		Durchschnitt		3. Q.	4. Q.	1. Q.	2. Q.	3. Q.	4. Q.	1. Q.
Beförderte Personen im Linienverkehr	1 000	63 196	62 824	71 740	60 536	60 859	59 951	59 059	71 427	66 385
Personenkilometer[3]	Mio.	626	698	615	620	657	658	733	745	772

Binnenschifffahrt

	Einheit	2022	2023					2024		
		Durchschnitt		Jan.	Febr.	März	Dez.	Jan.	Febr.	März
* Güterempfang	1 000 t	960	877	1 002	835	1 011	818	930	903	921
* Güterversand	1 000 t	695	653	682	617	850	508	561	638	662

Außenhandel[4]

Ausfuhr (Spezialhandel)[5]

	Einheit	2022	2023				2024			
		Durchschnitt		Feb.	März	April	Jan.	Feb.	März	April
* Insgesamt	Mio. EUR	5 128	5 027	5 265	5 762	4 931	4 925	5 265	5 054	5 111
darunter										
* Güter der Ernährungswirtschaft	Mio. EUR	380	424	382	421	417	387	402	416	447
* Güter der gewerblichen Wirtschaft	Mio. EUR	4 670	4 458	4 732	5 202	4 367	4 308	4 619	4 391	4 408

1 Quelle: Kraftfahrt-Bundesamt. – 2 Fahrzeuge zur Personenbeförderung mit höchstens acht Sitzplätzen außer dem Fahrersitz; einschließlich Wohnmobile und Krankenwagen. – 3 Verkehrsleistung berechnet aus Anzahl der Fahrgäste und Fahrtweiten. – 4 Wegen der unterschiedlichen Abgrenzung von Spezialhandel und Generalhandel ist eine Saldierung der Ein- und Ausfuhrergebnisse nicht sinnvoll. – 5 Für Antwortausfälle und Befreiungen sind Zuschätzungen bei den EU-Ländern und damit auch im Insgesamt enthalten.

noch: Außenhandel[1]

Ausfuhr (Spezialhandel)[2]

	Einheit	2022	2023				2024			
		Durchschnitt		Feb.	März	April	Jan.	Feb.	März	April
* Rohstoffe	Mio. EUR	38	33	31	37	37	32	23	32	28
* Halbwaren	Mio. EUR	212	167	184	187	169	153	168	177	183
* Fertigwaren	Mio. EUR	4 420	4 258	4 518	4 978	4 161	4 123	4 427	4 183	4 197
* Vorerzeugnisse	Mio. EUR	1 328	1 081	1 161	1 310	1 094	1 156	1 123	1 112	1 208
* Enderzeugnisse	Mio. EUR	3 093	3 178	3 356	3 669	3 067	2 967	3 304	3 071	2 989
davon nach										
* Europa	Mio. EUR	3 514	3 455	3 589	3 877	3 482	3 431	3 638	3 594	3 576
darunter in/nach										
EU-Länder (27)	Mio. EUR	2 955	2 911	3 061	3 235	2 979	2 890	3 041	3 039	3 020
Belgien	Mio. EUR	280	236	251	275	233	228	242	235	245
Luxemburg	Mio. EUR	59	61	63	64	64	63	60	61	67
Dänemark	Mio. EUR	57	58	59	70	53	54	57	54	52
Finnland	Mio. EUR	38	35	30	53	40	32	56	34	45
Frankreich	Mio. EUR	509	517	533	569	523	491	559	512	505
Griechenland	Mio. EUR	97	75	51	51	92	106	26	116	124
Irland	Mio. EUR	31	28	29	39	27	24	33	43	22
Italien	Mio. EUR	317	299	336	344	294	310	308	328	301
Niederlande	Mio. EUR	346	360	368	327	423	368	377	345	365
Österreich	Mio. EUR	208	194	195	216	190	195	211	204	205
Schweden	Mio. EUR	80	82	88	100	77	82	78	77	76
Spanien	Mio. EUR	223	237	252	270	229	239	264	244	270
Portugal	Mio. EUR	34	37	43	50	44	35	33	33	29
Großbritannien	Mio. EUR	218	215	207	234	186	207	224	200	190
* Afrika	Mio. EUR	138	136	147	162	118	129	127	146	130
* Amerika	Mio. EUR	761	704	762	874	629	683	749	687	721
darunter nach USA	Mio. EUR	518	483	503	622	420	448	508	448	497
* Asien	Mio. EUR	655	668	712	787	642	627	681	571	612
darunter nach China	Mio. EUR	180	165	171	193	161	180	185	186	180
* Australien, Ozeanien und übrigen Gebieten	Mio. EUR	60	64	53	62	59	54	69	56	71

Einfuhr (Generalhandel)[2]

* Insgesamt	Mio. EUR	4 075	3 860	4 049	4 146	3 942	3 736	3 831	3 937	3 927
darunter										
* Güter der Ernährungswirtschaft	Mio. EUR	402	422	513	381	492	455	396	410	407
* Güter der gewerblichen Wirtschaft	Mio. EUR	3 502	3 179	3 289	3 499	3 211	2 990	3 086	3 120	3 095
davon										
* Rohstoffe	Mio. EUR	52	43	54	46	47	44	41	33	43
* Halbwaren	Mio. EUR	357	337	320	359	384	428	330	370	383
* Fertigwaren	Mio. EUR	3 093	2 799	2 914	3 094	2 781	2 518	2 715	2 717	2 669

1 Wegen der unterschiedlichen Abgrenzung von Spezialhandel und Generalhandel ist eine Saldierung der Ein- und Ausfuhrergebnisse nicht vertretbar. – 2 Für Antwortausfälle und Befreiungen sind Zuschätzungen bei den EU-Ländern und damit auch im Insgesamt enthalten.

noch: Außenhandel[1]

Einfuhr (Generalhandel)[2]

	Einheit	2022	2023				2024			
		Durchschnitt		Feb.	März	April	Jan.	Feb.	März	April
davon										
* Vorerzeugnisse	Mio. EUR	798	627	694	720	715	559	626	598	648
* Enderzeugnisse	Mio. EUR	2 295	2 172	2 220	2 375	2 066	1 959	2 089	2 119	2 021
davon aus										
* Europa	Mio. EUR	2 823	2 737	2 915	3 000	2 745	2 722	2 738	2 788	2 819
darunter aus										
EU-Ländern (27)	Mio. EUR	2 474	2 394	2 555	2 582	2 426	2 416	2 386	2 478	2 480
Belgien	Mio. EUR	337	291	363	311	327	339	292	310	332
Luxemburg	Mio. EUR	55	59	69	63	64	53	61	53	65
Dänemark	Mio. EUR	40	37	53	43	34	34	37	49	36
Finnland	Mio. EUR	17	18	17	19	16	22	17	15	15
Frankreich	Mio. EUR	354	334	350	381	346	327	335	310	328
Griechenland	Mio. EUR	25	22	42	41	24	24	9	17	13
Irland	Mio. EUR	50	27	21	28	19	25	19	23	26
Italien	Mio. EUR	258	252	269	283	265	222	245	237	244
Niederlande	Mio. EUR	335	311	324	358	317	365	346	297	344
Österreich	Mio. EUR	160	144	137	135	129	136	131	133	143
Schweden	Mio. EUR	31	35	34	39	42	33	34	36	38
Spanien	Mio. EUR	173	209	184	175	184	180	176	322	186
Portugal	Mio. EUR	36	40	34	38	35	51	49	44	40
Großbritannien	Mio. EUR	74	81	69	87	66	66	72	71	92
* Afrika	Mio. EUR	94	75	50	75	83	95	70	94	85
* Amerika	Mio. EUR	355	323	304	319	432	333	314	355	340
darunter aus USA	Mio. EUR	269	255	242	242	375	255	247	282	267
* Asien	Mio. EUR	793	707	762	733	661	571	697	684	667
darunter aus China	Mio. EUR	422	353	363	339	312	296	364	321	319
* Australien, Ozeanien und übrigen Gebieten	Mio. EUR	9	14	15	15	16	10	6	9	9

Gewerbeanzeigen[3]

	Einheit	2022	2023				2024			
		Durchschnitt		Febr.	März	April	Jan.	Febr.	März	April
* Gewerbeanmeldungen	Anzahl	2 624	2 906	2 950	3 592	2 418	3 498	3 455	2 976	2 883
darunter										
Betriebsgründungen	Anzahl	415	402	346	452	361	564	538	463	434
sonstige Neugründungen	Anzahl	1 739	2 015	2 077	2 538	1 686	2 307	2 382	2 027	1 973
* Gewerbeabmeldungen	Anzahl	2 282	2 571	2 538	2 992	1 911	3 713	2 777	2 417	2 369
darunter										
Betriebsaufgaben	Anzahl	323	339	295	409	210	556	442	353	361
sonstige Stilllegungen	Anzahl	1 510	1 760	1 733	2 020	1 340	2 474	1 801	1 586	1 555

1 Wegen der unterschiedlichen Abgrenzung von Spezialhandel und Generalhandel ist eine Saldierung der Ein- und Ausfuhrergebnisse nicht sinnvoll. – 2 Für Antwortausfälle und Befreiungen sind Zuschätzungen bei den EU-Ländern und damit auch im Insgesamt enthalten. – 3 Ohne Automatenaufsteller und Reisegewerbe.

Insolvenzen

	Einheit	2022	2023				2024			
		Durchschnitt		Febr.	März	April	Jan.	Febr.	März	April
* Insgesamt	Anzahl	397	410	365	489	359	396	436	449	460
davon										
* Unternehmen	Anzahl	50	62	67	56	48	62	77	83	71
* Verbraucher	Anzahl	244	233	200	318	212	213	240	247	276
* ehemals selbstständig Tätige	Anzahl	86	96	79	104	88	106	101	98	92
* sonstige natürliche Personen,[1] Nachlässe	Anzahl	17	19	19	11	11	15	18	21	21
* Voraussichtliche Forderungen	Mio. EUR	89	144	57	57	62	102	421	116	61 391

Handwerk[2]

	Einheit	2022	2023	2022		2023				2024
		Durchschnitt		3. Q.	4. Q.	1. Q.	2. Q.	3. Q.	4. Q.	1. Q.
* Beschäftigte[3]	2020=100[4]	...	...	98,9	97,3	96,4	...	...	...	...
* Umsatz (ohne Umsatzsteuer)[5]	2020=100[6]	...	...	114,4	125,2	101,6	...	...	...	...

Preise

	Einheit	2022	2023				2024			
		Durchschnitt		April	Mai	Juni	März	April	Mai	Juni
* Verbraucherpreisindex (Gesamtindex)	2020=100	109,8	116,2	116,1	116,1	116,3	118,5	119,1	119,3	119,3
* Nettokaltmieten (Teilindex)	2020=100	102,8	104,3	104,2	104,4	104,3	107,2	107,4	107,5	107,5

Verdienste[7]

Monatlicher Nominallohnindex[8]

	Einheit	2022	2023				2024			
		Mai	Febr.	März	April	Mai	Febr.	März	April	Mai
* Monatlicher Nominallohnindex[8]	2022=100	106,9	96,2	99,2	104,0	109,6	102,6	108,9	112,0	...

Vierteljährlicher Nominallohnindex[8, 9]

	Einheit	2022	2023	2022		2023				2024
		Durchschnitt		3. Q.	4. Q.	1. Q.	2. Q.	3. Q.	4. Q.	1. Q.
* Vierteljährlicher Nominallohnindex[8, 9]	2022=100	100	103,1	93,1	114,5	95,9	105,3	98,2	112,9	102,8
* Frauen	2022=100	(100)	103,9	(93,7)	(116,1)	96,8	103,8	99,1	116,0	104,1
* Männer	2022=100	(100)	102,7	(92,8)	(113,6)	95,5	106,1	97,8	111,2	102,1
* Land- und Forstwirtschaft, Fischerei	2022=100	(100)	104,5	(97,3)	(109,5)	100,9	101,6	102,3	113,2	106,6
* Produzierendes Gewerbe	2022=100	(100)	104,6	(92,6)	(108,8)	96,2	110,4	97,7	114,1	102,4
* Dienstleistungsbereich	2022=100	(100)	102,2	(93,3)	(117,4)	95,7	102,7	98,4	112,1	102,9

1 Beispielsweise Gesellschafter oder Mithafter. – 2 Zulassungspflichtiges Handwerk laut Anlage A der Handwerksordnung; die Angaben für die letzten zwei Quartale sind jeweils vorläufig. – 3 Am Ende eines Kalendervierteljahres. – 4 30.09. – 5 Vierteljahresergebnis – 6 Vierteljahresdurchschnitt. – 7 Bis 2021: im Produzierenden Gewerbe und Dienstleistungsbereich; ab 2022: in der Land- und Forstwirtschaft, Fischerei, im Produzierenden Gewerbe und im Dienstleistungsbereich. – 8 Nominallohnindex: Grundlage der Berechnung des Index sind die Bruttomonatsverdienste einschließlich Sonderzahlungen aller Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer. – 9 Der vierteljährliche Nominallohnindex errechnet sich nicht aus den monatlichen Nominallohnindizes, da bei der vierteljährlichen Berechnung auch Dateneingänge berücksichtigt werden, die zum jeweiligen Monatsabschluss noch nicht vorlagen.

Geld und Kredit[1]

	Einheit	2021	2022			2023				2024
		Durchschnitt		30.09.	31.12.	31.03.	30.06.	30.09.	31.12.	31.03.
Kredite an Nichtbanken	Mio. EUR	125 993	141 882	148 827	154 395	155 394	156 498	156 795	156 305	156 109
kurzfristige Kredite (bis 1 Jahr)	Mio. EUR	7 646	9 816	11 093	10 931	11 226	10 851	11 240	10 395	10 980
Kredite an Nichtbanken										
mittelfristige Kredite (über 1 bis 5 Jahre)	Mio. EUR	7 500	9 138	10 187	11 795	12 038	12 229	12 491	12 081	11 490
langfristige Kredite (über 5 Jahre)	Mio. EUR	110 847	122 928	127 547	131 669	132 130	133 418	133 064	133 829	133 639
Kredite an inländische Nichtbanken	Mio. EUR	123 160	136 799	142 886	146 110	146 973	147 670	148 594	148 394	148 639
Unternehmen und Privatpersonen	Mio. EUR	115 551	128 985	134 918	138 126	138 763	139 653	140 254	140 132	140 339
öffentliche Haushalte	Mio. EUR	7 608	7 815	7 968	7 984	8 210	8 017	8 340	8 262	8 300
Kredite an ausländische Nichtbanken	Mio. EUR	2 833	5 083	5 941	8 285	8 421	8 828	8 201	7 911	7 470
Einlagen und aufgenommene Kredite von Nichtbanken	Mio. EUR	136 413	141 337	141 975	143 161	140 024	138 526	138 135	141 980	140 220
Sichteinlagen	Mio. EUR	94 508	98 466	99 498	99 480	94 385	90 351	87 260	86 613	83 417
Termineinlagen	Mio. EUR	15 117	16 593	16 332	17 768	20 061	22 340	24 645	27 993	29 165
Sparbriefe	Mio. EUR	1 503	1 599	1 582	1 952	3 110	4 647	6 148	8 089	9 107
Spareinlagen	Mio. EUR	25 285	24 679	24 563	23 961	22 468	21 188	20 082	19 285	18 531
Einlagen von inländischen Nichtbanken	Mio. EUR	134 492	139 084	139 614	141 025	137 953	136 530	136 112	139 932	138 033
Unternehmen und Privatpersonen	Mio. EUR	130 373	134 500	135 023	136 426	133 505	132 392	131 840	134 551	133 644
öffentliche Haushalte	Mio. EUR	4 120	4 585	4 591	4 599	4 448	4 138	4 272	5 381	4 389
Einlagen von ausländischen Nichtbanken	Mio. EUR	1 920	2 253	2 361	2 136	2 071	1 996	2 023	2 048	2 187

Steuern

	Einheit	2022	2023			2024			
		Durchschnitt	März	April	Mai	Febr.	März	April	Mai
Aufkommen nach Steuerarten									
Gemeinschaftsteuern	Mio. EUR	6 516	6 027	9 876	4 910	6 063	5 664	5 638	5 058	6 301
Steuern vom Einkommen	Mio. EUR	1 730	1 707	2 409	877	1 158	1 747	2 042	851	2 416
Lohnsteuer	Mio. EUR	1 067	1 144	789	870	1 373	1 532	800	851	1 537
Lohnsteuer-Zerlegung	Mio. EUR	209	212	-	-	502	717	-	-	658
veranlagte Einkommensteuer	Mio. EUR	271	264	753	-28	-38	30	691	-21	-22
Kapitalertragsteuer	Mio. EUR	146	130	61	24	62	27	54	41	658

1 Die Angaben umfassen die in Rheinland-Pfalz gelegenen Niederlassungen der zur monatlichen Bilanzstatistik berichtenden Kreditinstitute (ohne Landeszentralbank).

noch: Steuern

	Einheit	2022	2023				2024			
		Durchschnitt		März	April	Mai	Febr.	März	April	Mai
Gemeinschaftsteuern										
Abgeltungsteuer auf Zins- und Veräußerungserträge	Mio. EUR	27	27	3	7	72	113	11	20	178
Abgeltungsteuer-Zerlegung auf Zins- und Veräußerungserträge	Mio. EUR	21	20	-	-	67	99	-	-	168
Körperschaftsteuer	Mio. EUR	219	141	804	5	-311	45	484	-39	65
Körperschaftsteuer-Zerlegung	Mio. EUR	-72	-9	-	-	-99	-16	-	-	42
Steuern vom Umsatz	Mio. EUR	4 785	4 320	7 466	4 033	4 905	3 917	3 596	4 207	3 885
Umsatzsteuer	Mio. EUR	493	502	-310	430	754	794	243	625	277
Einfuhrumsatzsteuer	Mio. EUR	4 292	3 818	7 776	3 603	4 151	3 123	3 353	3 582	3 608
Zölle	Mio. EUR	327	259	260	253	237	216	253	247	248
Bundessteuern	Mio. EUR	47	45	96	23	18	21	68	17	20
darunter										
Verbrauchsteuern (ohne Biersteuer)	Mio. EUR	3	7	11	8	10	2	2	2	-5
Solidaritätszuschlag	Mio. EUR	43	38	85	15	8	19	65	14	25
Landessteuern	Mio. EUR	123	103	128	91	89	115	116	102	96
Erbschaftsteuer	Mio. EUR	40	36	36	30	36	48	30	35	30
Grunderwerbsteuer	Mio. EUR	56	43	48	42	37	46	46	48	48
Rennwett-, Lotterie- und Sportwettsteuer	Mio. EUR	22	19	31	15	14	17	25	14	15
Feuerschutzsteuer	Mio. EUR	3	3	12	2	2	2	13	2	1
Biersteuer	Mio. EUR	2	2	2	2	0	2	2	2	2

	Einheit	2022	2023	2022		2023				2024
		Durchschnitt		3. Q.	4. Q.	1. Q.	2. Q.	3. Q.	4. Q.	1. Q.
Gemeindesteuern	Mio. EUR	1 183	914	1 072	1 067	1 087	754	872	945	...
Grundsteuer A	Mio. EUR	5	5	6	4	5	5	7	4	...
Grundsteuer B	Mio. EUR	162	179	181	152	159	185	206	166	...
Gewerbesteuer (brutto)	Mio. EUR	994	705	861	888	897	537	632	752	...
sonstige Gemeindesteuern[1]	Mio. EUR	22	25	25	23	26	26	27	23	...

1 Einschließlich Restabwicklung der Grunderwerbsteuer.

noch: Steuern

Steuerverteilung

	Einheit	2022	2023	2022		2023				2024
		Durchschnitt		3. Q.	4. Q.	1. Q.	2. Q.	3. Q.	4. Q.	1. Q.
Steuereinnahmen der Gemeinden und Gemeindeverbände	Mio. EUR	1 677	1 491	1 606	2 013	1 123	1 368	1 394	2 078	1 049
Gewerbesteuer (netto)[1]	Mio. EUR	877	641	775	721	892	451	585	636	861
Anteil an der Lohnsteuer und veranlagten Einkommensteuer	Mio. EUR	527	554	540	940	42	637	480	1 057	-7
Anteil an der Umsatzsteuer	Mio. EUR	85	86	80	173	-	63	89	192	-10

	Einheit	2022	2023				2024			
		Durchschnitt		März	April	Mai	Febr.	März	April	Mai
Steuereinnahmen des Landes	Mio. EUR	1 343	1 359	1 284	1 109	920	1 594	1 342	1 075	1 439
Landessteuern	Mio. EUR	123	103	128	91	89	115	116	102	96
Anteil an den Steuern vom Einkommen	Mio. EUR	674	652	996	281	353	671	813	268	948
Lohnsteuer	Mio. EUR	366	390	243	276	449	561	247	268	518
veranlagte Einkommensteuer	Mio. EUR	115	112	320	-12	-16	13	294	-9	-9
Kapitalertragsteuer	Mio. EUR	72	67	30	11	44	25	26	19	329
Abgeltungsteuer auf Zins- und Veräußerungserträge	Mio. EUR	12	12	1	3	32	50	5	9	78
Körperschaftsteuer	Mio. EUR	110	70	402	2	-156	23	242	-19	33
Anteil an den Steuern vom Umsatz	Mio. EUR	524	591	160	691	478	802	411	657	395
Umsatzsteuer	Mio. EUR	287	392	169	242	424	623	247	490	217
Einfuhrumsatzsteuer	Mio. EUR	237	199	-9	449	53	179	164	166	178
Anteil an der Gewerbesteuerumlage	Mio. EUR	16	9	0	33	0	4	1	34	0
Gewerbesteuerumlage-Unternehmenssteuerreform	Mio. EUR	7	4	0	14	0	2	1	14	0
Steuereinnahmen des Bundes	Mio. EUR	3 262	3 025	5 162	2 512	2 998	2 579	2 752	2 426	3 063
Bundessteuern	Mio. EUR	47	45	96	23	18	21	68	17	20
Anteil an den Steuern vom Einkommen	Mio. EUR	762	745	1 088	374	474	749	907	361	1 083
Anteil an den Steuern vom Umsatz	Mio. EUR	2 437	2 226	3 978	2 082	2 507	1 805	1 775	2 014	1 960
Anteil an der Gewerbesteuerumlage	Mio. EUR	16	9	0	33	0	4	1	34	0

1 Nach Abzug der Gewerbesteuerumlage.

Unsere Produkte und Informationsangebote

Newsletter

Mit unserem kostenlosen Newsletter erhalten Sie regelmäßig eine Übersicht der aktuellen Neuigkeiten sowie unserer neu erschienenen Veröffentlichungen

Statistische Monatshefte

Statistische Ergebnisse und Analysen, sowie die Einordnung in den wirtschaftlichen, sozialen und politischen Kontext

Statistische Berichte

Ergebnisse aus den verschiedenen Erhebungen des Statistischen Landesamtes

Analysen

Ausführliche Betrachtung ausgewählter Themen wie Wirtschaftsentwicklung und demografischer Wandel

Faltblätter & Broschüren

Mit Tabellen und Grafiken werden statistische Sachverhalte leicht verständlich erläutert

Gemeinschaftsveröffentlichungen

Vergleichbare statistische Daten über die Grenzen der Bundesländer hinweg

MATS

Ergebnispräsentation über Dashboards und interaktive Tabellen
(ersetzen nach und nach die Statistischen Berichte)

Impressum

Hier können Sie alle Beiträge der Statistischen Monatshefte, die seit dem Jahr 2001 erschienen sind, kostenlos herunterladen.

Herausgeber:
Statistisches Landesamt Rheinland-Pfalz
Mainzer Straße 14-16
56130 Bad Ems

Telefon: 02603 71-0
E-Mail: monatsheft@statistik.rlp.de
Internet: www.statistik.rlp.de

Redaktion: Jeanette Vogel
Druck: Landesamt für Vermessung und Geobasisinformation Rheinland-Pfalz, Koblenz
Titelfoto: © www.zensus2022.de
Autorenfotos: Manfred Riege

Bestellnummer: Z2201
ISSN: 0174-2914

Einzelpreis der Printausgabe: 5,50 EUR

Jahresbezugspreise:
Printausgabe: 60,00 EUR
Online-Abonnement: kostenfrei

Kostenfreier Download im Internet:
www.statistik.rlp.de/publikationen/monatshefte

© Statistisches Landesamt Rheinland-Pfalz · Bad Ems · 2024

Vervielfältigung und Verbreitung, auch auszugsweise, mit Quellenangabe gestattet.